H 8040 F
Nummer 25
Okt. - Nov. 1993
2,50 Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Marsch in die Vergangenheit?

Ritterkreuztäger - Vorbild für die Bundeswehr?

Organisierter Terror:

Anti-Antifa und Werwolf

Diskussion:

Demokratischer Faschismus?

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/341036
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Offizin, Kornstraße 31
30167 Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Die Lage hat sich scheinbar wieder beruhigt, Übergriffe auf Asylsuchende, Anschläge auf Wohnheime sind den Medien wieder einmal nur wenige Zeilen wert. Die Ankündigung des Verbots der "Nationalen Liste" und der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" erfüllen ihren Zweck: die (internationale) Öffentlichkeit ist beruhigt. Die Neonazi-Organisationen indes können unbehelligt weiter agieren. Materialien werden in Sicherheit gebracht, Auffangorganisationen werden vorbereitet und gleichzeitig erfolgt eine Vorbereitung auf illegale Aktivitäten, die eindeutig in Richtung Terrorismus gehen.

Zunehmend organisiert sich, was unter dem Namen Anti-Antifa gegründet wurde und mittlerweile zu einer ernsthaften Gefahr für AntifaschistInnen geworden ist. Systematischer als bisher werden Namen und Adressen von unliebsamen Menschen veröffentlicht und wie im Falle eines Kasseler Lehrers mit konkreten Hinweisen auf das unmittelbare Wohnumfeld versehen: Ein eindeutiger Hinweis, gegen die betroffene Person direkt vorzugehen. Die Staatsanwaltschaft reagiert eher lau. Die Anzeige eines Mitarbeiter des Rechten Randes gegen die Verfasser eines Steckbriefes (mit Foto, Geburtsdatum und Anschrift) und der Aufforderung sich bei diesem zu aktiven Subjekt persönlich zu bedanken, wurde abgelehnt. Der Vorwurf der Bedrohung scheide ebenso aus wie der der Volksverhetzung. Im Gegenteil, der RR-Redakteur sei eine Person der Zeitgeschichte, der "sich mit seiner eigenen politischen-publizistischen Aktivität freiwillig dem öffentlichen Interesse oder doch zumindest dem Interesse der beteiligten politischen Gruppierungen ausgesetzt hat". Im Klartext: Wer aktiv wird gegen Neofaschismus und Rassismus muß damit rechnen, daß sich die Neonazis für ihn/sie "interessieren" -. selbst schuld also.

Der Verdacht, daß politische und juristische Institutionen ein Interesse daran haben, daß militante Neonazis linke AntifaschistInnen angreifen und einschüchtern, drängt sich vehement auf.

Gleichzeitig zeigt sich nach dem sogenannten "Asylkompromiß", daß der Rechtsruck in der BRD-Gesellschaft weiter voranschreitet. Unverhohlen pflegen selbst hohe Regierungsbeamte, wie der Ministerialrat Stöcker, Kontakt zu rechtsextremen Organisationen, ohne irgendwelche Konsequenzen befürchten zu müssen.

Die Bundeswehr gar organisiert der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger ein Jahrestreffen in Celle. Großer Aufmarsch des Heeresmusikkorps und Besuch einer Kaserne eingeschlossen. Strammgestanden wurde dabei auch vor zahlreichen Dienstgraden der Waffen-SS, die in Nürnberg immerhin zur verbrecherischen Organisation erklärt wurde. Kein Grund zur Besorgnis? Der Marsch geht weiter - nach rechts!

Das nächste Heft des Rechten Randes erscheint Anfang Januar 1994. Redaktionsschluß ist am 1.12.1993. Umfangreichere Artikel sollten möglichst vorher mit der Redaktion abgesprochen werden.

Termine • Termine • Termine

„Wir wollten so schnell wie möglich vergessen..."

Frauen in den KZ-Außenlagern Watenstedt/Leinde und Salzgitter - Vortrag von Elke Zacharias

In der Zeit vom Sommer 1944 bis zum April 1945 waren in den KZ -Außenlagern in Salzgitter etwa 2.000 Frauen inhaftiert. Trotzdem wurde über die weiblichen Häftlinge bisher wenig gesprochen. Vorliegende Zeitzeugen-Interviews und Erinnerungsberichte geben nun die Möglichkeit, über persönliche Erfahrungen der Frauen während der KZ-Haft zu berichten.
In einem Vortrag wird die Historikerin Elke Zacharias erläutern, wie Frauen das Konzentrationslager erlebten und welche Folgen die KZ-Haft - teilweise bis heute - hat.

Sonntag, 21.11.93 um 11.00 Uhr

im Gedenkraum
des ehemaligen KZ-Außenlagers Drütte, SZ-Watenstedt, Preussag Stahl AG, Tor 1
Veranstalter: Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. (Gefördert von der Bezirksregierung Braunschweig)

Christian Horch & Manfred Guck

Anti-Antifa

Die von Rechtsextremisten aller Couleur betriebene sogenannte „Anti-Antifa-Arbeit" ist keine gänzlich neue Erscheinung der letzten zwei Jahre. Neu ist daran lediglich die Funktion und die zunehmende Quantität, aber auch Qualität dieser Anti-Antifa-Arbeit.

Zu den frühen Erscheinungen der Anti-Antifa gehören das „Referat für Sicherheit" (RfS) des „Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH) und **Hans-Michael Fiedler** und sein „Studentenbund Schlesien" (SBS). Leiter des am 1.Mai 1985 gegründeten „Referates für Sicherheit" wurde **Christian Malcoci**, 30, vormaliger „Kameradschaftsführer" der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA), Mitglied der NSDAP/AO, Funktionär der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) und „Sektionsleiter West" des KAH. Mitarbeiter des RfS waren zumindest **Hans Klärner, Oliver Bode, Christian Haas, Steffen Föll** aus Reutlingen und **Michael Krämer**, der heute im bayerischen Miesbach eine Buchhandlung betreibt. Zwischenzeitlich schrieb Krämer, der rund ein halbes Dutzend rechtsextremer Organisationen durchlief, auch für die ehrgeizige „Jungen Freiheit".

Objekte der Begierde waren folgende Personen und Organisationen: „DKP, MLPD, VVN, VVN/BDA, SDAJ, KPD, Linke Förderer und Hetzer, Die Grünen, Erkannte Fahrzeuge der Roten, Haus der Jugend, JUSOS, Linke Anarcho Punker, Treffpunkte und Büros der Roten." Es kann davon ausgegangen werden, daß sich die Zielgruppe bis heute eher erweitert hat.

Eine zentrale Rolle der Anti-Antifa spielt **Christian Worch**, 37, Kopf der „Nationalen Liste" (NL) und der neonazistischen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF). So entstand das Flugblatt des „Deutschen Kameradschaftsbundes" gegen den engagierten Wilhelmshavener DGB-Kreisvorsitzenden M. Klöpper auf Initiative von Christian Worch und in Absprache mit einem prominenten Nazi-Rechtsanwalt. Regelmäßig werden im „INDEX", der Zeitung der NL, Adressen von Antifaschistinnen und Antifaschisten sowie linke Treffpunkte veröffentlicht. In enger Kooperation mit der Hamburger NL arbeitet auch die Berliner Anti-Antifa. In der Publikation „Stadtrebell", herausgegeben vom „Freundeskreis Revolutionärer Volkssozialisten", erscheint eine Aufforderung „Spendet für die Anti-Antifa-Arbeit". Das angegebene Konto gehört der „Nationalen Liste". Spenden sollen mit dem Kennwort „ANTI-Antifa" versehen werden. Auf zwei eng bedruckten Seiten enthält der „Stadtrebell" Adressen von lokalen „Antifa-Zentren", „Antifa Cafe's (!) + Infoläden" sowie Telefonnummern verschiedener Berliner Antifa-Infotelefone. Das (Ost-) Berliner Postfach 342 des „Freundeskreises Revolutionärer Volkssozialisten" ist identisch mit einer der beiden, vom Mainzer „Nationalen Infotelefon" Ende Mai genannten Berliner Anti-Antifa-Adressen. Hinter den Aktivitäten der Berliner Anti-Antifa und des „Freundeskreises" steckt der neunzehnjährige Neonazi **Oliver Werner** aus Kreuzberg. Werner trat bereits mit 16 Jahren Anfang 1991 der „Nationalen Alternative" bei und wird heute von **Ingo Hasselbach**, 26, als „der kälteste und brutalste Typ" seiner ehemaligen „Kameradschaft" umschrieben. Werner, so der medienwirksame Aussteiger Hasselbach, habe in der Vergangenheit „immer darauf geachtet, in der Öffentlichkeit nicht erkannt zu werden. Noch nie ist ein Bild von ihm in der Zeitung oder



Selbst an der Kellertreppe des Ostberliner Anti-Antifa-Aktivisten Oliver Werner befindet sich antisemitische Propaganda.

im Fernsehen gewesen." Involviert in die Umtriebe der Berliner „Anti-Antifa" ist mit **Oliver Schweigert**, 24, ein weiterer „Kamerad" der neonazistischen „Nationalen Alternative". Das Postfach 63 der „Nationalen Alternative" fungiert im Augenblick als Kontaktanschrift der Berliner Anti-Antifa.

Am 25.Mai veröffentlichte das "Nationale Infotelefon" (NIT) Mainz die gesamten damaligen Anti-Antifa-Anschriften. Unter den genannten Adressen befanden sich nicht nur die Hamburger „Nationale Liste", sondern auch der jüngst wegen „gemeinschaftlicher versuchter Sachbeschädigung" verurteilte **Markus Privenau**, 27, von der Bremer FAP. Die Bremer Postfachanschrift diente in der Vergangenheit bereits als Kontaktanschrift der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG), der Privenau als Schriftleiter diente. Die FAP steckt auch hinter zwei weiteren Adressen. Für die Anti-Antifa Bonn (Postfach 300 126) zeichnet der hinlänglich bekannte **Norbert Weidner** verantwortlich, für die Anti-Antifa Duisburg (Postfach 120 523) mit **Stefan Schily** ein FAP-Kamerad der zweiten Reihe. Das vom Mainzer NIT genannte Postfach 5045 in Witten gehört der verbotenen „Nationalen Offensive" (NO), einer Abspaltung der FAP aus dem Jahre 1990. In Köln ist die Anti-Antifa lediglich durch eine antiquierte Postlagerkarte (PLK 167095 E) vertreten. Verantwortlich für ein erstes Flugblatt der dortigen Anti-Antifa zeichnete **Frank Scholz** aus Altena. In dem Flugblatt wurde ein engagierter Kölner Pfarrer denunziert: „Boykottieren Sie seine Gottesdienste und Veranstaltungen und beschweren Sie sich über seinen Amtsmißbrauch beim Erzbistum Köln". Eine weitere Postlagerkarte (PLK 016657 C) fand bei der Anti-Antifa Rhein-Main Verwendung. Das Postfach 17 25 des

Referat für Sicherheit - Vorläufer der Anti-Antifa

Die Aufgabenstellung des RfS wurde damals folgendermaßen definiert: „Die Feindaufklärung und äußere Sicherheit unserer Bewegung sind wichtige Aufgabengebiete im politischen Kampf. Diese Aufgaben werden vom Referat für Sicherheit (RfS) übernommen. Wirksame Feindaufklärung schützt die Kameraden vor Angriffen und ermöglicht die Einleitung von Gegenmaßnahmen. Wirksame Feindaufklärung vermittelt den politischen Leitern ein realistisches Bild der jeweiligen Lage und verhindert falsche Entscheidungen. Wirksame Feindaufklärung mindert bei Aktionen die gesundheitlichen und strafrechtlichen Risiken der Aktivisten. Langfristige und vorausschauende Feindaufklärung trägt zur Festigung der Strategie und Taktik der Bewegung bei. Benötigt werden:

1.Informationen über gegnerische Personen
- Namen, Adressen und Telefonnummern
- Photos
- persönliche Lebensumstände

2.Informationen über gegnerische Organisationen
- interne Organisation und Struktur
- Führungspersonen
- Treffpunkte
- Zeitschriften, Propagandamaterial und andere Schriften

3.Geplante oder durchgeführte Angriffe jeglicher Art gegen die Bewegung
- Beschreibung des Vorgangs
- beteiligte Personen und Organisationen
- treibende Kräfte

4.Kfz-Kennzeichen gegnerischer Fahrzeuge mit Angabe von Ort, Datum und Gründen

5.Angaben über Repressionen

Alle oben genannten Informationen und Nachrichten sind unverzüglich dem jeweiligen RfS-Beauftragten oder dem zuständigen Sektionsleiter, der das Ganze an das RfS weitergibt, mitzuteilen oder zu übergeben.

Die Informationen sind mit Datum und Quellenangaben zu versehen."

Mainzer Neonazis Michael Petri wurde als „Deutscher Informationsdienst", AK Anti-Antifa erwähnt. Die Anti-Antifa Rhein-Neckar übernahm selbstverständlich der GdNF-Kader **Manfred Huck** aus Ludwigshafen. Er unterhält das Postfach 10 28 47 in der Universitätsstadt Heidelberg. Mit von der Partie ist auch **Hans-Michael Fiedler** mit seinem am 12. Oktober 1974 gegründeten „Studentenbund Schlesien" (SBS). Seit 1984 unterhält Fiedler das genannte Postfach 38 27 in Göttingen. Mitbenutzt wird es von einer „Hochschulgruppe Pommern". Fiedler muß als einer der intelligenteren Vertreter der Anti-Antifa gelten. Seit Jahren ruft Fiedler auch die Leserschaft seiner „Nachrichten des SBS" zur Mitarbeit auf. In der Doppelausgabe Nr.14/15 der „SBS-Nachrichten" beispielsweise heißt es: „Unsere Bitte an alle Leser: Was für Erkenntnisse gibt es über das ANTIFA-Archiv Osnabrück?" Bei einem Artikel zu dem inkriminierten Flugblatt des verbotenen „Deutschen Kameradschaftsbundes" über den Gewerkschafter Manfred Klöpper wird in Fiedlers Postille selbstverständlich nicht vergessen, nochmals die Adresse Klöppers zu erwähnen: „Klöpper, wohnhaft in (...), ist seit Jahren als eifriger Antifaschist bekannt". Nationaldemokrat Fiedler, er ist seit 1969 Mitglied der NPD, sieht in seinen „SBS-Nachrichten" gar ein „Fachblatt für 'WÖLKOLOGIE UND HUNDSEDERKUNDE'". Fiedler entblödet sich auch nicht, zu versuchen, über sein Coburger Postfach 615 an Materialien der linken und antifaschistischen Szene zu gelangen. Seine „Spezialität" ist der vermeintliche Szene-Jargon („Hallo Genossen", „Venceremos") der Linken. Fiedler zählt auch zu den Lesern linker Publikationen, u.a. des Rechten Randes.

Im Juli 1992 fand in Meschede im Hochsauerlandkreis eine erste „Anti-Antifa-Demonstration" mit rund 150 Teilnehmern statt. Die „Neue Front", Periodikum der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front", vom September 1992 jubilierte lautstark über die „Rechte Demo contra eine linke Antifaaktion". Wiederholt wurde das braune Spektakel am 27.Dezember im vergangenen Jahr mit nur mäßigem Erfolg. Nur wenige „Kameraden" folgten dem Ruf der „Sauerländer Aktionsfront" um den 22jährigen **Thomas Kubiak** aus Hallenberg nach Meschede. Knapp 50 Personen, vor allem aus dem Spektrum der „Aktionsfront Nationaler Kameraden" um Manfred Huck, 29, dem rheinland-pfälzischen Landesverband der kurz zuvor verbotenen „Deutschen Alternative" um Michael Petri, 21, und der „Sauerländer Aktionsfront" fanden sich vor Ort ein. Das seit einigen Monaten betriebene „Nationale Infotelefon" im Sauerland wird nach Einschätzung von Kennern der lokalen Szene vom Umfeld der früheren „Sauerländer Aktionsfront", der jetzigen „Nationalen Jugend", betrieben.

Das Thema Anti-Antifa wird in rechtsextremen Periodika zunehmend aufgegriffen. Auch die NPD-Nachwuchsorganisation, die „Jungen Nationaldemokraten", kündigten in der Ausgabe Nr.8 von „Einheit und Kampf" im Sommer dieses Jahres die Einrichtung einer Rubrik Anti-Antifa an. Die mehrfach angekündigte Anti-Antifa-Zeitung „Einblick" ist hingegen bis heute noch nicht erschienen. **Stefan Cumic**, Wiesbadener Kader der GdNF und des nicht mehr existenten „Deutschen Hessen", betrieb das Projekt „Einblick" ohne Erfolg. Mehr Erfolg hatte Cumic mit dem Aufbau und Betrieb des ersten „Nationalen Infotelefons" von November 1992 bis April 1993. Sein angekündigter Rückzug aus der neonazistischen Szene blieb nur ein guter Vorsatz. Beim Jahrestreffen der HNG im vergangenen Sommer nahm Cumic teil. Für Ende Oktober wird derzeit über das braune Telefon in Mainz das Erscheinen von „Einblick" verkündet. Zum Preis von DM 10,— kann die Broschüre über eine Postfach-Adresse in Dänemark bezogen werden. Voraussetzung für Broschüren und Veröffentlichungen der Anti-Antifa ist das Auswerten linker und antifaschistischer Publikationen, das Fotografieren bei Demonstrationen und anderen Gelegenheiten, das Infiltrieren der linken Szene und ähnliches. Zwei prominente Beispiele der jüngsten Zeit legen Zeugnis für die gestiegenen Bemühungen der braunen Anti-Antifa ab. **Inger Preßmar**, 21, von der FAP und **Silke Wunderlich** vom verbotenen „Nationalen Block" versuchten im süddeutschen Raum, vor allem in Franken, sich in Antifa-Strukturen einzuschleichen.

Die Bundesregierung konzediert in einer Kleinen Anfrage vom September dieses Jahres „Ansätze (Unterstreichung im Original; die Autoren) einer zentralen Steuerung - beispielsweise durch die Anti-Antifa-Aktivitäten des Funktionärs der Hamburger 'Nationalen Liste'". In der vom Bundesinnenministerium herausgegebenen „Inneren Sicherheit", Heft Nr. 4 vom 19.Juli 1993, heißt es erstaunlich eindeutig: „Neonazistische Kreise bemühen sich zudem, eine 'Anti-Antifa'-Logistik aufzubauen, die sich zu einem Bindeglied unterschiedlicher neonazistischer und militanter Gruppierungen entwickeln könnte. Auf dieser Kampagne wird in neonazistischen Kreisen zunehmend positiv reagiert."



Sascha Chaves (rechts) beim Rudolf-Hess-Gedenkmarsch in Rudolstadt am 15. August 1992. Chaves gehörte damals gemeinsam mit Roman Dannenberg (zweiter von links) zur Delegation der „Deutschen Alternative". Foto: Power-Press

NIT-Mainz

Der Betreiber des Nationalen Infotelefons (NIT) in Mainz ist mit **Sascha Chaves** ein ehemaliges Mitglied der „Deutschen Alternative". Chaves folgte **Michael Petri**, 21, nach dem Verbot der DA getreulich in die „Deutschen Nationalisten". Gegen den 20jährigen offiziellen Betreiber des braunen Infotelefons läuft derzeit ein Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft Koblenz. Vorgeworfen wird dem Mainzer Chaves Volksverhetzung sowie Verbreitung von Propagandamitteln und Parolen verbotener neonazistischer Organisationen. Chaves schon bald ein Fall für die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige"?

Samuell Tuschinsky

Anti-Antifa-Niedersachsen:

NPD und NL gleichermaßen aktiv.

Im Nordwesten der Republik hat sich unter der Federführung des Vorsitzenden des inzwischen verbotenen Deutschen Kameradschaftsbundes **Thorsten de Vries** eine Gruppe junger Männer für die Anti-Antifa stark gemacht. Voller Stolz schickte man an Polizei und andere Behörden, sowie an das Jugendzentrum „Schlachthof" eine Liste von ca. siebzig Personennamen. Einigen Adressen ordnete man bestimmte Funktionen im Bereich „Antifa" zu. Die Erstellung der Liste mag zunächst beeindruckend sein. Fakt ist, daß einige Adressen, die jetzt auch in der **Worch/Wulff**-Postille INDEX nachgedruckt wurden, falsch und willkürlich zusammengeschnippelt sind. Offensichtlich hat da jemand alte Daten mit neuen gemischt und obendrein sich hin und wieder beim Abschreiben aus dem Telefonbuch in der Spalte geirrt. Das mindert den Anspruch der Perfektion der Anti-Antifa-Arbeit, aber macht sie deshalb nicht ungefährlicher. Hier werden Dinge vorbereitet, die - und das ist das kennzeichnende an der Arbeit von Faschisten - willkürlich Menschen treffen.

Scheinbar parallel zu den stümperhaften Aktivitäten der Jungbarden, arbeitet eine ältere Struktur kontinuierlich an der Anti-Antifa: die NPD, um ihren nimmermüden „Häuptling" **H. M. Fiedler** aus Adelebsen/Göttingen. Den neuesten Erfolg der NPD/JN fuhr der ehemalige Oldenburger NPD-Bundestagskandidat der NPD, der Freiburger Jura-Student **Manfred Kossack** (25) ein. Er biederte sich im letzten Sommer einigen AntifaschistInnen als jemand an, der sich aufgrund einer „Beziehung zu einer Ausländerin" im März 1991 und nun wegen der Wahl **Deckerts** zum Bundesvorsitzenden von seiner früheren Organisation, der JN, trennen mußte. Damit die AntifaschistInnen seiner Geschichte glauben schenkten, berichtete er von seinem Gesin-

nungswandel, der ihn immerhin 1992 zu einen gestandenen Anti-DVU-Demonstranten in Passau gemacht habe, wo er, von seinen neuen Antifa-FreundInnen trotz seiner Vergangenheit akzeptiert, sogar ordentlich Fotos machen konnte. Seine weitere Glaubwürdigkeit unterstrich er mit einigen Anekdoten aus seiner früheren politischen Karriere, z.B. gestand er, bei einer Aktion gegen Jugendliche der Organisation „Die Falken" höchstpersönlich mit Fahrradkette zugeschlagen zu haben. Man habe denen, so Kossack, regelrecht aufgelauert, weil die immer Wahlplakate der DVU-Liste D abgerissen hätten. Inzwischen würde er einsehen, daß die Reaktion unverhältnismäßig gewesen sei. Er berichtete jovial von Schulungen im Schwarzwald, in Oberitalien, von seinen Kontakten zum Wilhelmshavener Immobilienhändler und Faschisten **Hartmut Heger**, der locker Geldmittel für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt habe. **Thorsten de Vries** nannte er einen Verrückten, den niemand so richtig ernst nähme.



Stefan Kossack 1988 als Störer einer Antifa-Veranstaltung mit Hartmut Meyer (VVN), rechts neben Kossack mit Schnäuzer Andreas Boerder (ebenfalls JN)

Inzwischen hat Kossack sich wieder für seinen Funktionär H.M. Fiedler eingesetzt. Dem schrieb er vor 2 Monaten eine eidesstattliche Versicherung, mit der er belegen will, daß sich die AntifaschistInnen mit ihm getroffen hätten, um ihn über seinen eigenen Führungs-Funktionär Fiedler aufzuklären. Ist die alte Liebe zum Landesvorsitzenden **Ulrich Eigenfeld** wieder durchgebrochen oder hat Fiedler alte Zügel wieder angezogen? So ganz frei machen vom nationalen Lager mochte er sich während des Gesprächs mit den Antifaschisten nicht. Er liebäugelte mit einer Teilnahme an einem Leserkreis der „Jungen Freiheit". Unter diesem Gesichtspunkt ist seine Teilnahme an Antifa-Aktionen nichts weiteres als pure Anti-Antifa-Arbeit für das Archiv des H.M. Fiedler.

Deren Erfolg hängt zu einem gewissen Teil auch von dem Verhalten staatlicher Institutionen ab. Einige Polizisten und Staatsanwälte nehmen die Anti-Antifa-Struktur nicht ernst. So sind bis auf ein Verfahren in Sachsen-Anhalt alle anderen in Sachen „Anti-Antifa-Überfall" auf das Jugendzentrum „Schlachthof" eingestellt worden. Kein Wunder, daß Wulf und Worch in ihrem Blättchen triumphieren und die Schlappe in Aurich als den Anti-Antifa-Aufmarsch verkaufen. Man will wohl Väterchen Fiedler den Rang ablaufen. Gefährlich sind beide Vorgehensweisen, zumal sie strukturell und personell zusammenlaufen.

Klaus Harbart

Wolfszeit?

Neonazis orientieren auf Werwolf-Terroraktionen

Nach einer Welle des z.T. spontanen Terrors gegen AusländerInnen, dem zahlreiche Menschen zum Opfer fielen, setzen militante Neonazis jetzt wieder verstärkt auf den Ausbau illegaler Organisationsstrukturen und den Aufbau von Terrorgruppen. Unter der Überschrift „Eine Bewegung in Waffen" und dem Vermerk „Nur für den Dienstgebrauch! Nicht in Feindeshand fallen lassen!" kursiert derzeit unter den Führungsmitgliedern der Neonazis ein Aufsatz über die Aufgaben sogenannter „Werwolf"-Terrorgruppen.

Die Schrift, unter dem Pseudonym **Hans Westmar** 1991 in einem Horst-Wessel-Verlag veröffentlicht, ist dem mittlerweile verstorbenen niedersächsischen FAP-Gauleiter **Volker Heidel** gewidmet. Heidel war in der Vergangenheit u.a. an einem Bombenanschlag auf das hannoversche Amtsgericht beteiligt.

Die höchste Autorität hat für Westmar die Organisationsleitung, die eine Strategie festlegt, die sowohl den „legalen" wie auch „illegalen Kampf" umfaßt. Das Ziel dieser Terrorstrategie: „Deutschland wird damit zu einem Hexenkessel werden, ... (der) alles andere in den Schatten stellt."

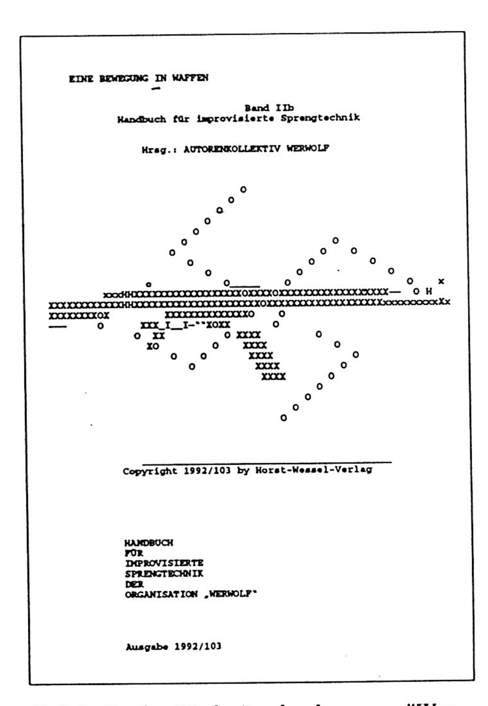
Offen bestätigt wird (was AntifaschistInnen schon lange erklären), „daß für den agitatorischen und propagandistischen Kampf die (schein-)legalen Parteien und Vereinigungen benutzt, diese aber organisiert und koordiniert werden von einer illegalen Kaderorganisation, in der das Führerprinzip verwirklicht ist."

Ähnlich wie in der neusten Ausgabe der „Neuen Front", der Zeitung der Kühnen-Bewegung, wird allerdings davor gewarnt, „daß illegaler und legaler Arm nicht über ein bestimmtes Maß personell identisch werden, damit der illegale Arm dem System dadurch kein übermäßig großes Angriffsfeld bietet."

Die Gegner der „Werwolf"-Gruppen sind natürlich die „Juden", „Volksschädlinge", „Plutokraten" und „marxistisches Ungeziefer, zu denen in der Vielzahl der Fälle insbesondere Systempolitiker zu rechnen sind." Weiter heißt es: "... wer uns und unserem Volk schlecht gesinnt ist, der wird bekämpft". Drohend erklärt der Autor, daß einmal die Stunde kommen könne, „in der unsere agitatorische Munition durch Splitterhandgranaten, Flammöl und Explosivgeschosse ausgetauscht und/oder ergänzt wird."

Gezielte Anschläge sollen jedoch auch schon heute die Gegner einschüchtern: „Ein schon dreimal 'feuerbestattetes' und wiederaufgebautes Kommunezentrum wird einen möglichen vierten Wiederaufbau wahrscheinlich nicht erleben."

Konkretisiert wurde diese Schrift, die auf Goebbels und das Oberkommando der Wehrmacht ebenso zurückgreift wie auf Zitate der RAF, durch ein „Handbuch für improvisierte Sprengtechnik". Das von einem „Autorenkollektiv Werwolf" herausgegebene Hand-



EINE BEWEGUNG IN WAFFEN

Band IIb
Handbuch für improvisierte Sprengtechnik

Hrsg.: AUTORENKOLLEKTIV WERWOLF

Copyright 1992/103 by Horst-Wessel-Verlag

HANDBUCH
FÜR
IMPROVISIERTE
SPRENGTECHNIK
DER
ORGANISATION „WERWOLF"

Ausgabe 1992/103

Faksimile der Titelseite des braunen "Werwolf"-Machwerks zur "improvisierten Sprengtechnik".

buch enthält detaillierte Anweisungen zur Herstellung von hochbrisanten Brand- und Sprengbomben, zu Zünd- und Verzögerungstechniken und zur Sprengtechnik allgemein. Empfohlen wird, „diverse Rezepturen gegebenenfalls vor dem Einsatz zu erproben und zu testen."

Die mit zahlreichen SS-Runen, Hakenkreuzen und Sturmgewehrzeichnungen versehene Schrift wird als PC-Journal "Endsieg" auf Diskette von der NSDAP/AO aus den USA hauptsächlich in der Bundesrepublik und Österreich vertrieben. Eine Weiterverbreitung erfolgt auch - so der Spiegel - via Datenleitung, über sogenannte elektronische Briefkästen.

Ebenfalls auf dieser Diskette befinden sich sogenannte Bildschirmschoner, deren Texte eindeutig als Aufforderung zu Gewaltakten zu sehen sind, wenn es u.a. heißt: „Wer nicht kämpft hat schon verloren! Leistet Widerstand gegen Juden und Freimaurer! Tötet die verbrecherischen Einwanderungs- und Abtreibungspolitiker!"

Winfried Holzinger zum Tod von Theodor Maunz

Staatsrechtler mit Vergangenheit

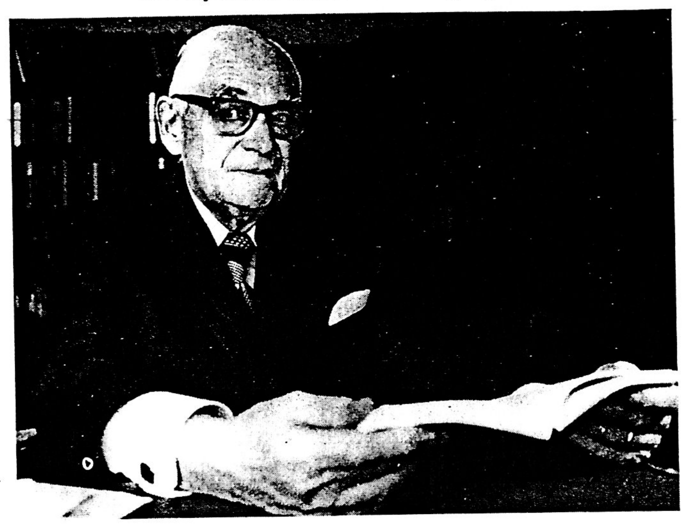
Im Sept. 1993 verstarb der Staatsrechtler **Theodor Maunz**. Nach den Angaben des ARD-Magazins Panorama hat er von 1988 bis 1993 die rechtsextreme DVU regelmäßig juristisch beraten. Diese Erkenntnis löste zunächst bei Staatsrechtlern Betroffenheit aus. Immerhin waren sie teilweise seine Schüler bzw. Co-Autoren des renommierten Grundgesetzkommentars „Maunz-Duering".So empörend konnte diese Erkenntnis jedoch nicht sein, denn hätte deoch jeder wissen müssen, daß Theodor Maunz bereits im Faschismus zu den bedeutenden Staatsrechtsprofessoren gehörte und Vordenker der „neuen Staatsrechtslehre" war. Sein Lehrer war der als antidemokratisch und ~~konservativ~~ bezeichnete Staatsrechtler **Carl Schmitt**, Leiter der „Reichsfachgruppe Hochschullehrer" des Nationalsozialistischen Reichswahrerbundes. Der tat sich im Faschismus durch eine „Rechtfertigungslehre für die Unterjochung der Nachbarvölker" hervor. Von Schmitt wurde später behauptet, daß er der heimliche staatsrechtliche Berater des Bundeskanzler Kiesinger gewesen sei. Er genoß die späteren Wertschätzungen der bundesdeutschen Rechtswissenschaft.

Während nach dem Hitlerfaschismus in der Bundesrepublik nur 17 % der von den Nazis vertriebenen Ordinarien wieder ihre Lehrstühle erhielten bzw. in ihre Ämter gerufen wurden, andere die während des Faschismus im Ausland habilitiert hatten völlig chancenlos waren, gelang es denen, die die nationalsozialalistische Rechtsordnung mitgeformt hatten, wieder auf ihre Lehrstühle zurückzukehren. Hierzu gehörten neben Theodor Maunz, **Ernst Forsthoff** (nationalsozialistischer Staatsrechtsprofessor, der neben Maunz Vordenker der „neuen Staatsrechtslehre" war), **Georg Dahm** (verantwortlich für die Novellierung des Republikschutzgesetzes 1930 mit der Kreierung neuer Tatbestände für die Aussprache von Todesstrafen), **Walter Hamel** (Polizeirechtsexperte im „3. Reich", der das „Wesen eines politischen Staates" propagierte, „der von liberalen Fesseln befreit ist"), **Ernst Rudolf Huber** (siehe Maunz und Forsthoff), **Günther Küchenhoff** (einer der radikalsten Nazi-Professoren, der 1934 im „Lebensrhytmus der Volksgemeinschaft in gleicher Schicksalsverknüpfung die letzte Quelle des Rechts gesehen hatte), **Karl Larenz** (lieferte neben anderen Professoren an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität in Kiel die geistigen Grundlagen für die mörderischen Konstruktionen der Justiz), **Herbert Krüger, Hans-Peter Ipsen, Ulrich Scheuner, Werner Weber, Arnold Köttgen, Hans-Carl Nipperdey**,(alle Lehrstuhlinhaber im „3.Reich") **Heinrich Henkel** (Lehrstuhlinhaber, prägte die Richtlinien für Richter, nach denen er einen Tatbestand strafrechtlich zu erfassen hat, nach dem Motto „was nicht erlaubt ist, ist verboten"), **Friedrich Schaffstein** (junger Hoffnungsträger der nationalsozialistischen Jurisprudenz, der gegen den Geist der Aufklärung der Weimarer Zeit wetterte und um eine Umformung des Rechts auf der Grundlage des neuen Denkens bemüht war), **Erich Schwinge** (verurteilte im Aug. 1944 den 17 Jahre alten Anton Reschny wegen „Plünderung" zum Tode, weil er nach einem Bombenangriff auf Wien eine leere Geldbörse und 2 Uhren an sich genommen hat, obwohl für diese Tat höchstens eine Freiheitsstrafe ausgesprochen werden konnte; er war u.a. Verfasser des meistbenutzten Kommentars zum Wehrstrafgesetz), **Hans Welzel** (verstand sich als Staatsrechtswissenschaftler als der Erzieher des Volkes, mit festen Bindungen an das Volk, Reich, Führung, Gehorsam gegenüber der Staatsgewalt, der Wehrbereitschaft, die geschlechtliche Zucht usw. und formulierte die „sittenbildende Kraft des Strafrechts", um die bleibenden Werte im Bewußtsein der Deutschen fest zu verankern), **Eduard Dreher** (Kommentator des StGB, der im Faschismus Erster Staatsanwalt beim Sondergericht in Innsbruck war und von dem mehrere Fälle überliefert sind, in denen er intensivst bemüht war, wegen nichtiger Fälle die Todesstrafe zu verhängen, er war auch mitverantwortlich für die in der BRD gewollten und „ungewollten" Amnestiegesetze) und viele andere, die damals die herrschende Meinung im Hitlerfaschismus mitgeprägt hatten.

Sie prägten im neuen demokratischen Staat, wie in ihrer faschistischen Vergangenheit die herrschende Meinung und setzten in Neuauflage die so bedeutsamen Gesetzeskommentare, als ob es ihre Vergangenheit und die Vergangenheit der faschistischen Justiz nie gegeben hätte. Sie trugen dazu bei, daß sogar Analogien aus dem Kernstück der NS-Strafrechtsreform zum Nachteil der Angeklagten wieder rehabilitiert und übernommen wurden. Wen wundert es also noch, wenn solche Erkenntnisse über hier bereits wieder geachtete Staatsrechtler, wie dem verstorbenen Theodor Maunz wieder der Öffentlichkeit bekannt werden. Die Vergangenheit unserer Justiz ist immer noch nicht bewältigt und gesühnt. Es ist den Juristen wie keiner anderen Berufsgruppe gelungen, ihre faschistische Vergangenheit zu verschleiern und zu beschönigen. ◪

Professor Dr. Theodor Maunz †

Deutschland verlor seinen größten Rechtsgelehrten Dr. Frey seinen wunderbaren Wegbegleiter



Faksimilé aus der "Deutschen National-Zeitung"

Finanzspritze

Die Bundesregierung hat der Landsmannschaft Schlesien für deren Deutschlandtreffen in diesem Jahr in Nürnberg insgesamt DM 170.730,- zur Verfügung gestellt.

Auslandshilfe

Aus Litauen werden neuerdings die „Politischen Hintergrund-Informationen" (PHI; Erscheinungsort: Basel) und der PHI-Auslandsdienst (Erscheinungsort: Wien) verschickt. Herausgeber der rechtsextremen Nachrichtendienste ist der „Buchclub PHI=Pressedienst" mit Sitz in Basel. Die Redaktion kann über ein Postfach in Berlin kontaktiert werden. Gedruckt wird im polnischen Oppeln. Im Vorstand sind u.a. **Torsten Papproth, Andreas Saur** und **Theo Koik** vertreten.

Verboten

Der französische Ministerrat hat die 40 Mitglieder starke „Heimattreue Vereinigung Elsaß" (HVE) verboten. Bei Hausdurchsuchungen im Elsaß waren im Juli Waffen, Sprengstoff und neonazistisches Propagandamaterial beschlagnahmt worden. Die baden-württembergische Landesregierung in Stuttgart hatte die deutsche Schwesterorganisation der HVE, die „Heimattreue Vereinigung Deutschland" (HVD), schon Mitte Juli verboten.

Volkmar Wölk

Von Helden, der Bundeswehr, einem Bürgermeister und der Vergangenheit

Die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger in Celle

Samstag Mittag um 14 Uhr am 16. Oktober ist in der niedersächsischen Kleinstadt Celle die Welt wieder in Ordnung. Der Busverkehr rollt wieder planmäßig durch die gesamte Innenstadt, die letzten der 109 durch die Polizei eingekesselten Demonstrantinnen und Demonstranten können sich jetzt nach ihrer Freilassung aufwärmen, die Lokalpresse weiß nach der Veröffentlichung der Presseerklärung der Polizei endlich, was von ihr zu schreiben erwartet wird, die Bundeswehr hat Ehrenformation und Musikzug abgezogen und nur einige Feldjäger zurückgelassen und ihre Vorbilder laut Traditionserlaß, die „Helden" des letzten Weltkrieges und Ritterkreuzträger, sitzen wieder beim Bier im städtischen Union-Gebäude. Der Vorhang ist gefallen, fast allgemeines Aufatmen der Bürgerinnen und Bürger: die Normalität ist wieder hergestellt.

Dabei hatte in den Wochen zuvor helle Aufregung in der traditionsreichen Stadt geherrscht: Die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger hatte ihr Kommen zu ihrem jährlichen Treffen angekündigt. Die Tradition war in zweifacher Hinsicht der Grund dafür. Zum einen kann Celle auf eine 375jährige Geschichte als Garnisionsstadt zurückblicken, zum anderen auf eine langbewährte Tradition bei der Förderung militaristischer, völkischer und geschichtsklitternder Veranstaltungen durch die Repräsentanten der Stadt. An ihr konnten sich in der Vergangenheit u.a. durch Nutzung städtischer Räumlichkeiten die Burschenschaften und der Stahlhelm - Kampfbund für Europa ebenso erfreuen wie die DVU des Gerhard Frey.



Für die Presse erklärt W. Kertz, daß sich lediglich ein paar alte Opas zum Bier treffen. Bei der Gedenkfeier für den ehem. Vorsitzenden der OdR, Niemack, fabuliert er von "Wallhall" und kündigt Journalisten im Falle negativer Berichterstattung "Laufbahnschwierigkeiten" an. Foto: Fritz Klick

Die 1956 gegründete Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger erschien wohl besonders förderungswürdig. Ca. 800 der ursprünglich mehr als 7.000 Ritterkreuzträger leben noch. Sie alle hatten das Ritterkreuz von Adolf Hitler persönlich verliehen bekommen. Zu den auszeichnungswürdigen „Heldentaten" gehörte auch die Beteiligung an der Niederschlagung des Aufstandes im Warschauer Ghetto mit tausenden von Toten. Einer der bekanntesten Ritterkreuzträger ist der SS-General Dirlewanger, berüchtigt als der „Schlächter von Chatyn". Oberbürgermeister Dr. Severin (CDU) lud die ca. 100 aus aller Welt angereisten „Helden" zum Empfang ins Rathaus und verfaßte ein Grußwort für das Verbandsorgan, „Das Ritterkreuz", in dem er betonte, Celle wisse sich „guter soldatischer Tradition verbunden". Wörtlich heißt es in seinem Beitrag weiter: „Wir freuen uns, daß die Ordensgemeinschaft (...) Celle als diesjährigen Tagungsort ausgewählt hat." Zwar betonte er gegenüber der Presse, seine Unterschrift sei routinemäßig und ohne Kenntnis des Inhalts zustande gekommen, doch vergaß er gleichzeitig nicht zu erwähnen, daß zu seinem Bekanntenkreis einige Ritterkreuzträger gehören, die allesamt „hochhonorige Persönlichkeiten" seien. Folgerichtig zögerte er nicht, Strafantrag gegen die unbekannten Urheber eines Plakates und Flugblattes zu stellen, auf denen er als Marionette Hitlers sich dargestellt fühlte.



Stolz auf den Nazi-Orden, für Celles Bürgermeister "hochhonorige" Herren. Foto: Fritz Klick

War Dr. Severin ebenso wie den Verantwortlichen der Bundeswehr wirklich entgangen, daß der 16. Oktober, den die Ritterkreuzträger für ihr Totengedenken gewählt hatten, zugleich der Jahrestag der Hinrichtung von Alfred Jodl, Generaloberst und Chef des Wehrmachtführungsstabes, und Wilhelm Keitel, Generalfeldmarschall und Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, beide bei den Nürnberger Prozessen als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt, ist? Es muß wohl so gewesen sein, denn ein Musikzug der Bundeswehr spielte und eine Ehrenformation stand reglos, während die Veteranen die erste Strophe des Deutschlandliedes mit dem „Deutschland, Deutschland über alles" intonierten. Doch die kleine Verwechslung von dritter und erster Strophe war dem Presseoffizier der Bundeswehr ebenso entgangen wie er die tätlichen Angriffe von Ritterkreuzträgern auf Zwischenrufer übersehen hatte und auf die Demonstranten bezogene Äußerungen wie „Da müßte man mit dem MG reinhalten!" oder das entsetzte „Da sind auch Juden dabei!" überhört hatte. Nach seiner Aussage war die Bundeswehr aus Gründen der Traditionspflege anwesend, die Ritterkreuzträger wiederum verhielten sich ganz ihrer Tradition entsprechend. An einem Treffen der Waffen-SS könne sich die Bundeswehr nicht beteiligen, ergänzte der Presseoffizier. Spätestens an den folgenden Tagen im Fernsehen konnten er sehen und hören, wie Teilnehmer stolz zu ihrer SS-Vergangenheit standen oder die Waffen-SS als tapfere Truppe, über deren Nachbarschaft im Kampfe man froh war, bezeichneten. Die Ordensgemeinschaft sei eine zweifelsfrei demokratische Organisation, denn nur mit solchen kooperiere die Bundeswehr. An Zitaten aus dem Verbandsorgan, die das Gegenteil belegen, zeigte er allerdings kein Interesse.

Zwischen „hochhonorigen Persönlichkeiten" (Dr. Severin), „Bande von ausgesuchten Mördern" (Redner bei der Protestkundgebung) und der Eigendarstellung „Alte Opas, die in Ruhe und Frieden mit Freunden ein Glas Bier trinken", so Wolfram Kertz in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Ordensgemeinschaft, schwankten denn im Vorfeld des Spektakels die Beurteilungen. Die örtlichen Grünen distanzierten sich zunächst in einer „Aktuellen Stunde" am 23.9. vom Empfang durch den Oberbürgermeister, später wegen „undifferenzierter Äußerungen" von der Gegendemonstration. Die PDS-Bundestagsfraktion bezweifelt in einer Kleinen Anfrage vom 22.9. die politische und moralische Vertretbarkeit des Mitwirkens der Bundeswehr an dem Spektakel. Der Celler CDU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Schulze reagiert seinem Beruf als Oberstudiendirektor entsprechend pädagogisch: er hält die Cha-

rakterisierung des Ritterkreuzes als „Orden fürs Morden", so der Titel einer Antifa-Veranstaltung, für „verfolgungswürdig".

Die Gegenaktionen insgesamt für verfolgungswürdig hielt wiederum die Polizei. Den ca. 300 Demonstrantinnen und Demonstranten, die sich zunächst zu einer Protestkundgebung in der Innenstadt getroffen hatten, wurde nach einer Spontandemo von starken Polizeikräften der Zutritt zum Schloßpark, dem Veranstaltungsort verwehrt. Ohne Anlaß wurden die Protestierenden immer weiter abgedrängt, Greiftrupps des Sondereinsatzkommandos übten knüppelschwingend Ausfälle. Anlaß waren nach polizeilicher Version „vermummte sowie gewaltbereite Personen", nach dem Eindruck unbeteiligter Zuschauer eher die realen kalten Füße der Beamten sowie die sprichwörtlichen kalten Füße der Stadtoberen, die um ihren Stargast, den ehemaligen Vizekanzler Erich Mende, selbst Träger des Ritterkreuzes, fürchteten. Mende gehörte in den fünfziger Jahren zu den ersten, die die Erlaubnis zum öffentlichen Tragen des Ritterkreuzes, inklusive Hakenkreuz, befürworteten, und forderte die Anerkennung aus Holland in die Bundesrepublik entflohener Kriegsverbrecher als politische Flüchtlinge. Ein wahrhaft würdiger und „hochhonoriger" Gast für eine Organisation, die in ihrem Verbandsorgan die „Umerziehung des deutschen Volkes" nach 1945 beklagt.

Nach dem berüchtigten „Celler Loch" folgte an diesem Vormittag dann der Celler Kessel. Nachdem es Würfe von Eiern und Coladosen auf die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung gegeben haben soll, wurden mehr als 100 Protestierende durch die Bereitschaftspolizei über zwei Stunden eingekesselt. Laut Polizeibericht diente dies „zur Verhinderung weiterer Ausschreitungen". Diese gingen jedoch allein auf das Konto der eingesetzten Beamten. Teilweise äußerst brutal wurden die eingekesselten, größtenteils Jugendlichen zur Feststellung der Personalien gezerrt und geprügelt. Immer wieder Wutanfälle, wenn die vermuteten Gegenstände nicht gefunden wurden: „Wo hast du deine Motorradhaube gelassen?" Weder Namen, noch Dienstnummern, noch die Einsatzleiter, noch eine Begründung für die Aktion waren zu erhalten. Die Einsatzleitung bastelte zu diesem Zeitpunkt noch an einer Rechtfertigung. Später sollte es heißen, es hätten Informationen vorgelegen, daß im Anschluß noch eine Scherbendemo geplant gewesen sei. Warum dann allerdings der schwarze Block nahezu ungehindert abziehen konnte, während weitgehend Schülerinnen und Schüler eingekesselt wurden, wird unerfindlich bleiben. Aber Entschuldigung: es gab ja gar keinen Kessel! „Ich sehe keinen Kessel. Die können alle gehen, wenn sie wollen!" so ein Unterführer der Polizei vor Ort.



Keine Bedenken bei Bundeswehr und der britischen Armee gegenüber den Mitgliedern der OdR, unter denen auch zahlreiche ehemalige SS-Offiziere zu finden sind. "To the Gallant and Brave" heißt es dementsprechend auf der Kranzschleife der britischen Armee.

17 Verfahren konnten durch die Polizeiaktionen konstruiert werden. Zwar kritisierten die überregionalen Medien teilweise ausführlich das Vorgehen der Offiziellen der Stadt und der Polizei, doch auf die lokale Cellesche Zeitung war in bewährter Weise wieder einmal Verlaß. Deren Kommentatorin Sabine Schwieder befand, es seien die Demonstranten und die zahlreichen Kamerateams gewesen, die das Treffen aufgewertet hätten. Die Polizisten seien die Gelackmeierten gewesen, die Demonstranten zur Differenzierung unfähig. Ganz in der Tradition des Blattes wurde für den Ablauf des Geschehens lediglich der Polizeibericht wiedergegeben. Die Autorin befand sich nach dem offiziellen Teil schon beim Tee in der Redaktion. Schließlich war kaltes Wetter. Zuvor hatte sie es jedoch nicht versäumt, sich über Kritik an ihrem Blatt durch einen Kundgebungsredner zu beschweren. Schließlich versuche sie seit fünf Jahren, die Berichterstattung zu ändern. Offensichtlich mit wenig Erfolg, die Schere im Kopf funktioniert, die Desinformation in der Provinz ebenso.

Doch nicht alles ist beim Alten in Celle nach diesem 16. Oktober. Widerstand war erstmals auch von unerwarter Seite gekommen. So hatten sieben Mitglieder des Ensembles des Schloßtheaters auch für 40 weiter Kollegen einen Protestbrief unterschrieben und begleiteten die Demonstration und sonstigen Aktionen mit einer szenischen Darstellung von Ernst Jandls Gedicht „Schützengraben". Für alle ein eindrucksvolles und amüsantes Erlebnis, aber wohl bald vergessen. Es handelt sich ja schließlich nur um SchauspielerInnen und nicht um hochhonorige Persönlichkeiten.

Winfried Holzinger

Braune Kameraden gegen die Republik...

oder alter Wahn in jungen Schädeln, so eine fragende symbolhafte Gegenüberstellung von Weimar und Bonn, die es an gesellschaftspolitischen Entwicklungen unter dem Eindruck von Armut, Massenarbeitslosigkeit, Nationalismus, Sozialabbau, Angriffe auf Minderheiten in der deutschen Bevölkerung, Einschränkungen demokratischer Grundrechte und konservativem Verständnis des Staatswesens der letzten 6 Jahrzehnten zu hinterfragen gilt.Durch das erst jüngst, am 16. 10. 1993 stattgefundene Treffen der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR)" in Celle unter der Schirmherrschaft der Bundeswehr und der damit verbundenen Verharmlosung der „soldatischen Verbundenheit" mit Ritterkreuzträgern der NS-Vergangenheit ist für mich Anlaß, die bisher tabuisierte demokratische Zuverlässigkeit der Bundeswehr durch einen kritischen Rückblick in Frage zu stellen.

Trotz eines Wehrbeauftragten zeigt es sich, daß das Phänomen Bundeswehr vergleichbar ist mit anderen Sicherheitsbehörden. Demokratischen Kontrollen, bzw. der prüfende Einblick ist den Bürger verwehrt. Die kritischen Soldaten des Arbeitskreises „Darmstädter Signal" kann als Beispiel dienen. Dieser Kreis von Soldaten, der sich gegen den Nato-Doppel-Beschluß zusammenfand, der sich für den Abbau von Massenvernichtungswaffen und für die konsequente Umsetzung des defensiven Auftrages der Bundeswehr einsetzt, der seine Zustimmung zu dem freisprechenden Frankfurter Gerichtsurteil für Dr. Augst zu dessen Sätzen „Jeder Soldat ist ein potentieller Mörder, auch Sie Herr Witt" und „Bei der Bundeswehr gibt es einen Drill zum Morden..." gab und damit Politikern widersprach, die diesen Freispruch als gravierenden Angriff auf den Rechtsfrieden bezeichneten, der sich für den Abbau von Feindbildern in der Bundeswehr und die Verwirklichung des Leitbildes vom „Staatsbürger in Uniform" einsetzet, zeigt, wieweit es der Bundeswehr mit ihren hohen Repräsentanten und ihrer Wehrjustiz auch an innerer Demokratie fehlt bzw. konservative Grundhaltungen und interne Organisationsstrukturen ihr Grenzen setzen. Gerade mit der Bestrafung dieser Kritiker aus den eigenen Reihen wurde versucht, eine interne Auseinandersetzung über die Bundeswehr zu verhindern.

Die These, daß durch das gesetzlich verankerte Primat der Politik und durch die Konzeption der Inneren Führung die Bundeswehr ein demokratisches Gefüge erhalten habe und

in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland integriert sei, wurde in der Vergangenheit kaum problematisiert. Skandale und ihre Kritik beschränkten sich in den meisten Fällen nur auf Symptome, der gesellschaftliche Standort der Bundeswehr wurde nicht in Frage gestellt. Gerade aber die Traditionspflege und das Traditionsverständnis innerhalb der Bundeswehr, das sich auch in dem fortgesetzten Treffen der OdR in Celle am 16.10.93 bemerkbar machte, zeigt, daß von einem durchgängigen demokratischen Neubeginn nicht die Rede sein kann. Hierbei ist festzustellen, daß sich die gesamte damalige Führungsspitze der Bundeswehr aus ehemaligen Wehrmachtsoffizieren rekrutiert hat. Von den 217 Generälen der Bundeswehr hatten 1976 nur 3 ihre militärische Karriere nicht unter Hitler begonnen. Schon alleine diese Verbindung zum ehemaligen „3.Reich" mußte es schwermachen, eine klare Trennung zur Tradition des deutschen Soldatentums herzustellen. Diese Verwandtschaft erklärt auch, wieso von bestimmten Kreisen der Bundeswehr immer wieder der Versuch unternommen wurde, unter Hinweis auf die „soldatischen Leistungen" der Teilnehmer des zweiten Weltkrieges die Taten dieser faschistischen Wehrmacht gutzuheißen und an alten Wehrmachtstraditionen anzuknüpfen. Ein besonderes Indiz hierzu sind u.a. die Kontakte verschiedener Bundeswehreinheiten zum „Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V., Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit (HIAG)", einem Traditionsverband der Waffen-SS und die Treffen der Bundeswehr mit der OdR, zu der auch ein großer Teil von ehemaligen Angehörigen der SS gehört und zu der die Bundeswehr seit nunmehr 39 Jahren eine „kameradschaftliche Verbindung" hat. In diesem Zusammenhang ist das Nürnberger Urteil über die SS zu erwähnen: „Es ist unmöglich, auch nur einen Teil der SS auszusondern, der nicht an diesen verbrecherischen Handlungen teilnahm. Die Allgemeine SS nahm aktiv an der Verfolgung der Juden teil und wurde als Quelle für die Rekrutierung von Wachmannschaften für die Konzentrationslager benutzt. Einheiten der Waffen-SS nahmen direkt an der Tötung von Kriegsgefangenen und an Grausamkeiten in den besetzten Gebieten teil. Sie stellte Personal für die Einsatztruppen und hatte Befehlsgewalt über die Wachmannschaften der Konzentrationslager, nachdem die SS-Totenkopfverbände, die diese ursprünglich kontrollierten, von ihr aufgesogen worden waren. Die SS wurde zu Zwecken verwandt, die nach dem Statut verbrecherisch waren...". Dieses Urteil dürfte den Bundeswehrangehörigen nicht unbekannt sein und müßte Einfluß auf ihr Selbstverständnis haben. Hatte es daher auch für die Bundeswehr eine besondere Bedeutung, daß das Treffen mit der OdR in Celle am 16.10.93 auf den Tag der Vollstreckung der von dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg verkündeten Todesurteile von Jodl und Keitel fiel? Seit 1979 erschien die HIAG in den jährlichen Verfassungsschutzberichten unter den „sonstigen rechtsextremen Vereinigungen". Obwohl z.B. im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1982 zur HIAG nichts besonderes auffiel, so wurde doch festgestellt, daß das Organ der HIAG, „Der Freiwillige", „...verherrlichende Berichte über Kriegshandlungen und Fronterlebnisse brachte, ohne auch nur im Ansatz Distanz gegenüber den für den Krieg politisch Verantwortlichen erkennen zu lassen". An dieser Distanz scheint es auch der Bundeswehr auf Grund ihrer engen Verbindungen zur HIAG gefehlt zu haben. Hierbei sei nur noch ein Blick in den HIAG-Kalender zu werfen, der auch in der Bundeswehr in treuen Händen war. Während man Daten zur bundesdeutschen Geschichte vergebens sucht, findet man Erinnerungen an Führers Geburtstag, an den Hitlerputsch, die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, an das Attentat auf Hitler usw.

Folgende Kontakte von Bundeswehreinheiten zu rechten Verbindungen in der Vergangenheit sollen hier nur beispielhaft zitiert werden: - zur Gruppe „Junger Nationaldemokraten" durch die 1. Minensuchflottille in Flensburg-Mürnich; - der HIAG Marburg zum dortigen Bundeswehr-Standort; - einer Feier zu Ehren Adolf Hitlers auf dem Marine-Schulschiff „Deutschland"; - Wiederholte Empfänge von dem ehemaligen Hitler-Nachfolger und Nazi-Großadmiral Karl Dönitz, der in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, durch Bundeswehroffiziere in Uniform in Aumühle bei Hamburg; - Veranstaltung der HIAG in Gießen mit dem Kommandeur der Territorialverteidigung des Gießener Wehrbereichskommandos, des hessischen Reservistenverbandes der Bundeswehr und der Bundeswehrfachschule; - Einweihung eines Gedenksteines für die Toten der ehemaligen 6. SS-Gebirgsdivision Nord in Buchholz/Hunsrück mit Vertretern des Heereskommandos III in Koblenz und des Heeresmusikkorps V; - Treffen der HIAG Coburg mit Offizieren der Bundeswehr und Einheiten des Bundesgrenzschutzes, das mit der Jahreshauptversammlung der HIAG Bayern verbunden ist. Hier wird zum Abschluß gemeinsam das „Treuelied" der SS gesungen; - Teilnahme einer offiziellen Abordnung der Bundeswehr an einer Gedenkfeier mit der neofaschistischen „Wiking-Jugend" am Fliegerdenkmal auf der Burg Staufenberg bei Gießen, Veranstalter war die Traditionsgemeinschaft des ehemaligen Stuka-Geschwaders „Immelmann", Hauptredner war der ehemalige Wehrmachtoberst Rudel, der von dem „ehemaligen Reichsminister" Rudolf Heß spricht, der zu dieser Zeit „...unverständlich noch heute im Zuchthaus Spandau schmachten müsse."; - Treffen des Heeresmusikkorps 11 aus Oldenburg, ein Ehrenzug der Göttinger Jägerbrigade 4 und Abordnungen des Panzerartilleriebataillons 130 aus Wesel sowie das Fallschirmjägerbataillon 252 in Nagold mit der Landsmannschaft Ostpreußen in Göttingen, hierbei wurde durch Redner der Bundeswehrführung auf Tradition und Tugenden der Wehrmacht im 3. Reich und ihres Vorbildcharakters hingewiesen; - Feier von Ortsverbänden der Reservisten der Bundeswehr mit der HIAG Oberallgäu auf dem Hohenkapf, wo zum Abschluß gemeinsam das „Treuelied" der SS gesungen wurde; - Treffen des Kommandeurs der Panzerbrigade 12 der Bundeswehr in Amberg/Oberpfalz mit der ehemaligen „schweren Panzerabteilung" der Waffen-SS mit einer eindrucksvollen Waffenschau und Kameradschaftsabend; -Gedenkveranstaltungen der „Arbeitsgemeinschaft soldatischer Verbände" unter Beteiligung von Neonazis, wie z.B. am Totensonntag des 22.11.92 in Aachen (Hierbei erklärte Frank Heimig als Vertreter der „Brünner Burschenschaft Libertas" u.a., daß er den Dienst an der Waffe begrüße und bezeichnet den Pazifismus als „unehrenhaftes, feiges Hinausstehlen aus der Verantwortung") usw. Diese Liste könnte beliebig weitergeführt werden, diese Auflistung stellt nur die Spitze eines Eisberges dar, der aufgrund der Abschottung der Bundeswehr zur Außenwelt nur für „Eingeweihte" wahrnehmbar ist. Diese Treffen sind jedoch ein Beispiel für das Traditionsverständnis der Bundeswehr und ihre Kontakte zu Traditionsverbänden und „Kameradenwerken".

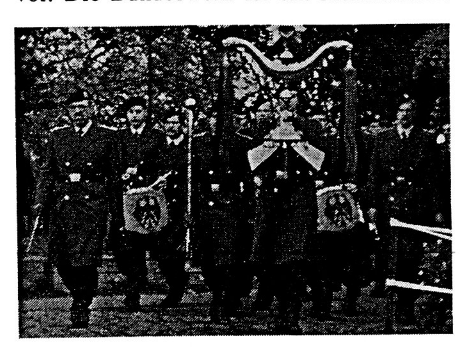
Einen weiteren Hinweis für das Traditionsverständnis der Bundeswehr finden wir in der Benennung vieler Kasernen. So sind viele Kasernen nach den Namen reaktionärer Generäle aus dem Kaiserreich und der Weimarer Republik sowie ehemaligen Nazi-Generalen benannt; von derzeit rund 500 Truppenunterkünften sind insgesamt 30 nach Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht benannt. U. a. wurden hiervon folgende Namen und Orte gewählt wie z. B. Hindenburg-, Lettow-Vorbeck-, Wilhelm Ritter von Leeb, Tirpitz-, Kaiser-Wilhelm-, Dietl- (dem sogenannten „Schlächter von Murmansk"), Rommel-, Lüttich-, Pommern-, Deutschorden-, Langemarck-, Ostmark-, Argonnen-, usw. Auch bei Übungen zeigt die Bundeswehr keine Zurückhaltung in ihrem Traditionsverständnis. So wurde z.B. auf einem Bundeswehrstützpunkt in der sächsischen Oberlausitz der deutsche „Gefechtsstand Sarajevo" vorgefunden. So sind auf Schießplätzen der Bundeswehr auch die Namen von Städten wiederzufinden, die jetzt in der Volksrepublik Polen und Rußland liegen.

Auch das Innere der Bundeswehr-Kasernen läßt einen Rückschluß auf Traditionsverständnis und -pflege zu. In der Vergangenheit wurde die Existenz von Wandmalereien und Bilder aus dem Hitlerfaschismus in Dienstzimmern und Fluren bekannt. In einer Truppen-Bücherei wurden Bände wie Ahlfen „Der Kampf um Schlesien", Carell „Unternehmen Barbarossa", Grimm „Volk ohne Raum", Vegesack „Die baltische Tragödie", Hupka „Schlesien", usw. vorgefunden. Auch hier scheint es sich nur um die Spitze eines Eisberges zu handeln. Bei der Durchsicht der Publikationsorgane der Bundeswehr, wie z.B. „Information für die Truppe - Zeitschrift für Innere Führung" kann festgestellt werden, daß auch in ihr Ausländerfeindlichkeit propagiert wird und eine klare Trennung zum Rechtsextremismus fehlt. So kann **Clemens Range**, der auch in der rechtsradikalen Zeitung „Mut" veröffentlicht, sich über die „drohende Völkerwanderung" auslassen, wobei er sich auf das Buch „Invasion der Armen" des Berliner REP-Vorsitzenden bezieht. Auch **Alfred Schickel**, der Mitarbeiter der rechtsextremen Zeitung „Europa vorn" war, schreibt für dieses Organ der Bundeswehr. Bekannt wurden auch die öffentlichen

Lesungen des Dozenten an der Bundeswehruniversität Neubiberg, Georg Geismann, aus Hitlers „Mein Kampf". Selbst das Liedgut der Bundeswehr spiegelte rechte Traditionen wieder. Das Absingen von ehemaligen SS-Märschen schien keine Seltenheit zu sein. So fand sich z. B. eine Anzeige für eine Langspielplatte „Lieder von allen Fronten" mit Wehrmachtsliedern in der offiziellen Truppenzeitung „Heer" im Mai 1976 wieder. Das Heeresmusikkorps 5 der Bundeswehr aus Koblenz produzierte im Sommer 1976 für den Osnabrücker Munin-Verlag die Schallplatte „Deutsche Präsentier- und Parademärsche" mit SS-Märschen. In einer Anfrage wurde mitgeteilt, daß das Spielen von SS-Märschen in der Bundeswehr für unbedenklich gehalten werde, da ja auch die „Traditionsverbände" erlaubt seien und das Heeresmusikkorps 5 ständig zu deren Veranstaltungen beordert würde.

Als im Jahre 1992 bekannt wurde, daß 24 Angehörige der Bundeswehr an fremdenfeindlichen Anschlägen beteiligt waren, erklärte General Klaus Neumann, daß es „keinen Platz für Radikale" in der Bundeswehr geben dürfe. Weiterhin forderte er eine „Erziehungsarbeit, die darauf angelegt sein muß, den Anfängen zu wehren.". Wie soll diese Erziehungsarbeit jedoch geleistet werden, wenn man sieht, wie aufgrund der Mitgliedschaften von Bundeswehrangehörigen zu rechtsextremen Parteien faschistisches Gedankengut nicht nur vorhanden sondern auch durch ihre Erziehung weitergetragen wird. Eine nicht unbedeutende Anzahl von Bundeswehrangehörigen hatte in der Vergangenheit und auch heute eine besondere Nähe zur NPD, DVU und „Republikanern". 1974 zählten die Herausgeber des Buches „Bundeswehr und Demokratie" 6 Reserveoffiziere, 28 aktive Militärs, unter denen sich ein Oberstleutnant, 5 Majore, 3 Hauptleute und 3 Oberfeldwebel befanden, die der NPD angehörten. Die Mitgliedschaft von Bundeswehrangehörigen bei den „Republikanern" dürfte wesentlich höher sein. Dienstlich hatte die Mitgliedschaft in diesen Parteien keinen Einfluß auf ihre Karriere. Auffallend jedoch ist und war der hohe Anteil von Führungs-Offizieren der Bundeswehr in leitenden Positionen dieser Parteien und anderer rechtsextremen und rechtsradikalen Vereinigungen wie „Weltbund gegen Geschichtsfälschung", „Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur", „Patrioten für Deutschland", „Deutschland-Stiftung", „Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel", „Gesellschaft für die Einheit Deutschlands", usw.

Hintergrund dieses offensichtlichen reaktionären Bodensatzes in weiten Bereichen der Bundeswehr ist ohne Zweifel ein von Antikommunismus gelebtes Feindbild gegen die ehemalige Sowjetunion. Dieses ungebrochene Feindbild findet sich in verschiedenen Äußerungen von hohen Offizieren der Bundeswehr wieder. Auszugsweise hierzu im Mai 1971 der damalige Bundeswehrmajor von Strachwitz in einem Leserbrief der „Welt": „Die heutige Politik der SPD ist vielleicht nur aus der Person des Kanzlers zu verstehen. Er hat es erreicht, daß man im Lager der Kritiker wieder von vaterlandslosen Gesellen sprechen kann, weil sie einen Kurs ihrer Parteiführung zulassen, der gegen Deutschland gerichtet erscheint. Dem Bundeskanzler kann man es kaum übelnehmen, wenn er keine besondere Vaterlandsliebe für Deutschland in den Grenzen von 1937 hegt."; ebenso die Aussagen des damaligen Eutiner Oberstleutnant Witt in einem NPD-Propagandaschreiben: „Dem derzeitigen Bundeskanzler Brandt-Frahm-Martin Flamme (oder wie er sonst noch heißen mag) wird der Friedensnobelpreis verliehen, während eine Persönlichkeit wie der 79jährige Rudolf Heß, ...seit über 30 Jahren in Spandau hinter Gittern schmachtet."; in der Wochenzeitung „Die Zeit" wird 1969 der Ausspruch eines Hauptmanns der Bundeswehr zitiert: „Machen wir uns nichts vor. Die Bundeswehr ist ein Machtfaktor.



Mit klingendem Spiel werden die Nazi-Traditionen geehrt, hier beim OdR-Treffen.

Sollte es einmal links putschen, dann sind wir da, mit oder ohne Notstandsgesetz."; auf die Erläuterung des Begriffs „freiheitlicher Sozialismus" eines SPD-Politikers erklärte ein Bundeswehr-Offizier: „Wenn Sie einen freiheitlichen Sozialismus in der Bundeswehr einführen wollen, müssen wir uns als Bundeswehr überlegen, ob wir nicht von unserem Recht auf Widerstand Gebrauch machen." Viele Bundeswehroffiziere sahen im Putsch der chilenischen Militärjunta eine gerechte Sache. Im November 1973 erklärte ein General a.D. den Putsch der Militärjunta in Chile für berechtigt. Im gleichen Jahr überreichten ca. 20 Reserve- und aktive Offiziere der Bundeswehr, unter ihnen auch der damalige Inspekteur der Bundesmarine dem Junta-General-Mendoza in Santiago einen Scheck in Höhe von 25.000 DM. Einen lebhaften Beifall erhielt der chilenische Oberstleutnant Kraushaar, der in einem Vortrag an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg den Putsch der chilenischen Militärs verteidigte. Während die Teilnehmer dieser Veranstaltungen mit keinen Konsequenzen rechnen mußte, wurden Soldaten, die sich durch ihre Unterschrift gegen eine Ausbildung Kraushaars in der Hildesheimer Mackensen-Kaserne protestiert hatten, disziplinarisch bestraft. Auch in anderen Fällen war die Bundeswehrführung mit Bestrafungen nicht zurückhaltend, wenn es um demokratische und antifaschistische Aktivitäten von Soldaten ging. So wurden Soldaten, die in Uniform auf Mai-Kundgebungen erschienen bestraft, ein Soldat, der ein Transparent mit der Aufschrift „Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus" auf einer DGB-Veranstaltung trug, wurde mit verschärften Ausgangsbeschränkungen belegt, auch erfolgten harte Bestrafungen bei der Teilnahme von Soldaten in Uniform bei antifaschistischen Kundgebungen, wie z. B. bei internationalen Mahn- und Gedenkveranstaltungen. Beschwerden der Betroffenen wurden u.a. mit der Begründung durch die Bundeswehrführung zurückgewiesen, daß diese zur Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung erforderlich gewesen seien bzw. daß das Absehen von einer Disziplinarstrafe unabsehbare Folgen für die Disziplin der Truppe gehabt hätte. Selbst engagierte Vertrauensmänner in der Bundeswehr waren vor Benachteiligungen durch ihre Vorgesetzten nicht sicher. Währenddem der General Hildebrandt im Jahre 1975 politisch in Schutz genommen wurde, obwohl er bei einem Besuch in Madrid an einer Parade zur Erinnerung an den faschistischen Sieg über die spanische Republik teilgenommen hatte, wurde der Vertrauensmann, der dessen Entlassung aus der Bundeswehr mit einem offenen Brief an den Verteidigungsminister Leber gefordert hatte, mit Arrest bestraft. Diskussionen von Soldaten über die Wehrpflichtigen-Studie „Soldat 74" führte zu Arrest- oder Geldstrafen, in einigen Fällen auch zu vorzeitigen Entlassungen. Vorbehalte zeigte die Bundeswehrführung auch gegenüber kritischen Veröffentlichungen. Beispielhaft sei hier die Durchsuchung eines Spindes in der Ulmer Wilhelms-Kaserne genannt, bei der Gewerkschaftszeitungen („ÖTV-Wehrreport", „Der Gewerkschafter", „Metall" usw.) als „wehrkraftzersetzendes Material" beschlagnahmt wurden.

Schon sehr früh zeigte sich, daß die Konzeption des Generals Baudissin vom „Staatsbürgers in Uniform" im Widerspruch zu eigentlichen Tendenzen innerhalb der Bundeswehr standen. Sein Anspruch, eine ständige politische Diskussion in der Truppe zu motivieren, wurde bereits 1969 von dem damaligen Inspekteur des Erziehungs- und Bildungswesens im Heer, dem Brigadegeneral Karst, der später Präsident der rechtsradikalen „Deutschland-Stiftung" war, mit dem Hinweis kritisiert, daß diese Konzeption eine „unsoldatische Armee konstruieren wollte. Es käme darauf an, den richtigen Ansatz zu retten und endliche eine soldatische Armee aufzubauen." Dieser Gedankengang wurde durch die Schnez-Studie, hinter der sich fast die gesamte Führungsspitze des Heeres verbarg, fortgeführt, indem sie für das Militär eine „Reform an Haupt und Gliedern" durch Änderung von Artikeln des Grundgesetzes und 30 Bundesgesetzen forderten. Diese hier aufgezeigten reaktionären und antidemokratischen Tendenzen in der Vergangenheit der Bundeswehr waren keine Einzelfälle, es handelte sich bei bestimmten Kontakten nicht um sogenannte „Entgleisungen" oder sogenannte „Mißverständnisse". Unter dem Eindruck der OdR-Veranstaltung in Celle zeigt sich ein soldatisches Bewußtsein, das ein Produkt der Erziehung und der Strukturen innerhalb der Bundeswehr ist. Die Innere Führung der Bundeswehr ist in Frage zu stellen, es ist zu überprüfen, welche demokratischen Kontrollmöglichkeiten bestehen und wieweit sie wirksam sind. Es ist deshalb wichtig, gerade kritische Soldaten, wie die im Arbeitskreis „Darmstädter Signal", öffentlich zu unterstützen, um Kontrollmöglichkeiten von innen heraus zu fördern bzw. Diskussionen in die Bundeswehr hineinzutragen.

Stefan Kuhn

Rechtsextreme Tiraden unter der Flagge der Verständigung

Deutsch-Rußländische Gesellschaft bietet ihre Zeitschrift Terroristen und Nationalrevolutionären als Forum

Ein Mitglied sieht „kommunistische Propaganda“ am Werk, ein befreundetes Nicht-Mitglied glaubt, „die Deutsch-Rußländische Gesellschaft in die rechtsextreme Ecke katapultieren zu wollen“, sei einfach absurd. Und dennoch: Genau dorthin stellt sich die Gesellschaft selbst - wenn sie sich von den zahlreichen Kontakten mit den Rechtsaußen in ihrem offiziellen Organ „Rußland und wir“ nicht distanziert: Das Blatt veröffentlichte zuletzt Artikel des verurteilten Rechts-Terroristen Manfred Roeder ebenso wie Leserbriefe eines „engen Freundes“ des früheren Neonazi-Führers und Kandidaten der vor dem Verbot stehenden FAP, Michael Kühnen. Es zitierte einschlägig rechtsextreme Zeitschriften und leistete sich mit Wolfgang Strauss einen Leitartikler, der zu den „Spitzenleuten der sogenannten Nationalrevolutionäre“ und „wichtigen Aktivisten der 'ersten Stunde' für die Neue Rechte“ gezählt wird. All dies, unbemerkt von den meisten Mitgliedern - sie können es auch heute kaum glauben. So fühlen honorige Mitglieder sich und die Gesellschaft?

Die rechtsextremen Niederschläge in der Zeitschrift der Deutsch-Rußländischen Gesellschaft (DRG) sind ein Beispiel für die erfolgreiche Strategie der sogenannten Neuen Rechten. Auftritte und Publikationen bei bürgerlichen Vereinigungen und Zeitschriften sollen einerseits für eine kaum merkliche Verbreitung rechtsextremer Gedanken und andererseits für eine Aufwertung der sonst auf interne Zirkel beschränkten Urheber sorgen.

„Infiltration statt Organisation“ habe die Neue Rechte bereits vor Jahren als „strategisches Motto“ gewählt, schreibt Buchautor Wolfgang Purtscheller: Viele Rechtsextreme zielten nicht mehr nur auf den Aufbau eigener Parteien, Gruppen und Zeitungen, sondern „man konzentrierte sich auch darauf, gezielt Medien und politische Verbände zu beeinflussen. Das machte es nötig, sich möglichst zu tarnen...“

Bei „Rußland und wir“ mußte die Tarnung allerdings nicht sehr aufwendig sein, solange rechtsextreme Inhalte nicht offen propagiert wurden. „Ich hab' erst nachher erfahren, wer **Roeder** ist“, erklärt DRG-Präsident **Siegfried Keiling** (Bad Homburg), der für die Zeitschrift verantwortlich zeichnet, beispielsweise die Veröffentlichung von Texten eines der bekanntesten Neonazis. Die zugeschickten Blätter schienen halt ins Blatt zu passen: „Jeder, der für die Rußlanddeutschen und Ostpreußen etwas tut, ist bei uns willkommen.“

Nun gewarnt, werde die Gesellschaft in Zukunft „sehr kritisch schauen, paßt das in die Runde rein?“, kündigt **Klausgeorg Straube** an, den die DRG vor wenigen Wochen zum neuen Deutschland-Vorsitzenden gewählt hat. „Es darf nicht jeder alles überall sagen“, zieht Straube einen Trennungsstrich zu „reaktionären Gedanken, die dem Programm der Deutsch-Rußländischen Gesellschaft widersprechen“.

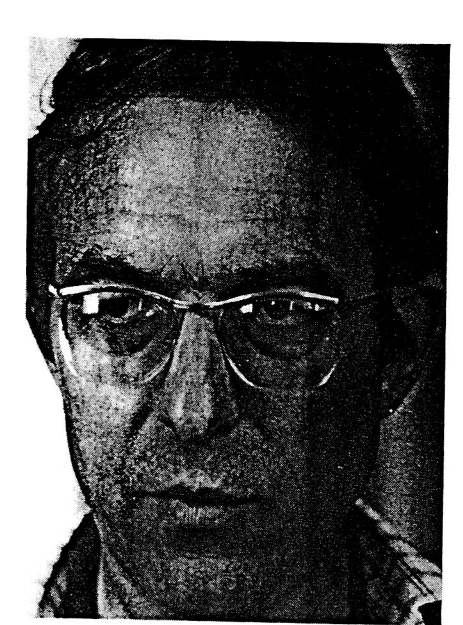
Die DRG-Satzung schreibt „Erziehung, Volksbildung und Völkerverständigung“ als Ziele fest, ihre Umsetzung und Lebenshilfen hält Straube angesichts des Umbruchs im Osten für nötiger denn je. Der Eindruck, „daß wir irgendwelchen Rechtsextremen die Hand öffnen“, wäre für ihn daher „das Schlimmste, was uns passieren könnte“.

Eine Kette einschlägiger Zitate

Daß die DRG sich darüber überhaupt Gedanken machen muß, verdankt sie den jüngsten Ausgaben von „Russland und wir“ - deren Zahl eine Erklärung als „versehentliche Einzelfälle“ hinfällig macht. So konnte **Otto Riehs** aus Frankfurt gleich zwei Leserbriefe schreiben und von seiner Hoffnung schwadronieren, die DRG sei kein „Befürworter der Eurasien-Mischrasse“. Bei Riehs handelt es sich um einen „engen Freund Kühnens“ und früheren FAP-Kandidaten, so der Journalist Burkhard Schröder, dessen Buch über die rechte Szene ebenso wie die folgenden angegebenen Quellen nicht in Fachbibliotheken gesucht werden müssen; der Blick in die Regale einer gewöhnlichen Buchhandlung genügt.

In der gleichen Ausgabe erschien auf eineinhalb Seiten ein redaktioneller Beitrag Manfred Roeders. Schon zuvor hatte der Mann, vor dem der Verfassungsschutz in Bund und Land in seinen offiziellen Berichten wegen „neonazistischer und antisemitischer“ Propaganda warnt, zwei Seiten lang für seine „Preußenhilfe“ werben und Ostpreußen als „russisch besetzt“ bezeichnen dürfen. Roeder war Anfang der 80er Jahre als Rädelsführer einer rechtsterroristischen Vereinigung, bei deren Anschlägen zwei Menschen gestorben waren, zu 13 Jahren Haft verurteilt worden. Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung tritt er laut eigenem Bekenntnis mit führenden Neonazis und NS-Propagandisten wie **Ernst Zündel** und **Thies Christophersen** („Die Auschwitz-Lüge“) auf.

Im März diesen Jahres, räumt „Rußland und wir“ dann **Siegfried Godenau** und seiner „Aktion Ostpreußenhilfe“ eine volle Seite ein. Godenau führt laut einem Artikel der Zeitschrift „Woche“ vom Sommer einen ganzen Rechtsaußen-Clan. So habe seine Tochter, die heute Kreistagsabgeordnete der „Republikaner“ sei, ihren Mann **Roy Armstrong** einst in einem Sommerlager der „Jungen Nationaldemokraten“ kennengelernt. Armstrong importiere unter anderem Neonazi-Propaganda-Material nach Deutschland - und ihm verdanke Manfred Roeder auch seine



Als Terrorist verurteilt: M. Roeder

Kontakte zur US-amerikanischen Neonazi-Szene. Weitere Beispiele finden sich auch im jüngsten Juni-Heft. Es zitiert kommentarlos die rechtsextremistischen Zeitschriften „Nation Europa“ und „Junge Freiheit“.

Diese Zitate sind kein Wunder: Seit der Dezember-Ausgabe hält sich „Russland und wir“ in **Wolfgang Strauss** einen Leitartikler, der zum dreiköpfigen festen Redaktionsteam von „Nation Europa“ gehört. Sein Auftritt als Referent und „Rußlandexperte“ bei der offiziellen DRG-Konferenz verhinderte kürzlich nur eine Krankheit - sehr zum Bedauern Keilings, aber auch der früheren DRG-Vorsitzenden und Bad Homburger Stadträtin **Friederike Werner**: „Herrn Strauss so in die rechte Ecke zu stellen, find' ich falsch.“

Buchautor Siegfried Jäger bezeichnete den 1931 in Lettland geborenen Publizisten schon 1988 als „Meister der Täuschung“: Je nach Zielgruppe findet er einen anderen Ton, andere Argumente, andere Gegenstände.“ Seine Biografie spricht allerdings eine deutliche Sprache. So bezeichnen ihn Greß, Jaschke und Schönekäs („Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa“, 1990) als „wichti-

gen Aktivisten der 'ersten Stunde' für die Neue Rechte". Demnach gehörte Strauss der NPD und der nationalrevolutionären Unabhängigen Arbeiterpartei (UAP) an, unter anderem als stellvertretender Vorsitzender, und veröffentlichte „ungezählte Artikel in Organen der Neuen Rechten. ... Auch als Vortragsredner trat er bei verschiedensten Organisationen im rechten Lager auf." Purtscheller ergänzt, Strauss sei Chefredakteur des UAP-Organs „Reichsarbeiterzeitung" gewesen und 1977 zur SdV/NRAO gewechselt (Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation). Reinhard Opitz bezeichnet den Publizisten 1984 als einen der „Spitzenleute der sogenannten Nationalrevolutionäre" und zitiert deren Plattformsatz „Wir streben der politischen Herrschaftsform der bürgerlichen Gesellschaft, dem demokratischen Parlamentarismus grundsätzlich ablehnend gegenüber".

Wo Wolfgang Strauss heute steht, zeigt ein Blick in „Nation Europa". Diese „Deutschen Monatshefte", „chauvinistisch, antisemitisch und rassistisch angelegt" (Astrid Lange 1993 in ihrem Buch „Was die Rechten lesen"), werden nicht nur herausgegeben vom früheren NPD-Funktionär **Peter Dehoust**, dem NPD-Mitbegründer und Ex-Bundesvorsitzenden **Adolf von Thadden**, sowie **Harald Neubauer**, früher NPD-, DVU und Rep-Funktionär und heute Chef der „Deutschen Liga". In ihnen schreiben auch bekannte Rechtsextreme wie NPD-Chef **Deckert**. Auch die regelmäßige Kolumne „Nachrichten von der Überfremdungsfront" spricht für sich.

Auch Strauss selbst schlägt in „Nation Europa" eine deutliche Sprache an. So unterstellt er der „Linken" und „68er-Sekte" im Juli/August-Heft einen „geistig-moralischen Holocaust am und im deutschen Volk", vergleicht sie in ihrem „Willen zur totalen Vernichtung" mit der „Linken des Stalinismus", um schließlich unverstellt „die siegesmächtige Hoffnung und eine geschichtsumwälzende Vision aller Patrioten, 'Republikaner', Nationaldemokraten, Befreiungsnationalisten" zu preisen.

In „Russland und wir" gibt sich Strauss moderater. „Amerikanismus, also eine ethnische und ethische Entwurzelung" geißelt er allerdings auch hier als „Pest". Und „Antifaschismus", angeblich stets mit Stalin verbunden, ist ihm eine „Seuche kranker Hirne und abgetöteter Seelen" (Heft 1/93).

Auch zwei Leserbriefe hätten im März die „Russland und wir"-Verantwortlichen aufschrecken können: Der eine kritisiert einen „demagogischen Artikel" von Strauss wieder die russischen Demokraten und Reformer („er schließt sich den Stimmen der Kommunisten und Faschisten an"), der andere weist auf Straussens Mitarbeit bei „Nation Europa" hin.

„Von solchen Leuten soll man sich distanzieren, das paßt nicht in unsere Landschaft", kündigt der neue DRG-Vorsitzende Straube an.

Ob die Schnittstellen zu Rechtsextremen auch die Stadt Bad Homburg stören, die der Deutsch-Rußländischen Gesellschaft seit Jahren Zuschüsse zahlt und Räume stellt, war nicht zu erfahren. Oberbürgermeister Wolfgang Assmann war trotz zahlreicher Versuche zu dieser Frage nicht zu erreichen. Das Land Hessen und der Kreis Homburg wollen ihre Zuschüsse für die DRG streichen.

REP-Fraktion umbesetzt

Die erste Veränderung in der baden-württembergischen Landtagsfraktion der „Republikaner" ergab sich Ende September mit dem Rücktritt von **Willi Auer**. Für ihn ist der Kriminalbeamte **Bernhard Amann** nachgerückt. Gemeinderat Amann bekleidet seit dem vergangenen Jahr das Amt des REP-Bezirksvorsitzenden Nordbaden und sitzt im Landes- sowie im Bundesvorstand der Schönhuber-Partei. Anfang September kam es innerhalb der fünfzehnköpfigen Landtagsfraktion der „Republikaner" zu einer Neuverteilung im Vorstand. Fraktionsvorsitzender bleibt zwar der Stuttgarter Jurist und Mediziner **Rolf Schlierer** (38), doch wurde ihm mit dem Diplom-Volkswirt und Landesvorstandsmitglied **Ulrich Deuschle** (41) ein geschäftsführender stellvertretender Fraktionsvorsitzender zur Seite gestellt. Den Posten des neu geschaffenen parlamentarischen Geschäftsführers belegt mit dem Lehrer **Lothar König** (49) aus Dobel/Landkreis Calw ein langjähriger Kommunalpolitiker der CDU. König gehört zudem dem Landesvorstand an. Weitere Mitglieder des Fraktionsvorstandes sind der Stuttgarter Computerfachmann **Horst Trageiser** (56), Beisitzer im Bundesvorstand der REP und Kandidat für die Direktwahl zum Europäischen Parlament im nächsten Jahr, und der Pforzheimer Druckerei-Besitzer **Klaus Rapp** (41). Schatzmeister ist **Karl-August Schaal** (58), Produkt- und Vertriebsberater aus Tübingen und Mitglied im Landesvorstand der Partei. Schlierer, einer der vier Stellvertreter Franz Schönhubers (70) im Bundesvorsitz der REP, soll sich zukünftig verstärkt um die Bundespolitik kümmern. So ist er für die Parteiprogrammatik der „Republikaner" zuständig. Außerdem strebt Schlierer die Spitzenkandiatur der REP in Baden-Württemberg zur Bundestagswahl 1994 an. Beobachtern im Südwesten gilt Trageiser als der starke Mann, der sich auch neben und gegen Schlierer zu profilieren weiß.

Bonner FAP wurde „abgebunkert"

Vor dem Bonner Landgericht berichtete der Kreisvorsitzende der FAP dem erstaunten Richter, daß er sein Parteiarchiv in zehn Säcken, bei zehn verschiedenen Kameraden „abgebunkert" habe. Außerdem so erzählte er weiter, habe er die Partei verlassen und der Kreisverband habe sich aufgelöst. Den Weg einer politischen Partei hält er gar für gescheitert, da sich der Verbotsdruck sehr negativ auf die rechten Parteien auswirkt. Seine Konsequenz, man staune, er wird die FAP weiterhin unterstützen.

Wenn ein FAP Funktionär vom „abbunkern" redet kann es sich um schlechte Umgangssprache handeln, oder um einen klassischen „Freudschen Versprecher". Angesichts eines möglichen FAP-Verbotes könnte man dies auch als Vorbereitungsmaßnahmen für ein Untertauchen dieser Organisation verstehen, denn auch die anderen Erklärungen hinterlassen keinen seriöseren Eindruck. Es erinnert eher an ein schlechtes Versteckspiel, wo sich jemand selber die Augen zuhält und glaubt, daß ihn dann keiner mehr sieht. Diesem Wunschtraum wird man wohl leider nicht entsprechen können - altes Indianerehrenwort.

Im Knast

Der langjährige Vorsitzende der „Gesellschaft für Freie Publizistik" (GFP), Dr. **Gert Sudholt** (50), sitzt seit dem 14.Juni 1993 in Haft. Anlaß hierfür war ein revisionistischer Artikel des französischen Literatur-Professors **Robert Faurisson** in den damaligen „Deutschen Monatsheften für Politik, Geschichte, Kultur und Wirtschaft" des Jahres 1987. Als presserechtlich Verantwortlicher wurde Herausgeber Sudholt 1990 vom Münchener Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Berufungsverhandlung vor dem Obersten Bayerischen Landesgericht in München erbrachte eine Verurteilung Sudholts zur einer Strafe von einem halben Jahr Haft und einer Geldstrafe von DM 10.000,-. Verleger Sudholt („Verlagsgruppe Berg") trat am 20.Juli 1991 vom Vorsitz der rechtsextremen GFP zurück. Nachfolger wurde der ehemalige NPD-Landtagsabgeordnete Dr. **Rolf Kosiek** (59).

Verurteilt

Wegen Beleidigung von Juden ist der ehemalige nordrhein-westfälische FAP-Landesvorsitzende, der Dortmunder „Rentner" **Erhard Kemper**, zu einer einjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Der 63jährige, Mitglied der HNG und Dauerpublizist in Nazi-Postillen wie „Recht und Wahrheit", hatte Schriften verbreitet, in denen die Ermordung und Verfolgung der Juden während der Nazi-Diktatur geleugnet wurde.

Neugründung

Norbert Margraf, ehemals REP-Landesvorsitzender von Niedersachsen, zuvor Funktionsträger der NPD, hat eine „Aktionsgemeinschaft der arbeitenden, steuerzahlenden Bürger" (A.d.B.; Sitz: Nienburg) ins Leben gerufen. In einem Rundschreiben teilt er mit, daß man den „jetzigen Parlamentariern, die wie 'Geisteskranke' uns hoch verschulden und dann das Geld in alle Herren Länder verschenken," eine „vernünftige Verwaltung unseres Landes nicht mehr zutrauen" kann.

Neonazi im britischen Gemeinderat

Die rechtsextreme „British National Party" (BNP) hat zum erstenmal ein Mandat in einem britischen Gemeinderat erobert. Bei einer Nachwahl in einem Bezirk in Ost-London setzte sich der Neo-Nazi **Derek Beackon** durch. Die BNP, die u.a. die Ausweisung aller Schwarzen aus Großbritannien fordert, wurde 1980 gegründet und hat etwa 1.000 Mitglieder.

Rechtsradikale Wahlwerbung - Ohne uns!

Unter diesem Motto haben sich KollegInnen beim NDR in Hamburg dagegen gewehrt, an der Austrahlung von faschistischen und rassistischen Wahlspots mitarbeiten zu müssen. Die Bedeutung dieser Auseinandersetzung geht über den Rahmen des Hamburger Wahlkampfes hinaus. Auch in anderen Städten und Bereichen, z.B. bei der Frankfurter Post, ist es aus den gleichen Gründen zu Arbeitsverweigerungen gekommen.

Im nächsten Jahr steht die Bundestagswahl, sowie etliche Landtagswahlen, an. Durch die Veröffentlichung des Interviews wollen wir die betroffenen KollegInnen unterstützen und zu einer Verbreiterung dieser Widerstandsform beitragen. Wir bedanken uns an dieser Stelle beim Antifaschistischen Infoblatt und der Gruppe Arbeiterpolitik für das zur Verfügung gestellte Material.

Hamburger IG Medien - KollegInnen über die Ausseinandersetzungen beim Norddeutschen Rundfunk (NDR).

Interview:

Frage: Im Zusammenhang mit der Bürgerschaftswahl in Hamburg kam es zu Konflikten bei Euch im NDR wegen der Wahlspots rassistischer und faschistischer Parteien. Könnt Ihr uns erstmal etwas über die Vorgeschichte berichten?

KollegIn A.: Vor zwei Jahren fing das an, bei der Hamburg -Wahl, die jetzt wiederholt worden ist. Eine Kollegin, Astrid Dieckmann - Schrader, Redaktionsassistentin bei der NDR-Hamburg-Welle, hatte ihre Mitarbeit bei der Austrahlung von Wahlspots der „Hamburger Liste für Ausländerstop", der „Nationalen Liste", der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" und der „Republikaner" verweigert. Sie hätte nur das Band mit den Spots zwanzig Schritte weiter im Sendestudio abgeben müssen, was ihr Chef genausogut hätte tun können. Aber er bestand darauf, daß sie das tat, weil sie ihre Weigerung vorher angekündigt hatte. Die NDR-Leitung wollte ein Exempel statuieren.

KollegIn C.: Du mußt dazu sagen, anders als andere Sendeanstalten, wie z.B. Radio Bremen, die die Arbeitsplätze so änderten, daß die, die sich an dieser politischen Schmutzarbeit nicht beteiligen wollten, das auch nicht mußten.

KollegIn A.: Also, Astrid sagte Nein, und ihr Chef machte Meldung.

KollegIn C.: Wolfgang Bombusch, ja, der vorher Personalratsvorsitzender gewesen war, und dann Karriere machte. Inzwischen sind wir den los.

Frage: Welche Folgen hatte das für Astrid?

> *„Immer wieder sagt man sich: das mache ich noch mit und das ertrage ich noch. Aber hier war der Punkt! Ich fühlte mich ganz konkret gefordert. Hier wollte ich mich als kleines Rädchen nicht mehr drehen. Ich will noch in den Spiegel gucken können! Bevor ich diese Volksverhetzung unterstütze, nehme ich jede Konsequenz in Kauf. Wenn es nur die Alternative gibt: Arbeit unter Gewissenszwang oder Gewissensfreiheit am Arbeitsplatz, dann muß ich mich für meine Freiheit entscheiden, obwohl mir meine Arbeit wichtig ist und Freude macht."*
>
> **(Astrid Dieckmann - Schrader in einer persönlichen Erklärung vor dem Landesarbeitsgericht)**

Kollegin A.: Auf die Meldung hin bestrafte Jobst Plog, so heißt der Intendant vom NDR, Astrid mit einer Abmahnung.

Ulla Jelpke

Meinungsfreiheit für Ministerialrat Dr. Hans Stöcker

In der Juni/Juli Ausgabe des „Rechten Randes" wurde enthüllt, daß der Bonner Verwaltungsrechtler, Dr. Hans Stöcker, Ministerialrat aus dem Bundesjustizministerium und Maastricht-Kläger auf der 34. Jahreshauptversammlung der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) als Referent zum Thema „Volk und Rechtsstaat in Gefahr! Grundrechte und Verfassungswirklichkeit" aufgetreten war. Weitere Referenten neben Stöcker waren u.a. einschlägig bekannte Rechtsextremisten wie Hans-Ulrich Kopp (Witikone, Mitglied der Münchner Burschenschaft Danubia), Peter Dehoust (stellvertretender Vorsitzender der GfP, Herausgeber der Zeitung "Nation & Europa" (NE) und Funktionär der "Deutschen Liga"), Dr. Markus Klein, Publizist und Autor von NE, Dr. Herbert Schaller, österreichischer Rechtsanwalt und Geschichtsrevisionist, Andreas Behrens sowie Karl Richter, Redaktionsmitglied von NE.

Empfohlen hatte sich Ministerialrat Stöcker als Referent bei den Neofaschisten zu diesem Thema durch einen Artikel in der geschichtsrevisionistischen Zeitung „Deutschland in Geschichte und Gegenwart"(Heft 3/1992).

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der PDS/Linke Liste zu diesem Vorfall, weist die Bundesregierung daraufhin, daß Stöcker bei der GfP „als Privatperson aufgetreten (sei) und nicht als Mitarbeiter des Bundesministeriums der Justiz". Die Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger legt im Namen der Bundesregierung ihren Standpunkt im Umgang mit dem Faschisten-Freund Stöcker wie folgt dar: „Öffentliche Äußerungen eines Beamten als Privatmann genießen, auch wenn sie im Gegensatz zur Auffassung seines Dienstherrn stehen, grundsätzlich den Schutz der Verfassung. Handelt es sich um eine Meinungsäußerung allgemeiner oder politischer Natur, ist diese durch Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 GG geschützt, handelt es sich um eine wissenschaftliche Äußerung, erwächst der Schutz aus Artikel 5 Abs. 3 Satz 1 GG. Der konkrete Vortrag von Dr. S. kann jedenfalls den Schutz des Grundrechts auf Meinungsfreiheit beanspruchen."

Auf die Frage nach dienstrechtlichen Konsequenzen schreibt die Ministerin: „Außerdienstliches Verhalten eines Beamten kann unter bestimmten Umständen dienstrechtlich relevant sein. Das ist im vorliegenden Fall eingehend geprüft worden (...). Danach sind Konsequenzen nicht zu ziehen". (Bundestags-Drucksache 12/5758).

Zu weiteren Verbindungen des Herrn Stöcker in das rechtsextreme Lager, hat die Bundesregierung „keine Erkenntnisse".

Dieser schonende Umgang der Bundesregierung mit dem Neofaschismus hat Methode. Darüber täuschen auch noch so verlogene Erklärungen nicht hinweg, sie unterstreichen dies eher. Nach dem unter Polizeischutz ermöglichten Aufmarsch der Neofaschisten in Fulda zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Hess, erklärte Leutheusser-Schnarrenberger in einem Streitgespräch mit Ralph Giordano: „Ich möchte nichts entschuldigen, aber vielleicht, Herr Giordano, braucht man manchmal solche Dinge wie in Fulda, um wachzurütteln" (Die Woche, 2.9.93). Ja, wenn dies bei der Bundesministerin der Justiz noch nicht durch die (teilweisen) pogromartigen Überfälle und Anschläge der Neofaschisten in Hoyerswerda, Hünxe, Rostock-Lichtenhagen, Quedlinburg, Cottbus, Mölln, Lampertheim, Solingen, usw. geschehen ist, dann wird sie auch ein Herr Stöcker im eigenen Ministerium nicht aus der Ruhe bringen.

Frage: Bei einer Abmahnung ist es doch so, du machst anschließend einen Fehler während Deiner Arbeit oder verstößt gegen irgendwelche Arbeitsbestimmungen, und fliegst dann sozusagen automatisch raus.

KollegIn C.: Richtig, ohne weitere Vorwarnung, weil du ja schon die Abmahnung hast.

KollegIn A.: Jetzt kamen die Prozesse. Astrid hat sich natürlich gegen die Abmahnung gewehrt. Als der Personalrat nichts erreicht hat und die Gewerkschaft zwar protestierte, aber die KollegInnen nicht mobilisierte, um Astrid zu unterstützen, blieb ihr nur noch, sich an die Gerichte zu wenden. Aber die haben die NDR-Leitung bestätigt, zuletzt, im Mai, das Landesarbeitsgericht. Astrids Klage auf die Rücknahme der Abmahnung wurde abgewiesen.

Frage: Das war also nach Rostock und Mölln?

KollegIn A.: Ja. Jetzt bleibt nur noch das Bundesarbeitsgericht. Das Urteil wird ähnlich ausfallen, schätzen die Anwälte.

KollegIn B.: Kann ja auch gar nicht anders, so wie die da rangehen. Arbeitsverweigerung kann doch aus deren Sicht nicht hingenommen werden. Wer bestimmt denn über die Produktion? Ob bei Daimler oder im NDR, die können doch nicht zulassen, daß die Beschäftigten bei bestimmten Produkten erklären, Nein, so nicht, oder Nein, das nicht. Das ist für die doch eine grundsätzliche Frage.

KollegIn C.: Die Post hat das Problem ja auch mit den KollegInnen bei der Zustellung, die Werbesendungen von rechtsradikalen Gruppen und Parteien nicht austragen wollen. Die werden auch unter Druck gesetzt. In Hessen laufen schon Gerichtsverfahren, hier in Hamburg hält sich die Postdirektion noch zurück. Und die Verlage betrifft die Frage auch, Druckereien, Buchbinderbetriebe. Die Werbebranche mit den dazugehörigen Studios, in denen dieser nationalistische Dreck hergestellt wird. Da gibt es auch schon Fälle, wie den Dieter Schlichting, der vor Gericht immerhin teilweise Recht bekommen hat.

Frage: Ihr habt eben gesagt, für Arbeitgeber und Gerichte ist so eine Auseinandersetzung, wie jetzt beim NDR, von grundsätzlicher Bedeutung, auch wegen der Frage: Wer bestimmt im Betrieb? Aber die können andererseits doch auch kein Interesse daran haben, daß diese Spots über den Sender gehen.

KollegIn A.: Plog hat ja diese Initiative gestartet, daß die Sendeanstalten von der Verplichtung, Wahlspots auszustrahlen, überhaupt befreit werden. Dazu müssen die Verträge zwischen den Bundesländern und den Sendern geändert werden. Die NDR - Leitung will diese Spots auch nicht.

KollegIn C.: Wir unterstützen die Iniative von Plog. Obwohl wir den Erfolg bezweifeln. Die großen Parteien sehen doch nicht ein, warum sie auf diese kostenlose Wahlwerbung verzichten sollen. Nur damit Reps, DVU und andere neofaschistische Gruppierungen nicht zu Wort kommen? Das geht hüh und hott: nimm nur den NDR - vier Länder sind zuständig. Schröder, Niedersachsen, SPD, sagt ja, weg mit den Spots. Simonis, Schleswig - Holstein ebenfalls SPD, sagt nein, warum sollen wir verzichten. In Hamburg ist die SPD gespalten, von der CDU in Mecklenburg ist bisher nichts dazu zu hören. Auch bei den Grünen herrscht Konfusion. Wie lange wird es dauern, bis die sich da bundesweit einigen, falls überhaupt.

KollegIn B.: Man muß auch den Zeitpunkt sehen, zu dem der NDR - Intendant seine Initiative gestartet hat. Das geschah erst im Mai, als nach dem verlorenen Prozess von Astrid das Flugblatt der IG Medien erschien, in dem zu ihrer Unterstützung aufgerufen und auf notwendige Aktionen im Hinblick auf die Wiederholung der Hamburg - Wahl hingewiesen wurde. Da war Plog gezwungen, aktiv zu werden, um dem Widerstand aus der Belegschaft den Wind aus den Segeln zu nehmen.

KollegIn C.: Ja, als wir ihn im Dezember 92, nach den Morden in Mölln, mit den Unterschriften von etwa 60 KollegInnen aufgefordert haben, die Abmahnung gegen Astrid zurückzunehmen, hat er es nicht einmal für nötig gehalten, überhaupt zu reagieren. Dafür hat er mit aufgerufen zur Beteiligung an der Lichterkette um die Alster, weil - hier, das hab ich dabei - wörtlich, „ die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dahinterstehen, ein Zeichen setzen wollen gegen Ausländerhaß und Rassismus". Schöne Worte, aber die danach handeln, werden bestraft.

KollegIn A.: Eine Reihe von Sendungen, z.B. „Gegen das Vergessen" und eine vielstündige Übertragung der Künstler-Proteste gegen die Morde in Mölln aus dem Thalia-Theater, hat der NDR ausdrücklich als Beitrag zur Unterstützung der Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit deklariert. Aber die Abmahnung gegen Astrid Dieckmann-Schrader wird nicht zurückgenommen.

Frage: Wie erklärt ihr Euch den Widerspruch zwischen der Initiative des NDR - Intendanten und seinem Vorgehen gegen Astrid?

KollegIn C.: Hier, ich lese erstmal vor, wie Plog das selbst erklärt. „Liebe Kolleginnen und Kollegen" - ja, so schlicht tritt er gegen uns an - „dafür, daß sich die IG Medien für die Kollegin einsetzt, habe ich Verständnis. Ich verwahre mich dagegen, mir in Flugblättern einen Widerspruch zwischen dem Engagement des NDR gegen Ausländerfeindlichkeit einerseits und der arbeitsrechtlichen Ahndung eines Verstoßes gegen den Arbeitsvertrag andererseits unterstellen zu lassen." Also, Plog sieht den Widerspruch in seinem Verhalten, aber er bestreitet einfach, daß es einer ist. So einfach geht das.

KollegIn B.: Wir haben seine Argumentation daraufhin verglichen mit der des Bundesgerichtshofes, der das Urteil gegen Carl von Ossietzky aus dem Jahre 1932 noch vor einem halben Jahr als rechtmäßig bestätigt hat. Ossietzky, der Landesverrat begangen haben sollte, was inzwischen eindeutig widerlegt ist, starb an den Folgen dieses Urteils. Ausgesprochen wurde es noch in der Zeit der Weimarer Republik, aber vollstreckt von den Nazis, Ossietzky kam in eins der Emsland - KZ's. Auf Intervention des Völkerbundes wurde er zwar nach zwei Jahren freigelassen, aber er war zu geschwächt, um zu überleben. Wofür er von dem Weimarer Gericht 1932 verurteilt worden war, erhielt er 1936 den Friedensnobelpreis. Und nun kommt 1992 der Bundesgerichtshof und sagt, wir achten zwar den Demokraten und Antifaschisten Ossietzky, aber das Urteil von damals kann nicht aufgehoben werden, weil es ein rechtsstaatliches Urteil war.

Also, das haben wir Plog vorgehalten, und das gab dann lautstarkes Geschrei, auf einer Personalversammlung, er ließe sich nicht mit Nazis vergleichen. Offenbar kannte er den geschichtlichen Zusammenhang nicht, ebensowenig wie etliche IG Medien-KollegInnen, die sich mit ihm empörten. Vielleicht wollte er genau das erreichen, oder auch nur ablenken. Er spürt, daß seine Glaubwürdigkeit in Frage gestellt ist durch sein Vorgehen gegen Astrid, deshalb reagiert er - wie jeder Chef - äußerst gereizt, wenn er auf die Widersprüchlichkeit seines Verhaltens hingewiesen wird.

Frage: Dann liegt es also auch an der Person von Plog, der sich, anders als andere Intendanten von Sendeanstalten, besonders

Zahlreiche neofaschistische und rechtsradikale Parteien werden 1994 antreten und versuchen, die Öffentlichkeit zu bestimmen.

prinzipientreu gebärdet?

KollegIn C.: Wir sollten uns nicht zu sehr auf die Person von Plog abstellen. Mich interessiert nicht, ob er lügt oder glaubt, was er verbreitet. Mir gibt zu denken, daß viele KollegInnen im NDR seine Ansichten teilen, und das nicht nur aus Opportunismus der Leitung gegenüber. Die sagen, ist doch richtig, was er macht, weg mit allen Wahlwerbespots, dann sind wir das Problem los; die Abmahnung spielt dann keine Rolle mehr, entweder nimmt Plog sie zurück, weil er nicht mehr im Hinblick auf mögliche weitere Fälle vorwarnen muß, oder Astrid soll damit leben, statt die gesamte Belegschaft (über 4000) in den Konflikt mit reinzuziehen.

KollegIn A.: Ja, das ist es, die Mehrzahl der KollegInnen, auch über den NDR hinaus, in der IG Medien und in anderen Gewerkschaften, wollen an das Problem nicht ran, möchten diese konkrete Fragestellung einfach los sein. Sie sind nicht, oder allenfalls zu einem geringen Teil, für die ausländerfeindlichen, neofaschistischen Organisationen und Parteien. Aber sollen doch Regierung und Gerichte zu einer Entscheidung kommen. Und da bietet sich Plogs Initiative an als legaler, konfliktfreier Ausweg

Frage: Solche Argumente hört man ja auch aus Gruppen und Parteien, die sich als links bezeichnen: rassistische und neofaschistische Erklärungen gerichtlich verfolgen und alle Organisationen, die die braune Vergangenheit wiederaufleben lassen wollen, verbieten. Glaubt Ihr, das bringt was?

KollegIn B.: Eben nicht. Das hat die Geschichte ja gezeigt. Als beispielsweise 1932, beim Staatsstreich Papens, der den Nazis den Weg zur Macht ebnete, die sozialdemokratische Regierung Preußens für abgesetzt erklärt wurde, rief die SPD das Reichsgericht an. Sie lehnte es, wie damals auch die Gewerkschaftsführung des ADGB, ab, die Basis der Partei und der Gewerkschaften zum Widerstand aufzurufen. Ein Jahr später übernahmen die Nazis die Macht - kampflos.

Frage: Und was folgt Eurer Meinung nach daraus für heute?

KollegIn B.: Daß parlamentarische und gesetzliche Maßnahmen nicht ausreichen, um der erneut drohenden Gefahr durch eine faschistische Bewegung zu begegnen. Entscheidend wird sein, ob wir diesmal eingreifen. Und da hat Astrid einen ersten Schritt gemacht, deshalb müssen wir sie unterstützen. Wenn wir zulassen, daß die, die jetzt anfangen, Widerstand zu leisten, fertiggemacht werden, ob in den Sendeanstalten, bei der Post, oder in Druckereien und Verlagen, schwächen wir uns selbst.

KollegIn A.: Ja, das war schlimm, bei der Demo vorm NDR am 26. August, dem Tag an dem die ersten DVU-Spots gesendet wurden. Obwohl rechtzeitig und breit dazu aufgerufen worden war, waren nicht mehr als 150 gekommen. Das hat die NDR-Leitung natürlich genau registriert. Und die KollegInnen im NDR, die sich mit Astrid Dickmann-Schrader solidarisiert hatten, erst recht. Ihnen war damit klar, daß sie von außen vorerst keine nennenswerte Unterstützung zu erwarten haben. Dabei hatte die Demo auch dazu beitragen sollen, die betriebliche Schranke zu überwinden.



Fand nicht überall Zustimmung: DVU-Wahlkampfkundgebung in Hannover.

Frage: Wie sieht es denn innerbetrieblich aus? Da habt Ihr doch Unterstützung gefunden?

KollegIn A.: Ja, mehr als wir erwartet hatten. Über 450 KollegInnen haben vor der Wahl eine Erklärung unterschrieben, daß sie die Mitarbeit an Ausstrahlung rassistischer und ausländerfeindlicher Spots verweigern und erklärt, daß sie Astrid und andere, die in ihre Lage kommen, unterstützen.

Frage: Wie hat die NDR-Leitung darauf reagiert?

KollegIn A.: Mit der Androhung von weiteren Abmahnungen und fristlosen Kündigungen. Plog hat die Liste mit den Unterschriften an die Personalabteilung gegeben, und die hat jeden der Unterzeichner persönlich angeschrieben und auf die möglichen Konsequenzen hingewiesen.

KollegIn C.: Und gleichzeitig signalisiert, daß die Intendanz bereit ist, Milde walten zu lassen, wenn sich die Angesprochenen vertrauensvoll an ihre Vorgesetzten wenden. Die Leitung fürchtete offenbar, daß es weitere „Fälle" wie Astrid geben könnte. Die Pressesprecherin hat sogar öffentlich erklärt, daß niemandem, der diesmal verweigert, etwas passieren würde. Weiche Welle gegenüber der Öffentlichkeit, innerbetrieblich der Knüppel der Arbeitsbestimmungen.

Frage: Und die Gewerkschaft?

KollegIn B.: Das ist der Punkt. Sie hat erklärt, und ist bisher auch nicht davon abgerückt, daß sie die Forderung nach Rücknahme der Abmahnung von Astrid unterstützt, aber darüber hinaus passiert nicht viel. Die Möglichkeiten der IG Medien, den Fall bundesweit bekannt zu machen und Unterstützung zu organisieren, bleiben ungenutzt. Der

Ein Lehrstück ...

Über 450 MitarbeiterInnen des NDR haben nach der Abmahnung ihrer Kollegin die folgende Erklärung unterschrieben:

"... In Kürze wird wieder Wahlwerbung der Parteien über die Sender des NDR gehen, und wir müssen uns fragen, was wir noch bereit sind zu ertragen. Was wollen wir tun, um zu verhindern, daß nochmals rechtsradikale, ausländerfeindliche Gruppierungen und Parteien ihre Propaganda ... verbreiten?

1. Wir unterstützen die Initiative des Intendanten Jobst Plog, darauf hinzuwirken, daß die Verpflichtung zur Sendung von Wahlwerbung aufgehoben wird.

2. Da wir davon ausgehen, daß bis zum Beginn des Wahlkampfes in Hamburg darüber nicht entschieden ist, erklären wir vorsorglich, daß wir jede Mitarbeit verweigern werden, die der Ausstrahlung von Wahlspots rechtsradikaler Gruppierungen und Parteien dient, bzw. alle Kolleginnen und Kollegen unterstützen, die sich entsprechend verhalten.

3. Wir fordern die NDR-Leitung auf, die Abmahnung gegen die Kollegin Dieckmann-Schrader endlich zurückzunehmen.

Formaljuristische Gerichtsurteile, die die staatsvertragliche Verpflichtung des NDR zur Sendung von Wahlwerbung untermauern, können nicht die politische Diskussion, geschweige denn die persönliche Gewissensentscheidung ersetzen ..."

... in Sachen Demokratie

NDR - Intendant Jobst Plog antwortete den KollegInnen in einem Brief:

"... Vor diesem Hintergrund habe ich die große Sorge, daß zum Beispiel durch Unterschriftenaktionen, wie sie zur Zeit im Hause durchgeführt werden, unser gemeinsames Anliegen gegenüber den zuständigen Gesetzgebern beschädigt wird. Daher frage ich Sie allen Ernstes, wie wir in der Öffentlichkeit dastehen, wenn wir uns auf der einen Seite für eine demokratische Gesetzesänderung einsetzen und gleichzeitig das bislang von allen Gerichten ... abgesegnete geltende Recht als für uns nicht verbindlich ansehen würden?! Hier geht es eben nicht um „formaljuristische" Fragen, sondern um ein Kernstück des demokratischen Rechtsstaates, zu dem es für mich unweigerlich gehört, geltende Gesetze zu befolgen.

... Jeder von Ihnen muß im Privatleben entscheiden, wie er es für sich mit diesem Grundsatz halten will. Als Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt jedoch sollte die Entscheidung klar und eindeutig sein ... Angesichts der klaren Gesetzeslage kann ich gar nicht umhin, diejenigen unter Ihnen, die sich tatsächlich weigern sollten, die von Ihnen geschuldete arbeitsvertraglich vereinbarte Leistung zu erbringen, mit den für derartige Fälle vorgesehenen arbeitsrechtlichen Sanktionen (Abmahnung bis hin zur fristlosen Kündigung) zu konfrontieren ...

Mit freundlichen Grüßen Jobst Plog"

IG Medien-Vorsitzende, Detlef Hensche, findet zwar, Astrid habe einen Orden(!) und keine Abmahnung verdient, aber damit hat sich's. Zur ersten Solidaritätsveranstaltung für Astrid und die KollegInnen vom Postdienst durfte auf den Anschlagbrettern der IG Medien und ihrem Verteiler im NDR nicht mal aufgerufen werden. Die Gründe haben wir ja schon genannt. Fazit: Was wir, ein kleiner Kreis aktiver KollegInnen, nicht selber machen, passiert nicht.

KollegIn C.: Doch, es gibt doch noch etwas mehr an Unterstützung: z.B. von einzelnen Journalisten. Oder durch die unerwartete Solidaritätserklärung auf der Veranstaltung der DJU (Deutsche Journalisten Union) „Aus Schlagworten werden Brandsätze". Oder die Veranstaltung der IG Medien-KollegInnen in Bremen.

Frage: Was habt Ihr denn während des Wahlkampfes gemacht, um die Auseinandersetzung in die Öffentlichkeit zu tragen?

KollegIn A.: Die Demo. Eine weitere Solidaritätsveranstaltung, die aber auch nicht gut besucht war. Ein Flugblatt an die Teilnehmer der DJU-Veranstaltung. Die KollegInnen der Postgewerkschaft (DPG),GEW und IG Medien informiert. Unsere Möglichkeiten sind - solange der Gewerkschaftsapparat sich nicht aktiv einschaltet - eben sehr begrenzt.

Frage: Und wie haben sich die Parteien verhalten?

KollegIn A.: Nur Voscherau hat sich geäußert, Hamburgs 1.Bürgermeister, auf einer Gewerkschaftsveranstaltung, nachdem wir über die Auseinandersetzung im NDR berichtet hatten. Er hat sich zu unserer Verblüffung mit Astrid solidarisch erklärt und Plogs Vorgehen heftig kritisiert. Die Presse hat das allerdings - bis auf die TAZ - unerwähnt gelassen. Hier, vom Tonband abgeschrieben, was Voscherau gesagt hat.

Frage: Ihr habt die Konflikte bei der Post und in anderen Betrieben schon angesprochen. Habt Ihr Verbindung mit den betroffenen KollegInnen aufgenommen?

KollegIn A.: Ja, deshalb hat die Postgewerkschaft in Hamburg mit aufgerufen zu unseren Veranstaltungen. Wir haben auch Verbindung zu den KollegInnen der Post in Hessen. Zu Druckern hier, auch zu Lehrlingen in Buchbindereien, die Hitlers „Mein Kampf" und andere Nazischriften und Urkunden restaurieren sollen, in Leder, mit Goldschnitt und Hakenkreuz auf dem Einband.

Frage: Zum Schluß noch - was können wir dazu beitragen, um betroffene KollegInnen zu unterstützen? Und: wie können wir angesichts der vielen im kommenden Jahr anstehenden Wahlen auf Landes - und Bundesebene den Widerstand gegen rassistische und faschistische Propaganda verbreitern?

KollegIn C.: Jede Veröffentlichung hilft uns, die die Auseinandersetzung unverfälscht wiedergibt. Die bürgerliche Presse ist dazu kaum in der Lage. Im SPIEGEL beispielsweise war ein Bericht, aber so oberflächlich, daß er mehr verwirrt als aufklärt.

KollegIn B.: Die 1994 anstehenden Wahlen sind eine gute Gelegenheit, die Aktionen, mit denen wir hier in Hamburg begonnen haben, auszuweiten. Wir werden uns deshalb wohl häufiger auf die Socken machen müssen. Wir müssen uns geduldig bemühen klarzumachen, daß es nicht nur darum geht, die Austrahlung von Faschospots zu verhindern. Sondern darum: wie verhindern wir, daß die wirtschaftliche und politische Krise, an deren Anfang wir stehen, nochmals konterrevolutionär gelöst wird.[...]

„Gutachten" gegen Holocaust beschlagnahmt

Beamte des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg durchsuchten am 30. September die Wohnung des 28jährigen Diplom-Chemikers **Germar Rudolf** im Landkreis Böblingen.

Rudolf wird vom LKA verdächtigt, Autor einer dritten überarbeiteten Auflage vom November 1992 des „Gutachtens für die Bildung und Nachweisbarkeit von Cyanidverbindungen in den `Gaskammern´ von Auschwitz" zu sein. In einer Pressemitteilung stellt das LKA fest, daß „vordergründig" das die „Existenz von Gaskammern bestreitende und angeblich wissenschaftlich fundierte `Gutachten´ zur Unterstützung des in anderer Sache beschuldigten Generalmajors a.D. **Otto Ernst Remer**" erstellt werden sollte. In Wahrheit, so das LKA, „dürfte es sich jedoch aufgrund der entsprechenden Aufbereitung und der Verbreitung des `Gutachtens´ um die Leugnung des systematischen Rassenmordes an der jüdischen Bevölkerung" während der Nazi-Diktatur, besonders in den Lagern Auschwitz und Birkenau handeln.

Bei der Durchsuchung konnten eine größere Zahl Originalgutachten in gebundener Form, eine Vielzahl von Ordnern mit Arbeitsunterlagen, Manuskripten und Analysen, eine komplette Computeranlage, Fotos und Schriftverkehr mit bekannten Revisionisten sichergestellt werden.

Remer, der in rechtsextremen Kreisen als „nationale Symbolgestalt" gilt, bezeichnet Rudolfs pseudowissenschaftliches Werk als „gewaltiges, unwiderlegbares naturwissenschaftliches Werk" mit „erschütterndem Resultat".

„We are one race - human race"

Unter dem Motto „Antifada '94: Es gibt nur eine Rasse - die Menschen!" planen zahlreiche europäische antirassistische und antifaschistische Gruppen und Organisationen für das kommende Jahr eine Kampagne, die ihre Schwerpunkte in einer Aktionswoche um den Antirassismustag der UNO im März und im Vorfeld der Wahlen zum EG-Parlament im Juni haben soll. Zielsetzung für die Europawahlen ist dabei die Verhinderung von Erfolgen neofaschistischer Parteien, vor allem aber die positive Forderung („Europe votes for equal rights") nach gleichen Rechten für alle auf diesem Kontinent lebenden Menschen ohne jegliche Diskriminierung.

Vom 7.-10. Oktober hatten sich im belgischen Waasmunster VertreterInnen von über 40 nationalen Organisationen aus 18 europäischen Ländern und von fünf internationalen Verbänden getroffen, um über gemeinsame europäische Perspektiven antirassistischer und antifaschistischer Arbeit zu debattieren. Das Spektrum der teilnehmenden Gruppen reichte von den finnischen und schwedischen Flüchtlingsräten, über den Verband der Einwanderer in Dänemark und den Österreichischen Bundesjugendring bis hin zur französischen „Reflex", der VVN - Bund der Antifaschisten und Sektionen der Antifascist Action aus Großbritannien. Auf Einladung von United (Postbus 413, NL-1000 AK Amsterdam), das sich als europäisches Netzwerk gegen Rassismus, Faschismus und Nationalismus versteht, wurde drei Tage intensiv über Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen im kommenden Jahr debattiert.

Glücklicherweise wurde der Versuch vermieden, die teilnehmenden Gruppen auf einer gemeinsamen Plattform zu vereinen. Die wäre bei der vorhandenen Heterogenität wohl kaum möglich gewesen. Nicht nur als möglich, sondern vielmehr als gewünscht wurde dagegen eine europäische Kampagne für gleiche Rechte angesehen, die sowohl nationale Schwerpunktsetzungen erlaubt als auch gemeinsame Ziele zum Ausdruck bringt. Einigkeit bestand auch in der weitgehenden Ablehnung der restriktiven Flüchtlingspolitik der einzelnen Regierungen und der Besorgnis über mögliche noch stärkere Erfolge neofaschistischer Parteien bei der Europawahl. Der Europaparlamentarier Glyn Ford (Labour) betonte allerdings, daß solche Erfolge nur möglich seien durch einen gravierenden Rechtsrutsch der etablierten Parteien in allen europäischen Ländern. Hiervon nahm er auch seine eigene Partei und das kommunistische Spektrum, z.B. die französische KP, nicht aus.

Als Kontakt und Koordinationsstelle für die geplante Kampagne dient United. Der Name „Antifada" soll dabei signalisieren, daß alle Formen des gewaltfreien bürgerlichen Ungehorsams und Widerstandes genutzt werden können und sollen und daß es sich um ein langfristiges Projekt handelt, das sich nicht auf die Einmischung in den Wahlkampf beschränken soll. Voraussetzung ist das Akzeptieren gegensätzlicher inhaltlicher Positionen und Strategien.

Im Heft 23 des Rechten Randes veröffentlichte unser Autor Anton Maegerle einen Artikel über das Studienzentrum Weikersheim. In diesem Artikel hieß es, daß der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger noch nach Kriegsende Todesurteile gefällt habe. Nach unseren bisherigen Kenntnissen läßt sich diese Behauptung nicht aufrecht erhalten. Darauf, daß Filbinger dennoch eine Menge „Dreck am Stecken" hat, weist Anton Maegerle hin.

Vom NS-Marinestabsrichter zum "Widerstandskämpfer": Hans Filbinger

1934 veröffentlichte die Zeitschrift „Die Werkblätter" einen Fachaufsatz unter dem Titel „Nationalsozialistisches Strafrecht - Kritische Würdigung des geltenden Strafgesetzbuches auf die kommende Strafrechtsreform". Der Autor konstatiert darin u.a., daß „erst der Nationalsozialismus (..) die geistigen Voraussetzungen für einen wirksamen Neubau des deutschen Rechts" schuf.

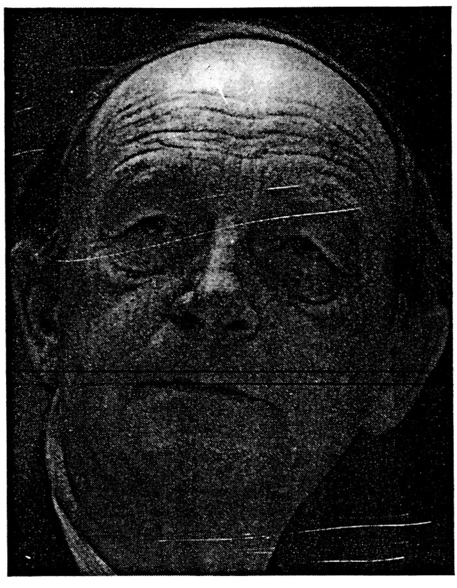
11 Jahre später, die Wehrmacht steht kurz vor ihrem Zusammenbruch, spricht derselbe deutsche Rechtsgelehrte im besetzten Norwegen, deutsches Recht. Am 16.März 1945 wird der Matrose Walter Gröger wegen Fahnenflucht zum Tod verurteilt. Leitender Offizier bei der Vollstreckung ist der Mann, der als Staatsanwalt im Feldkriegsgericht die Todesstrafe gegen den Marinesoldaten Gröger beantragt und so die Mitverantwortung zur Verschärfung eines vorausgegangenen milderen Urteils, acht Jahre Zuchthaus, übernommen hatte. Die norwegische Zeugin Marie Lindgren, Freundin Grögers, wird, so ihre Angaben nach der militärischen Befreiung vom Nationalsozialismus, vom deutschen Staatsanwalt während der Hauptverhandlung als „Schwein, Nutte, Spionin!" tituliert.

Drei Wochen nach der deutschen Kapitulation verurteilt am 29. Mai 1945 ein in der Kriegsgefangenschaft amtierendes Gericht unter der Leitung des besagten Juristen, den 24jährigen Obergefreiten Kurt Olaf Petzold zu sechs Monaten Gefängnis, weil der seinen ebenfalls kriegsgefangenen Batteriechef im betrunkenen Zustand Schimpfworte wie „Ihr Nazihunde!" zugerufen und sich das Hakenkreuz von der Uniform gerissen hatte.

1978 wird der deutsche Truppenrichter und Staatsanwalt, nun Ministerpräsident von Baden-Württemberg und seit 27 Jahren einer christlichen Partei angehörend, öffentlich an seine Rolle im kurzlebigen 1000jährigen Reich erinnert. Der Schriftsteller Rolf Hochhut macht die Mitwirkung Filbingers an mehreren Todesurteilen bei Kriegsgerichtsverfahren während dessen Marinerichter-Vergangenheit publik.

Filbinger reagiert unwirsch: „Was damals Rechtens war, das kann heute nicht Unrecht sein" - muß aber dennoch seinen Hut nehmen.

Heute will Filbinger, Ehrenvorsitzender der Südwest-CDU, an sein aktives Mittun während der Nazi-Diktatur nur ungern erinnert werden. Viel lieber sieht er sich in der Rolle des heroischen Widerstandskämpfers. Im Auftrag Filbingers teilte die Stuttgarter Rechtsanwaltskanzlei Löffler-Wenzel-Sedelmeier mit Schreiben vom 25.August 1993 an den „Rechten Rand" u.a. folgendes mit: „Nach Kriegsende hat Herr Dr.Filbinger an keinem Todesurteil mitgewirkt. Auch während des Zweiten Weltkrieges hat Herr



"Pathologisch gutes Gewissen": Ex-Marinestabsrichter Hans Filbinger.

Dr.Filbinger kein Urteil erlassen, aufgrund dessen ein Mensch hingerichtet worden wäre. Wahr ist vielmehr, daß Herr Dr.Filbinger mehreren Kriegsgericht angeklagten, bzw. verurteilten Soldaten unter eigenem Risiko das Leben gerettet hat."

Erhard Eppler sprach in diesem Zusammenhang schon vor 15 Jahren davon, daß Filbinger offenkundig über ein „pathologisch gutes Gewissen" verfüge.

Einen schlüssigen Beweis, daß Filbinger, den der Rechtsanwalt Rolf Bossi am 2.Juni in Schleswig im Mordprozeß um die Möllner Brandanschläge als „alten Nazi" bezeichnet hat, „noch nach Kriegsende an Todesurteilen beteiligt war" (RR, Nr.23), kann der RR nicht erbringen; auch wenn dies -unbeanstandet von Filbinger- u.a. in der „Südwestpresse" v. 04.03.1988 stand.

Ein Jahr nach seinem erzwungenen Rücktritt, gerät Filbinger, nun freiwillig, erneut in die Schlagzeilen. Zur Durchbrechung der Ende der siebziger Jahre angeblich herrschenden Tabuisierung des Konservatismus ruft er das „Studienzentrums Weikersheim", ein Ideologiezentrum am Rande der Union, ins Leben.

Allein in den Jahren von 1988-1993 wurde dieser Brückenkopf zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem

H. Schröder

Finanzspritzen fürs Studienzentrum Weikersheim

Im „Rechten Rand" Nr. 23 hatte Anton Maegerle über das Studienzentrum Weikersheim geschrieben. Sein Artikel über diese Denkfabrik der Konservativen und Rechtsextremisten wurde Gegenstand einer Kleinen Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke der PDS/Linke Liste.

In der in diesen Dingen üblichen Art und Weise erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Eduard Lintner, für die Bundesregierung, daß „keine verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse" über die Tätigkeit von Neofaschisten für das Studienzentrum Weikersheim vorliegen würden. Für die Bundesregierung „keine Grundlage für eine Schätzung" über den Anteil rechtsextremer Referenten bei Tagungen und Seminaren des Studienzentrums und den Anteil von rechtsextremen Autoren in dessen Publikationsorganen. Der Mangel an Kenntnissen über neofaschistische Aktivitäten bei der Bundesregierung dient hier - wie immer - als Schutz des Studienzentrums Weikersheim vor antifaschistischer Kritik.

Aber die Bundesregierung ist hier gleichsam auch um ihren eigenen Ruf besorgt. Schließlich hat man in der Zeit von 1988 bis 1993 das Studienzentrum Weikersheim mit 400.000 Mark aus Bundesmitteln gesponsert. Und die Tendenz ist steigend.

So flossen für Kongresse und Tagungen des Studienzentrums Weikersheim

- von 1988 - 1993 von der Bundeszentrale für politische Bildung 80.000 Mark,
- von 1989 - 1991 vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen 125.000 Mark und
- von 1989 - 1993 vom Presse und Informationsamt der Bundesregierung 188.000 Mark.

In ihrer Antwort hat die Bundesregierung darauf hingewiesen, daß ihr „keine Erkenntnisse" darüber vorliegen, daß während der Tagung vom 15/16. Mai 1993 „Von der Parteienverdrossenheit zur Staatskrise. Was kann der Bürger dagegen tun?" in dem Arbeitskreis I über die „Auschwitz-Lüge philosophiert" wurde. Aber die Bundesregierung „wird den Zuwendungsempfänger um Aufklärung bitten." (Bundestags-Drucksache 12/5680) Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, wie hier aufgeklärt wird.

-zwischenzeitlich aufgelösten- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und dem Presse-und Informationsamt mit über DM 393.000,- gefördert.

Fördermittelbedürftig ist auch die Hans-Filbinger-Stiftung, die anläßlich einer Feier der Landesregierung zu Filbingers 80. Geburtstag, im Stuttgarter Neuen Schloß im September 1993 aus der Taufe gehoben wurde. **Willi Dempf**, Schatzmeister des Studienzentrums Weikersheim, erläuterte den Stiftungszweck: Die neue Einrichtung will „im wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, künstlerischen und politischen Bereich Aktivitäten entfalten zur Erhaltung, Förderung und Durchsetzung christlicher Ziele und patriotischer Positionen in Deutschland". Dies bedeute vor allem die langfristige Förderung und Sicherung der Arbeit des Studienzentrums Weikersheim.

Stiftungsträger sind u.a. die Landesminister **Gerhard Mayer-Vorfelder** (Träger der BdV-"Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht", einst persönlicher Referent des Ministerpräsidenten Filbinger) und **Erwin Vetter** (Präsidiumsmitglied des „Studienzentrums Weikersheim"), die Publizisten **Christa Meves** (Redaktionsmitglied des stramm rechten „Deutschlandmagazins"), **Paul Schmidt-Carell** (ab 1940 Chef der Presse-und Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, Herausgeber der Monatsschrift „Berlin-Rom-Tokio", die das Bündnis zwischen Deutschland, Italien und Japan festigen sollte), **Gerhard Löwenthal** (früherer Leiter des 587 mal ausgestrahlten „ZDF-Magazins" und Berliner DSU-Kandidat bei der 1.gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2.Dezember 199O) und Brigadegeneral a.D. **Heinz Karst** (Präsidiumsmitglied des „Studienzentrums Weikersheim").

Öko-Faschist publiziert bei Kiepenheuer&Witsch

Das Bonner Institut für Faschismusforschung und antifaschistische Aktion, namentlich Peter Kratz, machen darauf aufmerksam, daß der liberale Verlag „Kiepenheuer&Witsch" Hubertus Mynarek als Verfasser eines „kritischen Porträts" des Kölner Erzbischofs Joachim Meisner in sein Programm aufgenommen hat.

Hubertus Mynarek steht ideologisch und personell in enger Verbindung mit den „Deutschen Unitariern". Er publiziert in deren Verlag und Zeitschriften und zählt sowohl **Sigrid Hunke**, als auch **Wilhelm Hauer**, den führenden Repräsentanten der nationalsozialistischen „Deutschen Glaubensbewegung" (DG), zu seinen geistigen Vorbildern. Er steht in Verbindung zu den „Jungen Anthroposophen" des „Achberger Kreises", die zum Beispiel den ausgewiesenen Nationalrevolutionär **Günter Bartsch** herausbrachten und publiziert selbst im Verlag der Achberger. Unter anderem über die „Deutschen Unitarier" laufen die Kontakte Mynareks zum Nationalen Sozialisten **Henning Eichberg**, zum ehemaligen SA-Mitglied und Mitunterzeichner des ausländerfeindlichen, rassistischen „Heidelberger Manifest" **Werner Georg Haverbeck** und dessen neo-faschistischem Zentrum „Collegium Humanum", zum völkischen Grünen **Holger Schleip** und dem Nationalrevolutionär und Unitarier **Peter Bahn**, der nach einer kurzzeitigen Karriere an der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg Redakteur bei „Wir Selbst" sein darf. Mynarek unterhält Beziehungen zur faschistoiden „Linken Deutschland Diskussion" (LDD) und war Gründungsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) „Christen bei den Grünen", die sich aufgrund seiner Rechtslastigkeit von ihm trennte.

Obwohl der „ökoreligiöse" Mynarek offenen Anisemitismus und faschistische Platitüden zumeist vermeidet und sich höchstens zu Anpöbeleien gegenüber Kritikern verleiten läßt, verbreitet er unter dem Deckmantel von New Age und Ökologie die rechtsextreme Ideologie derer von **Gorsleben, Haeckel, Lagarde, Langbehn, Kossina, Kusserow, Wirth, Clauß**, und **List**, sowie die plagiatorischen und eklektizistischen Aufgüsse der „Nazi-Ziege" (so ehemalige Mitglieder der Unitarier) **Sigrid Hunke** und **Wilhelm Hauers**.

Behilflich ist ihm dabei ein Diskursverständnis, das vor allem rechte Türen offen hält. Er fand es unter anderem in der VHS Bonn und im „Wassermannzentrum Gschwend" der grünen Ex-Bundestagsabgeordneten **Karin Zeitler**, sowie bei einigen Theologen an der C.v.O.-Universität in Oldenburg. Gerade an den von Sozialdemokraten gepushten Reformuniversitäten hat der inzwischen stattgefundene Paradigmenwechsel im Zeitalter der „Postmoderne" solche Tendenzen gefördert.



Mynarek im Kreise Oldenburger Professoren, 1989. Foto: Power-Press

Der vom Bonner Institut angekündigte heiße Herbst auf dem Büchermarkt hat nicht stattgefunden. Jedenfalls hat es gegen die Verlagspolitik von Kiepenheuer&Witsch keine besonderen Proteste auf der diesjährigen Buchmesse gegeben. So kann sich Mynarek zusammen mit Heinrich Böll, Ignatz Bubis, Karl-Heinz Deschner, Ralph Giordano („Wird Deutschland wieder gefährlich"), Alice Schwarzer („Eine tödliche Liebe"), Peter Sichrovsky („Rechte Schicksale und Lebensläufe"), Günter Wallraff, u.a. unter einem Verlagshaus wohl fühlen. Man darf gespannt sein, wer von diesen AutorInnen nun einen klaren Trennungsstrich zum Alt- und Neu-Faschismus ziehen wird. Nach der Aufklärung über die Psyche der faschistoiden Mordbuben im Kiepenheuer&Witsch Verlag muß nicht zwangsläufig die Seelenkunde der katholischen Geister folgen. Als Seelenforscher jedenfalls fühlt sich Mynarek dazu berufen, dem Katholiken und Marienanhänger Joachim Meisner den Brustkorb zu öffnen. „Es drängt sich als verlockendes Unternehmen geradezu auf", so Mynarek im Vorwort, „die Psychologie Meisners zu zeichnen. Deshalb gehen wir in den einzelnen Kapiteln dieses Buches den Fragen nach: Was geht in diesem Mann vor? Wie und aus welchen Quellen motiviert er sein Handeln? Aus welchen Schichten seiner Psyche, seines Seins kommt seine unbedingte kirchliche Ergebenheit? Welche historischen, gesellschaftlichen und politischen Konstellationen ermöglichten diese spezielle und doch kirchlich so verallgemeinerungsfähige Existenz?" Die leicht anthroposophisch eingefärbten Fragen beantwortet Mynarek in vier Kapiteln, deren reißerische Überschriften dem ihnen folgenden Inhalt entsprechen. BILD-Titel fähig heißt es: „Vom Banklehrling zum Kardinal - eine steile Karriere" oder „Der Kardinal und die Frauen". Schade, daß Kratz den Band nicht gelesen hat, die Fixierung auf den Kardinal wäre ihm gewiß als verdeckter Führerkult aufgefallen. Aber auch sonst gibt es wieder bekannte Positionen, die die Bonner Initiative schon vor Jahren in der Zeitschrift Publik-Forum zu Recht angegriffen hat. Mynarek klagt den Kardinal dafür an, daß er nichts aus seiner schlesischen Heimat mit in sein Amt, seine Predigten genommen habe. Breslau(!) habe es doch verdient öfters erwähnt zu werden, schließlich haben dort große deutsche Geister (pardon: Männer) gewirkt. Damit keine Mißverständnisse aufkommen: eine kritische Analyse von Kirchenpolitik ist notwendig, mehr noch eine aktuelle Auseinandersetzung mit Religion, Religiösität ist dringend erforderlich. Aber das kann nicht einem Mann wie Mynarek überlassen werden, der selber zum Religionsstifter avancieren möchte, einer Religion die als Ökofaschismus bereits genügend bekannt ist. (hy)

David Taylor

Diksmuide 93

Einmal im Jahr trifft sich die europäische Rechte zu einem großen Volksfest. Imbißbuden, Waffelstände, Getränkeverkäufer und Bierzelte vermitteln den Eindruck von gemütlicher Betriebsamkeit. Doch das ganze Spektakel zeugt von bedeutend mehr, nämlich von der „Normalität" des Rechtsradikalismus in Europa.



Organisiert alljährlich die "Ijzerbevaart": Ilse-Carola Salm

Trommelwirbel und dumpfe Paukenschläge durchdringen die aufkommende Vormittagssonne, Marschgeräusche und monotoner Gleichschritt verkünden den Auftritt des „Vlaamse Nationale Jeungerenbond" (VNJ). Auf der mit Menschen überfüllten Hauptstraße von Diksmuide marschiert eine Hundertschaft von Heranwachsenden auf, die ihrem äußeren nach eher einem Fanfarenzug der Wiking-Jugend gleicht. Fanfahrenstöße aus Trompeten zerreißen in schmerzhafter Weise die Atmosphäre der regen Betriebsamkeit. Das Publikum wendet sich dem martialischen Trachtenaufmarsch zu und beginnt sympathiebekundend Beifall zu klatschen. Belgische Verhältnisse? Nein, mit Sicherheit nicht, denn von der deutschen Bevölkerung wurde schon zu wesentlich unangenehmeren Anlässen Beifall geklatscht.

Was aber Diksmuide so beunruhigend macht ist die absolute Normalität mit der das Vokabular der Neuen Rechten in den Gesamtablauf dieses Treffens integriert ist. Jedoch gilt auch hier wieder die Irrationalität von rechten Begriffsbildungen. So gibt es da auf der einen Seite den flämischen Seperatismus mit der Parole: Los von der französischsprachigen Wallonie, für ein eigenständiges Flamen. Hier definieren sich die Flamen als eigenes, geschichtliches Volk und leiten daheraus ihre Souveränitätsrechte ab. Jedoch vermitteln die offiziell angeführten Gründe, wie dem Recht auf Selbstbestimmung und Erhaltung der Nationalen Identität doch nur Vordergründiges. Deutlicher wird die Sprache wenn es ums Geld geht, denn da herrscht zwischen den Vertretern der offiziellen Politik und der extremen Rechten offene übereinstimmung. Das im Vergleich zur Wallonie reiche Flamen möchte sich von den „faulen Wallonen" lösen, da diese sich auf den Leistungen der Flamen ausruhen und somit nur Geld kosten. Hier spiegelt sich die Politisierung gesellschaftlicher Verhältnisse aufgrund wirtschaftlicher Vorurteile ab, ähnlich wie es sie auch in Italien zwischen dem „armen Süden" und dem „reichen Norden" gibt. Genauso wie die italienische Lega Nord auf ökonomischen Vorurteilen regionale Stärke erlangte, so ist es in Belgien der Vlaams Block der es verstanden hat sich zum Wortführer der ökonomisch starken flämischen Provinz zu machen. Was in Belgien noch verschärfend hinzukommt sind die Ressentiments aufgrund der Sprachenteilung, wo die Flamen eine wallonisch-französische Verbrüderung gegen sich auszumachen glauben. So bekommen die ca. 20.000 Besucher von Diksmuide von dem Festredner das zu hören was sie hören wollen, nämlich von der „Maitresse Frankreich" und dem „Französichen Kapital" welches sich nur für die französischsprachige Wallonie bereithält.

Diese Verquickung von vordergründigem Nationalismus, Vorurteilen und offizieller Politik birgt ein hervorragendes Klima für rechte Ideologie. Von dieser Tatsache partizipieren auch rechte Gruppen aus ganz Europa, die die sogenannte „Ijzerbedevaart" Feier als Treffpunkt für ihre Partei- und Ideologiekader nutzen. Als Beispiel sei hier die westdeutsche Neonaziszene angeführt, die sich hier zu einem unbeschwertem „Stelldichein" traf. Ein Umstand, der in Deutschland in der Form nicht möglich wäre. Das Skandalöse an dieser Art von „unbeschwertem Zusammensein" läßt sich eindrucksvoll an einem Vergleich mit dem Neonaziaufmarsch vom 14. August 93 in Fulda belegen. Dort führte der Auftritt von führenden Kadern der Neonaziszene wie **Norbert Weidner** (FAP) als Co-Veranstaltungsleiter von Fulda, **Markus Prievenau** (FAP) und dem Fulda-Redner **Holger Apfel** (JN) zu einem öffentlichen Skandal, dem immerhin ein Staatsekretär zum Opfer viel. Nur zwei Wochen später tummeln sich dieselben Kader mit mehreren Hundert Gleichgesinnter aus Deutschland und ganz Europa im belgischen Diksmuide. Dort beteiligen sich Teilnehmer von dem Aufmarsch in Fulda sogar am offiziellen Bühnenprogramm der Ijzerbedevaartfeier. Aber hier in Belgien ist das keinen Skandal wert, hier sind die Neonazis offen integriert und Altnazis wie die SS-Verbindungsfrau **Ilse-Carola Salm** gelten als Freunde der „Flämischen Sache".

Auf der Hauptstraße am Rande des Festgeländes findet ein ganzer Devotionalienhandel mit nazistischem Propagandamaterial statt. In den Straßencafes sitzen Neofaschisten aus ganz Europa und tauschen Informationen aus, treffen Verabredungen und wikkeln kleinere Geschäfte ab. Was den Eindruck von geschäftiger Betriebsamkeit erweckt ist weitaus mehr als nur eben dies, es ist handfeste Organisierung von neofaschistischen Strukturen in ganz Europa. So ambivalent diese Ijzerbedevaartfeiern auch sein mögen, in jedem Fall sollten Antifaschisten aus ganz Europa einen kritischeren Blick auf Diksmuide richten. Dazu zählt mit Sicherheit auch ein internationaler Druck auf die belgischen Behörden, diesem Tummelplatz für Eurofaschisten einhalt zu gebieten. Was in nächster Zukunft dagegen passieren wird ist noch vollkommen ungewiß außer, daß sich die Rechte nächstes Jahr am 28. August wieder in Diksmuide versammeln wird.

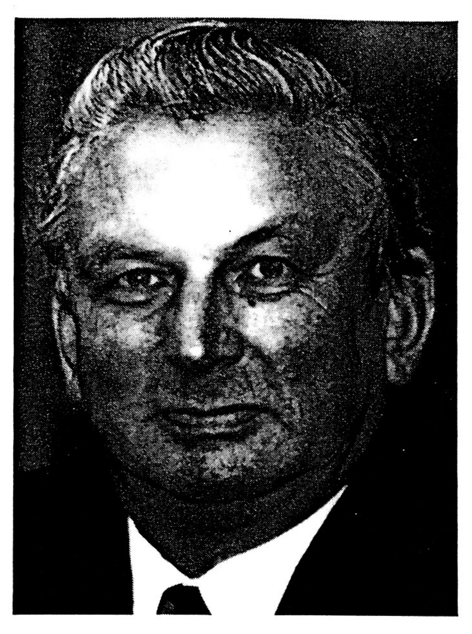


VNJ-Fanfaren- und Trommlerzug auf der Hauptstraße in Duksmuide. Fotos (2): Bonn-Inform

Ulla Jelpke Helmut Schröder

Das Geschäft mit den Rußlanddeutschen: „Inseln der Hoffnung..."

... die möchte der Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern (BMI), Dr. Horst Waffenschmidt, für die Deutschen in Rußland, in der Ukraine und anderswo schaffen. Und es sollten „Inseln des Wohlstands" werden, die den Rußlanddeutschen den Anreiz bieten, in diesen Ländern zu bleiben und nicht nach Deutschland auszusiedeln.



Dr. Horst Waffenschmidt

Zu diesem Zweck hat die Bundesregierung in den letzten Jahren mehrere hundert Millionen Mark in die Länder der ehemaligen Sowjetunion gepumpt. Der Plan war: Landwirtschaftliche Projekte und Fabriken sollten aus dem Boden gestampft werden. Häuser, ja ganze Siedlungen und neue Städte sollten gebaut, Schlachtereien, Bäckereien, Käsereien, Saatgut geliefert werden. In Notfällen wurden vom BMI „Soforthilfeprogramme" in Millionenhöhe von heute auf morgen umgesetzt, für Nahrungs-, Bekleidungs- und Bedarfsgüterlieferungen. Also: Arbeit und Geld für die Rußlanddeutschen.

Indes: Die Umsetzung des Plans an der Wolga, in Kasachstan, in der Ukraine und im Altaigebiet ließ erst einmal auf sich warten. Die einzige „Insel des Wohlstands" entstand ganz woanders: In St. Augustin bei Bonn.

Hier ist der Sitz des „Vereins für das Deutschtum im Ausland" (VDA). Dieser Verein wurde von der Bundesregierung als **die** Mittlerorganisation für die Belange der Rußlanddeutschen in den letzten Jahren aufgebaut. Der VDA erhielt allein von 1990 bis 1992 über 110 Millionen Mark für die Deutschen im Ausland aus dem BMI zugeschustert. Die Gelder versickerten in beträchtlichem Maße im eigenen Organisationsapparat.

Dabei ist nicht so ganz klar, wieso gerade der VDA auserkoren wurde. Vielleicht deshalb: Die Organisation, 1871 gegründet, hat sich als deutscher Schutz- und Trutzverein einen mehr als schlechten Namen gemacht und wurde nach 1945 wegen ihres Engagements für den Nazistaat von den Alliierten in Nürnberg verboten. Der VDA dümpelte nach Wiederaufbau so vor sich hin. Von Rechtsextremisten durchsetzt, gab man sich deutschtümelnd und hielt alte unselige Traditionen hoch. Führende Funktionäre, wie **Rudolf Aschenauer**, schrieben in einschlägigen neofaschistischen Zeitungen wie „Nation Europa" und verfaßten wieder die völkische Propaganda von einem Großdeutschland.

Im eigenen Verein zumindest hatte man dieses Großdeutschland schon realisiert. Organisationen aus Österreich und Italien haben ihre Vertreter im Verwaltungsrat des VDA.

Aus Österreich beispielsweise sitzt da **Helmut Kowarik**, Vorsitzender der rechtsextremen „Österreichischen Landsmannschaft" und presserechtlich verantwortlich für den „Eckartboten", einer antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Zeitschrift. In diesem Hetzblatt wird u.a. der Antisemitismus als „natürliche Abwehrreaktion aller Wirtsvölker", die Ermordung von sechs Millionen Juden in deutschen KZs als „bösartige Propaganda" bezeichnet.

Ohne sich daran zu stören, sitzt seit 1989 in diesem Gremium kein geringerer als der eingangs genannte **Horst Waffenschmidt**. Und der sorgt dafür, daß der VDA im großen Stil ins Osteuropageschäft einsteigen kann. Von Null auf Hundert beschleunigte er die Fahrt des VDA ins Ostgeschäft.

Ein Verein der bisher einen Jahresumsatz von maximal einer Million Mark für deutschtümelnde Kulturarbeit umsetzte, bekam nun Bundesmittel in zweistelliger Millionenhöhe. Dabei nahm das BMI es nicht genau: Ohne daß überhaupt ein schriftlicher Antrag vorgelegen hätte (Ruf doch mal an!), wurden dem VDA wegen der „besonderen politischen und wirtschaftlichen Dringlichkeit" beispielsweise am 19. Dezember 1990 über 34 Millionen Mark bewilligt und sofort telegraphisch angewiesen. Beim VDA wanderte dieses Geld erst einmal ... auf ein Festgeldkonto, lagerte dort monatelang und brachte dem VDA beträchtliche Zinsgewinne von mehreren hunderttausend Mark. Später wurde das 34 Millionen-Projekt ohne Ausschreibung im wesentlichen an zwei Firmen vergeben. Besonders profitierte die „Interform", eine Firma, in der der VDA Mehrheitseigentümer ist.

Nach dem gleichen Schema wurden von der Bundesregierung dem VDA ein Jahr später fast 50 Millionen Mark zugewiesen. In einer Grauzone des Rechts wurde dabei von der Bundesregierung agiert. Für die Unterstützung der Deutschen in den Aussiedlungsgebieten waren im Bundeshaushalt 70.500.000 DM für das Jahr 1991 bewilligt worden. Im Herbst 1991, in den Beratungen für den Nachtragshaushalt für 1991, wurden für die Deutschen in den Aussiedlungsgebieten keine weiteren Gelder beantragt. Merkwürdig jedoch: Als der Nachtragshaushalt in allen Gremien beraten und vom Bundestag in 2. und 3. Lesung verabschiedet war, beantragte der Bundesminister für Finanzen plötzlich - ca. zwei Wochen später, am 2.12. 1991 - die Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgaben von 50 Millionen zur Unterstützung der Rußlanddeutschen. Die Ausgabe war „unaufschiebbar" - so Waigel - und konnte bei Aufstellung des Haushalts nicht vorgesehen werden. Offenbar beim Nachtragshaushalt auch nicht.

Interessant nur und in eklatantem Widerspruch dazu: In einem Bewilligungsbescheid vom 22.11.1991 für ein 6-Millionen-Projekt des VDA, den das BMI aus dem Zuständigkeitsbereich des Auswärtigen Amtes übernahm, führte das BMI aus, daß „durch Zurückstellen anderer nicht so dringender Projekte um wenige Monate, Mittel bereitgestellt werden" konnten.

Als Resultat bleibt: Mit diesem großen Coup hatte der Finanzminister die Gremien des Bundestages von einer ordentlichen Beratung ausgeschlossen. Und wie es der Zufall will: Diese 50 Millionen zusätzliches Ausgaben fingen just eine vom Bundestag beschlossene qualifizierte Sperre über den gleichen Betrag an Leistungen für die Rußlanddeutschen unter dem Einzelplan 06 Titel 896 01-249 auf.

Das hieß: Innerhalb weniger Tagen mußten 50 Millionen Mark ausgegeben werden. Die „unaufschiebbare Aufgabe" der Realisierung des „Sofortprogramms" wurde dem VDA übertragen.

Obwohl der VDA mit der Realisierung der Projekte überhaupt nicht zurecht kam, schrieb der Bundesminister der Finanzen bereits am 28.2.1992 in einer Unterrichtung des Bundestages bezüglich der „Über- und außerplanmäßigen Ausgaben", daß 49.430.653 DM für die Finanzierung eines Sofortprogramms ausgegeben worden sind (Drucksache 12/2181).

Aber das einzige was sofort passierte war die Überweisung der Gelder an den VDA. Bereits am 27.12.1991 waren die Mittel aus dem Bundeshaushalt beim VDA eingegangen. So z.B. 29.140.499,90 DM für „Soforthilfe für die Bevölkerung in Saratow/Wolgograd". Dringend benötigte Nahrungsmittel, Kleidung, Bedarfsgüter und Medizin sollten davon gekauft und geliefert werden. Von diesen Geldern wurden vom VDA allerdings 6,5 Millionen DM überhaupt nicht eingesetzt. Entweder war er nicht in der Lage oder nicht

willens, diese Gelder für die Hilfe der Menschen einzusetzen. Dafür berechnete der VDA für dieses „Sofortprogramm" Lagerkosten von 545.019,86 DM. Der Zeitraum der Rechnung umfaßt Oktober 1991 bis einschließlich Dezember 1992 (bewilligt wurden die Mittel vom BMI am 17.12.91, der Nachweistermin war der 30.6.92). Aussteller der Rechnung war das VDA-eigene Lager in Horhausen. Das schmutzige Geschäft mit der Not.

Ähnlich lief es bei dem Projekt „Ausstattung von 500 Schulen" in Höhe von 6.179.344,50 Mark. Ausgegeben wurden lediglich 4.728.396,45 Mark. Nachweistermin hierfür wäre ebenfalls der 30.6.1992 gewesen. Die verbleibenden 1,4 Millionen Mark stehen dem VDA auch hier zur Verfügung. Ein Abrechnungsausdruck des VDA vom 19.7.93 vermerkt nämlich: „Rücküberweisung: 0,00 DM". Dabei hatte der Bundesrechnungshof in einem Prüfbericht (Stand: 9. April 1992) das BMI bereits dafür gerügt, daß dem VDA im Dezember 1991 die gesamte Zuwendung ausgezahlt wurde, obwohl die Gelder erst später benötigt wurden. Man beachte jedoch, daß der Bundesrechnungshof bei seiner Beanstandung davon ausging, daß die Abrechnung ordnungsgemäß am 30.6.1992 erfolgen würde.

Wäre die Bevölkerung in Rußland akut von Hunger und Kälte bedroht gewesen, dann wären sie bei dieser „Hilfe" durch den VDA eher gestorben. Dafür schwollen die Konten des VDA ins Unermeßliche an. Aus dem der PDS/Linken Liste vorliegenden Auszügen aus internen Abrechnungen und Haushaltsbüchern des VDA geht hervor, daß der VDA nicht nur eine Vielzahl von diveren Konten bei zig Geldinstituten hat, sondern daß deren Stand astronomisch in die Höhe schnellte. So hatte der VDA am 31.12.1992 allein auf einem Konto der Deutschen Bank in Brüssel/Paris 48 Millionen Mark.

Kein Wunder: Der VDA hat sich bei den Abrechnungen immer gut bedient. Allein im Haushaltsjahr erzielte er Gewinne für

- Zins- und sonstige Erträge: 6.283.750 Mark
- Verwaltungskostenersatz (Aktivitäten Ost): 2.225.315 Mark.

Hinzu kommt, daß der VDA auch als Eigentümer der entsprechenden Projekte auftritt, und natürlich rigide dafür sorgt, daß er bei den aus Bundesmitteln finanzierten Projekten als alleiniger Eigentümer oder zumindest als Hauptanteilseigner auftritt. In der VDA-Haushaltsbilanz taucht unter „Aktiva" der Unterposten „sonstige Anlagegüter" mit sage und schreibe 30.184.412,00 Mark auf.

Daß der VDA so handeln konnte lag vor allem daran, daß das BMI seiner Aufsichtspflicht so gut wie nicht nachkam. Der Nachweistermin für das Projekt der „Soforthilfe für die Bevölkerung in Saratow/Wolgograd" war auf den 30.6.1992 terminiert, eine Abrechnung lag jedoch ein Jahr später immer noch nicht vor. Im Juli 1993 ist der VDA dabei, die Abrechnung für das BMI zusammenzustellen. In einem Schreiben vom 21.7.1993 weist der Geschäftsführer des VDA, **Schlamelcher**, den VDA-Vorsitzenden darauf hin, daß „in den letzten Wochen die letzte Lieferung veranlaßt" wurde und man „nunmehr auf die Rechnungen" warte.

Aus den vorliegenden Unterlagen geht hervor, daß der VDA bei einer ganzen Reihe von weiteren bewilligten Projekten aus dem „Sofortprogramm" die entsprechenden Verwendungsnachweise und Sachberichte mit fast einem Jahr Verspätung oder gar nicht ablieferte.

Der VDA setzte unter diesen für ihn vorteilhaften Bedingungen so manches Projekt buchstäblich in den Morast, wie leerstehende Containersiedlungen in Nowo-Kamenka oder zu spät zur Aussaat ankommendes Saatgut belegt. Die Rußlanddeutschen klagen seit geraumer Zeit, daß Gelder gar nicht ankommen, daß Projekte, wie Schlachtereien gar nicht oder nur schlecht funktionieren, da sie häufig defekt sind, oder Nachlieferungen ausbleiben.

Unter den Fittichen des BMI konnte der VDA unbekümmert weitermachen, selbst als der Bundesrechnungshof schon prüfte und rügte, ja, und selbst als die Staatsanwaltschaft schon ermittelte. Kleine Anfragen der Bundestagsgruppe der PDS/Linke Liste wurden von der Bundesregierung im Detail nicht beantwortet, mit dem Verweis auf laufende Ermittlungsverfahren. Dabei ging es der Bundesregierung natürlich mit ihrer Auskunftsverweigerung darum, auch die Wahrnehmung der eigenen Aufsichtspflicht aus der Kritik zu nehmen.

Diesen Schutz im Dunkel hatte die Bundesregierung bitter nötig, denn die Kritik des Bundesrechnungshofes an dem BMI war vernichtend. In dem Prüfbericht heißt u.a. es: „Wir beanstanden, daß Sie die bewilligten Mittel stets in vollem Umfang ausgezahlt haben, obwohl Sie vom Zuwendungsempfänger noch nicht benötigt wurden. Dadurch ist dem Bund ein finanzieller Schaden entstanden.

Wir bitten zu veranlassen, daß

- die derzeit beim VDA vorhandenen und kurzfristig nicht benötigten Bundesmittel einschließlich der erwirtschafteten Zinsen zurückgefordert werden,
- künftige Bundesmittel nur entsprechend den haushaltsrechtlichen Vorschriften gezahlt werden,
- die Frage der Haftung für den eingetretenen Schaden und disziplinarrechtlicher Maßnahmen geprüft werden."

Das BMI trägt die Verantwortung dafür, daß diese Bundesmittel weiter vom VDA unbekümmert in den Morast gesetzt werden konnten. Deshalb unternahm das BMI alles mögliche, daß dieser Prüfbericht nicht an die Mitglieder des Haushaltsausschusses ging.

Aber nicht nur, daß man dem VDA Millionenbeträge fast unkontrolliert zuschob, die Vetternwirtschaft hat auch noch eine andere Seite. Der VDA übernahm auch die Bezahlung von Dienstreisen des Parlamentarischen Staatssekretärs Waffenschmidt. So wurden u.a. die Transferkosten vor Ort und der Hotelaufenthalt einer 56 köpfigen Delegation, die mit dem Staatssekretär Waffenschmidt im September 1992 in die GUS reiste, über den VDA abgerechnet. Summe: 50.000 DM (siehe dazu: Hrsg. LUPE e.V. und Buntstift, Verein für das Deutschtum, Berlin 1993, S. 52). Und der Nachrichtensender „VOX" brachte am 6.10.1993 den Nachweis, daß darüber hinaus der VDA auch die Telefonrechnung von Waffenschmidts Hotelaufenthalt übernahm. Eine Hand wäscht die andere.

Im Juli diesen Jahres soll Waffenschmidt den Verwaltungsrat des VDA verlassen haben. Kurz zuvor begannen die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen den Skandal-Verein. Ob ihn dieser Abgang retten wird?

Einen Überblick über die Politik des VDA gibt das Buch: Hrsg. LUPE/Buntstift e.V., Organisationsprofil - Verein für das Deutschtum im Ausland, 198 Seiten, DM 20,00

Joachim Siegerist und die lettische Waffen-SS

„Sehr geehrte(r) Frau/Herr, das Leben schreibt Geschichten, die auch ich mir als Journalist und Schriftsteller niemals ausdenken könnte. Lesen Sie heute, was ich vor einigen Tagen in Kurland (Lettland) erlebt habe."

So beginnt das jüngste Rundschreiben (17.September 1993) des lettischen Parlamentsabgeordneten und bundesdeutschen Ex-Journalisten von „BILD" und „Hörzu", **Joachim Siegerist**. In seinem 3-seitigen Rundschreiben informiert Siegerist, Mitglied der lettischen „Bewegung der nationalen Unabhängigkeit" (LNNK), mit der er im Sommer -als Joahims Zigerists- ins lettische Parlament Saejm eingezogen ist, daß er „mitten im Wald an einem See" eine Delegation von ehemaligen lettischen Waffen-SSlern empfangen hat, von denen sich einige „in ihre alten deutschen Uniformen gezwängt" und ihn so gegrüßt haben, als sei er ein „General".

Siegerist, der seit Dezember 1992 auch die lettische Staatsbürgerschaft besitzt, appelliert an seine deutsche Klientel und bettelt um „Heizmaterial, Medikamente, ein kleines Häuschen, Lebensmittel und warme Kleider" für die „ehemaligen Legionäre der Deutschen Wehrmacht in Kurland". Da einige der Waffen-SSler „vor ihrem Tod einmal Deutschland sehen" wollen, hat ihnen Siegerist, politischer Geschäftsmann wie Gerhard Frey, einen Charterbus zugesagt; eine weitere publicityträchtige Show aus dem Hause Siegerist ist damit angesagt.

In der Bundesrepublik werden von Siegerist die „Deutschen Konservativen e.V." geführt, die 1986 als Abspaltung der -zwischenzeitlich eingeschlafenen- „Konservativen Aktion" ins Leben gerufen wurden. Die „Deutschen Konservativen" teilen sich Anschrift, Telefon-und Faxanschluß mit der „Wirtschafts- und Verbands Public Relation GmbH" (WPR), deren alleiniger Geschäftsführer Siegerist ist. Die WPR fungiert als Herausgeber von Siegerists Hetz-Publikationen wie „Oder-Neiße. Verzicht bleibt Verrat" oder „Willy Brandt-Das Ende einer Legende".

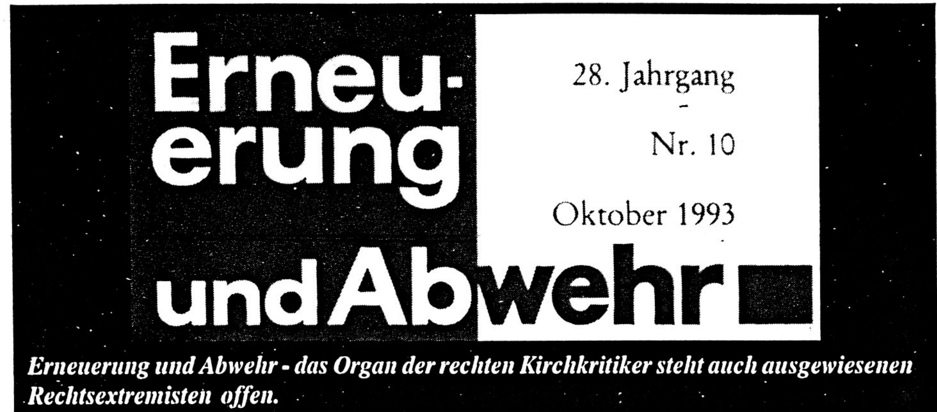
Klaus Dieter Löffelstein / Andreas Speit

Rassismus unter dem Dach der Kirche

Unter dem Motto „Der Verlust der Mitte. Orientierungslosigkeit nach 25 Jahren Kulturrevolution“, plante die „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e.V.“ für den 15. bis 17. Oktober ’93 in Braunschweig ihre alljährliche Herbsstudientagung. Die „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland“ (ENID) kann getrost als ‘rechter Rand’ der „Evangelischen Kirche Deutschlands“ (EKD) betitelt werden. Sie fungiert als Sammlung des nationalistischen und rassistischen Flügels innerhalb der ev. Kirche. Aus Überzeugung werden Beziehungen und Kontakte zu Alt- und Neonazis gehegt und gepflegt. Als Referent wurde in diesem Jahr Prof. K. Weinschenk, ehemaliger Landesbeauftragter der REP in Berlin, eingeladen. Aufgrund massiven Protestes der Antifa-Bewegung in Braunschweig konnte verhindert werden, daß die Notgemeinschaft dort ungestört tagen konnte. Sie mußten nach Hannover ausweichen.

Schon die Gründung der ENID - 1966 als Gegenreaktion auf die Ost-Denk-Schriften der EKD, in welchen die Oder-Neiße-Grenze anerkannt wurde - fand sehr viel Wohlgefallen im konservativen, wertkonservativen und neofaschistischen Spektrum. So wurden im „Bayernkurier“ und der „National-Zeitung“ Mitgliedserklärungen abgedruckt und die „Welt“, die „Deutsche National- und Soldatenzeitung“ und die der CSU nahestehende „Demokratisch-Konservative Korrespondenz“ berichteten ausführlich über die Gründung, in welcher die NPD „... ein mutiges Zeichen im Kampf um die nationale Selbstbestimmung des deutschen Volkes“ sah. Dieser Beifall war in keinster Weise verwunderlich: zum einen kamen die 11 Gründungsmitglieder selbst aus dem skizzierten politischen Spektrum und zum anderem sprachen sie ihnen aus den „Herzen“. Und dies bis heute mehr als deutlich, getreu nach ihrem Leitmotiv „Kirche muß Kirche bleiben“. In der Satzung ist die Intention der ENID in Artikel 2 „Zweck des Vereins“ klar benannt. „Zweck des Vereins ist die Besinnung auf den Auftrag der Kirche, der in der rechten Verkündigung des Evangeliums besteht. Daraus ergibt sich notwendig auch die Treue im Umkreis der irdischen Pflichten zur Familie, zum Nächsten, zu Volk und Vaterland“.

Unter den Gründungs- und ersten -Mitgliedern waren etliche, die eine Nazi-Vergangenheit aber auch - Gegenwart hatten/haben. Z.B. **Prof. Jordan Pascual**: 1933 trat er der NSDAP bei und versuchte, Physik und Rassismus zusammenzuführen. Von 1957 bis ’61 war er Bundestagsabgeordneter der CDU sowie Mitarbeiter der Zeitungen „Europaruf“, „Der Stahlhelm“ und „Deutsche Studien“ und später Autor in „Konservativ Heute“. Desweiteren war er Mitglied im Beirat der „Deutschland-Stiftung“. Dr. **Horst Bartholomeyczyk**: Ebenfalls Mitglied im Beirat der „Deutschland-Stiftung“, war in der NS-Zeit Oberlandesgerichtsrat in Koblenz, ab 1938 beim Rasse- und Siedlungshauptamt und Anfang 1941 Reichskommisar zur Festigung des deutschen Volkstums im Stab Heinrich Himmlers. **Werner Petersmann**, Pastor, war während der NS-Zeit Gaumann der Deutsch-Christen und 1969 Spitzenkandidat der NPD in Niedersachsen; oder **Johannes E.Barnick** und **Bernt von Heiseler**, Mitglied der „Gesellschaft für freie Publizistik“. Beide bekannt als neofaschistische Schrifsteller, welche in entsprechenden Blättern regelmäßig publizierten.



Erneuerung und Abwehr - das Organ der rechten Kirchkritiker steht auch ausgewiesenen Rechtsextremisten offen.

Keine Frage also, daß sich gleich nach der Gründung gleichgesinnte „deutsche Männer“ wie der damalige Chefideologe der NPD, **Ernst Anrich**, Mitbegründer der „Gesellschaft für freie Publizistik“ und Mitglied im Witikobund, aber auch der Präsident des Bundesverwaltungsgerichtshof a.D. **Egidi** der ENID anschlossen.

Gründungsvater, langjähriger Vorsitzender (1966 bis ’82) und heutiger Ehrenvorsitzender **Alexander Evertz**, ev. Pastor aus Dortmund, ist bis heute eine „feste Burg“ im „Kirchenkampf“ (A. Evertz) für die ENID. 1964 schrieb er: „Wer seinen vaterländischen Verpflichtungen nicht nachkommt, der lebt nicht im Gehorsam vor Gott“. Im Laufe der Jahre drückte sich Evertz noch deutlicher aus, so daß sich das „kollegiale“ Verhältnis zum neofaschistischen Spektrum immer mehr intensivieren konnte. Zustimmend ging 1982 der Niedersachsenspiegel der NPD-Nds. auf einen Artikel von Evertz im Organ der ENID „Erneuerung und Abwehr“ ein: „Der langjährige Vorsitzende der ENID warnte vor der heutigen Gleichgültigkeit gegenüber Volk, Vaterland, Geschichte und kulturellen Traditionen, die zum völligen Verlust unserer nationalen Identität und zangsläufig zum Untergang des deutschen Volkes führen müssen“ (1). Evertz war Autor für „Konservativ Heute“, „Mut“, und dem „Deutschland Magazin“. 1985 erschien sein Buch „Kirche und Volk-Ein Ja zum Vaterland“ im Mut-Verlag. Eine kleine Kostprobe: „In kirchlicher Sicht (wird) die Gefahr der Ausländerfrage nicht richtig erkannt ... . Es sollte Klarheit darüber herrschen, daß die Bundesrepublik aus verschiedenen Gründen kein Einwanderungsland werden kann ... Sie kann sich um unseren Volkeswillen nicht einer gefährlichen Überfremdung aussetzen“. „Es soll hier kein Wort gegen die Notwendigkeit über nationale Zusammenhänge gesagt werden. Aber der Dolch darf nicht im Gewande bleiben, wenn gewisse politische und kulturelle Unionsbrauereien alle völkischen Besonderheiten zu einem farblosen Brei zerstampfen möchten“ (2). Und wenn die ENID die Möglichkeit sieht, gegen den Feind der ‘deutschen Volksseele’ vorzugehen, innerhalb der Kirche oder außerhalb, so tut sie dies. In der Hochzeit der Berufsverbote denunzierte sie linke Pastoren, die der DKP oder der Friedensbewegung nahestanden. Doch nicht nur um unsere Seelen (Volksseelen) und unser „Volksempfinden“ machen sie sich Sorgen, sondern auch, wie schon angedeutet, um die Familie. Hier arbeiten sie mit Personen und Gruppierungen aus dem Lebenschutzspektrum eng zusammen, bzw. einige sind Mitglieder der ENID, wie z.B. Dr. **Ernst Siegfried**, Alterspräsident der württembergischen Landessynode, Vorsitzender der „Europäischen Ärzte Aktion“ und Mitglied der „Juristen-Vereinigung Lebensschutz e.V.“ (3). Aber auch um die „Reinrassigkeit“ der Seelen weltweit, insbesondere in Südafrika ist die Notgemeinschaft besorgt. Es bestehen engste Kontakte, teilweise auch wieder Personalunionen zum „Hilfskomitee Südliches Afrika“. Apartheid ist für die ENID Ausdruck von ‘Demokratie’.

Neben Evertz ist **Klaus Motschmann** ein wichtiger Streiter für den ‘rechten Glauben’. Er war langjähriger stellv. Vorsitzender und ist seit einigen Jahren Organisator und Schriftleiter von „Erneuerung und Abwehr“ (EuA), welche monatlich kostenlos in einer Auflage von 6.000 bis 7.000 verschickt wird. Als eine der ersten druckte EuA sie 1981 das rassisti-

sche „Heidelberger Manifest“ ab. Parteipolitisch engagiert sich Motschmann in der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“(DL). Seit Oktober 1991 ist er Mitglied des 90köpfigen Bundesvorstandes. Desweiteren ist er Gründungsmitglied des „Förderkreis Gerhard Kaindl“, des DL dominierten „Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk“ in Berlin. Seit Anfang 1981 ist er Redaktionsmitglied von „Criticón“, in die er 1971 die Zeitschrift "Konservativ heute“ überführte. Neben diesen Tätigkeiten publiziert er intensiv in anderen rechtsextremen Organen (z.B. in der Jungen Freiheit 2/93: „Sozialismus-Recycling in der Ev. Kirche“). Er veröffentlichte etliche Bücher, in denen er den Sozialismus als Gefahr thematisiert. Seit 1971 ist er Politik-Professor an der Hochschule der Künste in Berlin.

Der Charakter der geplanten Tagung unter dem Motto „... Orientierungslosigkeit nach 25 Jahren Kulturrevolution“ dürfte ähnlichen Veranstaltungen, Tagungen und Leitartikeln von „FAZ“, über die „Zeit“ bis hin zur „Jungen Freiheit“ etc. entsprechen. Die fortschrittlichen Elemente im Bildungs- und Kulturwesen, die sich nach der „68er Bewegung" in der Gesellschaft punktuell etablieren konnten, sollen schuld sein an dem 'Werte- und Normen-Zerfall' in unserer Gesellschaft, der Ursache allen „Übels“. Sie sollen demzufolge eliminiert werden.

So sehr wie angeblich der Teufel das Weihwasser fürchten soll, so fürchtet die ENID die Öffentlichkeit. Erst recht, wenn sie ins 'rechte' Licht gerückt wird, wie es in Braunschweig gelungen ist. Doch auch der Trägerverein des Jugendgästehaus „“Großes Waisenhaus“ und desen Vorsitzender, der Oberstadtdirektor Dr. Bräcklein (SPD), hätten die Tagung gern im Stillen stattfinden lassen, so wie schon die ENID-Jahreshauptversammlung, die am 01.05.'93 ebenfalls in Braunschweig stattfand.

Man kannte sich also. Erst als für eine Gegendemonstration mobilisiert wurde, wurde im „gegenseitigen Einvernehmen“ (4) der Vertrag gelöst. Die Informationen, die z.B. dem Leiter des „Großen Waisenhauses“ und dem Oberstadtdirektor Dr. Bräcklein zugesandt worden waren, reichten wohl nicht, der ENID die Tagungsräume zu kündigen.

Auch die evangelische Kirche hüllt anscheinend lieber den Mantel des Schweigens über die ENID. Ca. 500 Mitglieder hat die Organisation. Sie ist Mitglied in der „Konferenz der Bekennenden Gemeinschaft“ und hat Beziehungen zur „Deutschen Evangelischen Allianz“.

Im nördlichen Teil der Bundesrepublik gibt es größere Gemeinden in Hannover, Oldenburg, Lüneburg, Hildesheim und Braunschweig.

Weder die „Informations- und Pressestelle der Landeskirche“, noch der „Evangelische Pressedienst“ äußerten sich zur ENID. 'Offiziell' gilt die ENID in der EKD als Laienorganisation. Doch alleine vom 10 köpfigen Vorstand sind 7 Personen in Amt und Würden innerhalb der EKD. Klaus Motschman ist sogar Mitglied der Synode der EKD. Bisher scheute die EKD wohl die offene Diskussion über die ENID, und setzt sich wenn überhaupt nur punktuell, rein theologisch mit ihr auseinander. Daß dies nicht reicht, machte Evertz schon 1985 deutlich, wenn er schreibt, daß der Mensch „vor Gott gleich wert gehalten, aber nicht gleichartig“ sei, die Bibel spreche "nicht von Menschheit, sondern von Völkern, die Gott ins Leben ruft und wieder abruft“, auch hier herrsche "das Gesetz vom Recht des Stärkeren“.

Wie nahe die ENID mit ihren Argumentationen und Bibelinterpretationen den deutschchristlichen Rasse-,Blut- und Boden-Religionsgemeinschaften in der Weimarer Republik und dem Faschismus ist, konnte in „Erneuerung und Abwehr“ nachgelesen werden: „In Wirklichkeit gleicht der Mensch ohne Heimat einer Pflanze ohne Wurzel. Ein Mensch ohne ein Zuhause in Volk und Sprache ist ein Niemand“. Fast identisches formulierten schon J. W. Hauer und Herman Wirth, beide schillernde Persönlichkeiten in den deutsch-christlichen Strömungen während den 20er und 30er Jahre. Herman Wirth beklagte damals schon die „Odalslosigkeit“ (Heimatlosigkeit), 'die für all das 'Schreckliche in der Welt' die Ursache wäre. Von „Tabaksucht“ bis hin zu „erbmassig Minderwertigen“ (5).

Anmerkungen:

(1) in „Niedersachsenspiegel“ der NPD 8/82

(2) A. Evertz „Kirche und Volk - Ein Ja zum Vaterland“, Mut - Verlag 1985

(3) Frauen gegen §218 Bundesweite Koordination (HG.) „Vorsicht Lebensschützer“, Konkret Literatur Verlag 1992

(4) Braunschweiger Zeitung, 14. 10.1993

(5) Herman Wirth „Was heisst Deutsch ?“, Eugen Diedrich verlag Jena 1931. Zur Zeit erlebt H. Wirth auch eine Renaissance im New Age Spektrum

Schlecht getarnt

Beim VW-Konzern haben Wahlen zur Vertreterversammlung der Betriebskrankenkasse stattgefunden. An sich kein Anlaß für Aufmerksamkeit, denn diese erregen solche Wahlen selbst bei der Belegschaft nicht. Deshalb ist es bei solchen Anlässen auch Brauch, eine sogenannte friedliche Wahl durchzuführen. Friedlich heißt in diesem Fall, daß es keinen Wahlkampf gibt und sich die Listen ohne tatsächliche Wahl auf die Zahl der Vertreter der einzelnen Listen einigen. Ein kostensparendes Verfahren, das wohl angebracht sein mag, wenn tatsächlich nur demokratische Listen zur Wahl stehen. In diesem Jahr kandidierte jedoch als Liste 4 eine sogenannte „Freie Liste“, die dieses Prädikat keinesfalls verdient.So finden sich aus Niedersachsen auf ihr zwei bekannte NPD-Funktionäre. **Friedrich Preuß** aus Helmstedt-Emmerstedt sitzt als NPD-Funktionär im Rat seiner Heimatgemeinde, kandidierte für die NPD zum Landtag und zum Bundestag und war Mitglied im Landesvorstand. **Ulrich Liss** aus Wolfsburg-Mörse ist ebenfalls langjähriger Funktionär der NPD und gehörte ihrem Landesvorstand als Verantwortlicher für Öffentlichkeitsarbeit und Leiter des Referates für Arbeits- und Sozialpolitik an. Er ist außerdem Mitglied des neofaschistisch durchsetzten Deutschen Arbeitnehmer-Verbandes, dem unlängst die Tariffähigkeit aberkannt wurde, und kandidierte für diesen zum Betriebsrat. Repräsentant der angeblich freien Liste in der Vertreterversammlung der Betriebskrankenkasse ist **Hartmut Behnken** aus Kassel. Obwohl zumindest die Tätigkeit von Ulrich Liss im Werk Wolfsburg bei der IG Metall bekannt gewesen sein muß, wurde auch diese Jahr das Verfahren der friedlichen Wahl akzeptiert. Erst nach einer Intervention durch die VVN-Bund der Antifaschisten versuchen jetzt Vertreter der IG Metall den Wahlvorgang noch zu kippen. Die Tarnung war eben doch nicht gut genug.

Hausdurchsuchungen

Am 21.September durchsuchten Beamte des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg mit Unterstützung der Polizeidirektion Freiburg die Wohnung von Martina Janssen, einer 23jährigen Angestellten in Freiburg. Vorausgegangen waren umfangreiche Ermittlungen einer Sonderermittlungsgruppe des Landeskriminalamtes in enger Abstimmung mit dem Landesamt und dem Bundesamt für Verfassungsschutz.

Janssen wird von der Staatsanwaltschaft Freiburg vorgeworfen, Urheberin und Verbreiterin des Skin-Fanzines „Schlachtruf“ zu sein. Der „Schlachtruf“ erscheint unregelmäßig und wird bundesweit verbreitet.

Einer Pressemitteilung des LKA zufolge ist die 23jährige der Polizei seit langem durch ihre bundesweiten Aktivitäten in Neonazi-Kreisen bekannt. Gegen Jansen sind bereits mehrere Ermittlungsverfahren bei verschiedenen Staatsanwaltschaften anhängig.

Bei der Durchsuchung wurden neben den kompletten Kopiervorlagen für das Fanzine „Schlachtruf Nr.7“, dessen Texte strafrechtliche Tatbestände erfüllen, auch die Kopiervorlagen und Manuskripte für den „Schlachtruf Nr.8“ sichergestellt.

Die Beschuldigte, die Alleintäterin ist, wurde in Absprache mit der Staatsanwaltschaft auf freien Fuß belassen.

Volksverhetzung

Beamte des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg haben am 14.September in Ehningen (Kreis Böblingen) die Wohnung des rechtsextremen „Liedermachers“ Frank Rennicke (Jg.1964), Mitglied der NPD und Aktivist der Wiking-Jugend, Gau Schwaben, durchsucht. Auf sichergestellten Kassetten und Heften fanden sie Embleme aus der NS-Zeit, berichtete das LKA. Zudem besteht der Verdacht, daß der Inhalt mehrerer Lieder und Texte den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt.

„Demokratischer Faschismus“

Der Text wurde von einer Hamburger Antifa-Gruppe im Rahmen einer Veranstaltungsreihe „Droht ein neuer Faschismus?“ Anfang des Jahres an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) vorgetragen. Der Rechte Rand setzt damit die Diskussion um Aspekte einer neuen Faschismustheorie fort und bittet um Stellungnahmen.

Mit der Unterstellung und Darstellung von entwickeltem Faschismus in imperialistischer Demokratie bzw. mit der provokativen begrifflichen Definition eines „demokratischen Faschismus“ setzen wir uns den unterschiedlichsten heftigen Kritiken aus:

- Es wird uns Beliebigkeit im Gebrauch unserer Begriffe vorgeworfen; Faschismus verkomme zum voluntaristischen Kampfbegriff politischer Agitation; aus Unzulänglichkeit politischer Analyse und Hilflosigkeit undifferenzierter Artikulation soll Faschismus begrifflich herhalten, um als leerer Superlativ die Menschenverachtung des Imperialismus pauschal zu beschreiben und zu geißeln.

-Es wird uns Loyalität zum System imperialistischer Herrschaft vorgeworfen, soweit wir die repressive Praxis wehrhafter Demokratie als faschistisch denunzieren. In der Verharmlosung normaler imperialistischer Herrschaft, die dieser Übertreibung entspricht, geschehe das stille Arrangement mit etwas weniger Selektion, maßvoller Repression, begrenzter Prävention, behutsamer Vernichtung.

- Es wird uns rüde Geschichtslosigkeit vorgeworfen, würden wir die Schrecken von Auschwitz mit den heutigen politischen Verhältnisssen vergleichen wollen. Unser Faschismusbegriff würde zu einer Verhöhnung der Opfer und Überlebenden des Holocaust, die für eine antifaschistische Verfassung der BRD gekämpft haben, nachdem sie - aus den Konzentrationslagern befreit - der Vernichtung entkommen sind.

Wir nehmen diese prinzipielle Kritik auf und wollen sie widerlegen durch einen anderen Begriff von Faschismus, der nicht - gebannt durch den mehr oder weniger drohenden qualitativen Sprung der Herrschaftsform - den Blick verstellt für den Inhalt der Politik:

Faschismus ist nicht nur, nicht unbedingt und nicht im wesentlichen eine Form bürgerlicher Herrschaft: Faschismus ist ein Menschenbild, eine Ideologie, eine politische Strategie. Faschismus ist die offene ideologische Begründung der Ungleichwertigkeit der Menschen in der imperialistischen Phase bürgerlicher Klassengesellschaft und ihre terroristische Durchsetzung und Absicherung.

Damit ist dieser Faschismusbegriff nicht beliebig, bezogen auf brutale Unterdrückung des Menschen in der Geschichte: - wie Sklavenhandel und ihre Vernichtung durch Arbeit und Spiele zur imperialen Volksbelustigung; - wie der Überfall weißer Herrenrassse auf die Völker der Welt und ihre Vernichtung zur Plünderung ihrer natürlichen Ressourcen; - wie die Folter der Inquisition und die millionenfache Vernichtung der weisen Frauen zur Durchsetzung und Absicherung patriarchaler und transzendentaler Ordnung.

Faschismus ist die brutalste Unterdrückung des Menschen auf der Höhe seiner Zeit, d.h. Faschismus setzt die Produktions-, Verwertungs- und Aneignungsbedingungen des Kapitalismus voraus. Und weit mehr: die entwickelte Technologie des Imperialismus, der höchsten (und letzten) Phase des Kapitalismus, zur restlos organisierten Durchsetzung seines systematischen Erfassungs-, seines systematischen Manipulations-, seines systematischen Vernichtungsinteresses - keine pathologischen Interessen sondern Profitinteressen.

Grundlage des faschistischen Menschenbilds ist die biologistische Evolutionstheorie des Sozialdarwinismus, die ungleiche Entwicklung menschlicher Gesellschaft konstatiert, konstruiert und bewertet. Sie verlangt die Ausschaltung sozialer und damit humaner Berücksichtigung menschlicher Existenz, die von diktierter Norm und herrschender Ordnung abweicht. Der „Wille zur Selbstbehauptung“ definiert „gesundes“ Leben, ist bestimmendes innergesellschaftliches wie interaktives Prinzip menschlicher Gesellschaften.

Der moderne Rassismus setzt dieser ungehemmten „Durchsetzung des Stärkeren“, die zur Auflösung menschlicher Gesellschaft führen müßte, eine Schranke: die Schranke der Blutsgemeinschaft und damit der Volksgemeinschaft, die nach konstituierenden Kriterien genetischer Abstammung, territorialer, nationaler, kultureller Zugehörigkeit gemeinsame Interessen bestimmt. Anderer Zugehörigkeit werden andere Interessen und Fähigkeiten unterstellt; sie werden aggressiv ausgegrenzt, diskriminiert, verfolgt, vernichtet.

Biologistische Definitionen einer „europiden, negroiden und mongoliden Rasse“, denen unterschiedliche „Intelligenzstrukturen“ wie logisch-abstraktes Denken, Realitätssinn, Erinnerungsvermögen, Psyche, Sensibilität, manuelle Geschicklichkeit... zugeordnet werden, haben die nationalsozialistische Erfindung einer arischen Rasse weitgehend abgelöst. Über diese „ethnokulturelle Bedingtheit der Normen und Werte“ erfolgt die Hierarchisierung der Völker im „okzidentalen Syndrom“ der Neuen Rechten: die Vorherrschaft der wissenschaftlich-technischen Zivilisation der „weißen Völker“.

Dieses Menschenbild setzt sich mit der offenen Definition und Begründung der Ungleichwertigkeit der Menschen deutlich von der Verlogenheit liberaler bürgerlicher Ideologie ab, die gegen die Realität die Lüge von der „Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit“ aufrechterhalten muß. Dieser völkisch begründete Weltherrschaftsanspruch ist der zentrale ideologische Unterschied, der sich politisch in unterschiedlichen Formen bürgerlicher Herrschaft ausdrücken kann, aber nicht zwingend muß.

Zwingend ergibt sich aus diesem genetisch wie kulturalistisch begründeten „völkischen Interesse“ nur der antagonistische Widerspruch zwischen nationalistischem Sozialismus und internationalistischem Kommunismus: dieser konstruiert ein gemeinsames Interesse des Volksganzen, jener vertritt den Zerfall der menschlichen Gesellschaften in Klassen der Ökonomie, des Rassismus und Sexismus. Jede Orientierung auf den Erhalt der bürgerlichen Demokratie ist damit eine ideologische Entwaffnung im Kampf gegen den Faschismus.

In anderen Beiträgen haben wir versucht, theoretisch und praktisch nachzuweisen, daß faschistische Ideologie und Politik sich bruchlos in demokratischer Form imperialistischer Herrschaft durchsetzen lassen, daß die Nationalsozialisten mit ihrer Strömung der Neuen Rechten, strategisch geplant, sehr erfolgreich konservative Positionen in Kultur, Politik und Wissenschaft besetzt haben und in emanzipatorische Bewegungen eingebrochen sind, um sie dem Interesse der „Volksgemeinschaft“ zu unterwerfen.

Nur kurz will ich mich mit verschiedenen Faschismusbegriffen auseinandersetzen die linksradikale Politik bestimmen, in ihrer Unzulänglichkeit aber nicht in der Lage sind, die Realität zu begreifen: Sie zwingen zur Schizophrenie begrifflicher Beschreibung, zu einer Mythologisierung des Nationalsozialismus im Sinne einer Entschuldung weiterer imperialistischer Entwicklung und Verbrechen an der Menschlichkeit. Zwangsläufig fordern sie im Namen der Demokratie direkte Intervention der Zivilisation in die „Barbarei“.

- 1928 definiert August Thalheimer für die KPD-Opposition den Faschismus als „verselbständigte Macht der Exekutivgewalt“ (...) „sie übt die Herrschaft aus an Stelle der Bourgeoisie, die sie nicht mehr ausüben kann“ (...) „die Herstellung der offenen Diktatur selbst kann aber nur durch einen Sprung, einen Putsch, einen Staatsstreich erfolgen“ (...) „der Faschismus ist eine Form - eine Form der offenen Diktatur der Bourgeoisie“ (...) „sozialer Bestand der faschistischen Partei sind Deklassierte aller Klassen.“

Wer und was sollte diese Deklassierten befähigen oder - an der Macht - daran hindern, die ökonomisch herrschende Klasse, das ökonomisch und politisch organisierte Finanzkapital zu plündern? Außer dieser unrealistischen und unhistorischen Projektion des Bonapartismus auf den Imperialismus ist die Konsequenz dieser Analyse nur weitestgehender Massenopportunismus: das Bündnis aller Klassen gegen den Putsch der Deklassierten zur Verteidigung der Demokratie. Das hieße heute: das Bündnis mit dem rassistischen Grundkonsens in Mob und Elite, das Bündnis mit den breiten Massen rassistischer Deutscher, „natürlich“ unter Ab- und Aus-Grenzung aller von strukturellem, institutionellem und marodierendem Faschismus Betroffenen: Volksgemeinschaft gegen Faschismus?

- 1935 definiert Georgi Dimitroff für die Kommunistische Internationale: „Der Faschismus an der Macht ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am mei-

sten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" (...) „der Machtantritt des Faschismus ist nicht die einfache Ersetzung einer bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern die Ablösung einer Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie (...) durch die offene terroristische Diktatur."

Konsequenz wäre nach Dimitroff die Organsierung der Arbeiterklasse, des revolutionären Teils der Bauernschaft und der Intellektuellen gegen die drohende Ablösung demokratischer Staatsform, (heute) durch die Deutsche Bank. Aus ökonomistischer Sicht will Dimitroff das „revolutionäre Subjekt", d.h. die fortschrittlichen Klassen und Schichten gegen den Faschismus mobilisieren - ohne ihr Bewußtsein zu analysieren. Damit steht er im Gegensatz zu Lenin, der diese Differenz zwischen objektiver Klassenlage und subjektivem Klasseninteresse begrifflich gekennzeichnet hat durch Existenz der Klasse „an sich" und Organisierung der Klasse „für sich".

Auf diesen dogmatischen, mechanistischen Antifaschismus in der kommunistischen Bewegung antwortet Wilhelm Reich bereits 1933: „Der Vulgärmarxismus trennt schematisch das gesellschaftliche, meist das wirtschaftliche Sein vom Sein überhaupt ab und behauptet, daß die Ideologie und das „Bewußtsein" der Menschen durch das wirtschaftliche Sein allein und unmittelbar bestimmt werden. So gelangt er zu einer mechanischen Gegenüberstellung von Wirtschaft und Ideologie, von Basis und Überbau; er macht die Ideologie schematisch und einseitig abhängig von der Wirtschaft und übersieht die Abhängigkeit der Entwicklung der Wirtschaft von der Ideologie. Aus diesem Grund ist ihm das Problem der sogenannten „Rückwirkung der Ideologie" verschlossen."

Den spezifischen Inhalt faschistischer Ideologie ignoriert Dimitroff völlig in seiner lediglich quantitativen Beschreibung des Faschismus. Den komplizierten Ideologiebildungsprozeß in der bürgerlichen Gesellschaft reduziert er auf die Verschwörung der reaktionärsten Elemente der ökonomisch herrschenden Klasse. Folglich orientiert er prinzipiell in jeder Phase imperialistischer Entwicklung auf den Erhalt ihrer Demokratie. Er verstellt den Blick für eine Faschisierung von Staat und Gesellschaft in parlamentarischer Demokratie: Forderungen wie „Kein neues 33!" und „Wehret den Anfängen!" sind die starre Konsequenz dieses Faschismusbegriffs - so verständlich auch diese Forderungen aus der Erfahrung des Nationalsozialismus sind und den überzeugten Willen ausdrücken, daß sich diese Schrecken nie wiederholen dürfen. „Kein neues 33!" suggeriert die Wiederholbarkeit der Geschichte und folgt damit nicht der weiteren Entwicklung imperialistischer Ausbeutung und Herrschaft. Diese Forderung macht das Wüten des Imperialismus gegen die Völker der Welt erträglich, solange nicht - wenigstens nach Innen an der Form bürgerlicher Herrschaft gerüttelt wird. „Wehret den Anfängen!" schwört auf die bürgerliche Demokratie ein, auch wenn diese Forderung schon anachronistisch geworden ist, angesichts aktueller Formierung faschistischer Volksgemeinschaft auf der Basis eines rassistischen Grundkonsens.

- Der Kommunistische Bund hat in den 70er Jahren den Anfängen begegnen wollen mit seiner These von der „schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft". Auch er orientiert in seiner Analyse auf den mehr oder weniger gewaltsamen Umsturz der Form bürgerlicher Herrschaft; nur legt er ihn zeitchronologisch weiter nach hinten. Aus der Hoffnung der 68er Studentenbewegung, revolutionäre Theorie mit revolutionärem Subjekt zu verbinden, sieht er die Entwicklung wehrhafter Demokratie zum autoritären Staat als präventiven Vorgriff auf eine revolutionäre Situation, die verschiedene emanzipatorische Bewegungen in Betrieb



NS-Erfindung der arischen Rasse weitgehend abgelöst? NE setzt auf Europa.

und Gesellschaft schaffen werden. Der Kommunistische Bund konzentriert sich dabei auf die Entwicklung demokratischer Bewegung, auf den Abbau demokratischer Rechte, die Formierung am rechten Rand der Gesellschaft und seinen Angriff auf ideologische und politische Grundpositionen bürgerlicher Demokratie. Er verkennt die ideologische Stagnation und Rechtsentwicklung in der Mitte der Gesellschaft; er bleibt damit im Grunde systemimmanent, da er nicht gegen die imperialistische Demokratie mobilisiert.

1985 muß auch der Kommunistische Bund erkennen, daß die erwartete Revolutionierung des Massenbewußtseins genauso ausbleibt wie die gesellschaftliche Zuspitzung zur revolutionären Situation, d.h. die Entschlossenheit der Massen, nicht mehr so leben zu wollen und die Unmöglichkeit der Bourgeoisie nicht mehr so herrschen zu können. Mit dieser Erkenntnis verwirft der KB auch seine Analyse schrittweiser Faschisierung von Staat und Gesellschaft, da auch er Faschismus nicht inhaltlich begreift sondern als formalen Akt in der Ausübung der Herrschaft. Die weitere Entwicklung der Mehrheit dieses politischen Zusammenhangs ist eine logische Konsequenz: sie macht ihren Frieden mit Volk und Nation in Wiedervereinigung.

Zur Untauglichkeit dieses formalen Gebrauchs des Begriffs Faschismus haben wir an anderer Stelle (z.B. in „Deutschland? - Nie wieder!", Reader der „Radikalen Linken") ausführlich Stellung bezogen. Die Schizophrenie angewandter Begrifflichkeit will ich am Beispiel des Umgangs mit Migration in diesem Land klar machen:

Rechtsextreme Jugendliche ohne geschlossenes Weltbild, ohne ideologischen Hintergrund, ohne feste politische Organisation verwüsten jüdische Friedhöfe, werfen Brandsätze auf Flüchtlingsunterkünfte, erschlagen Obdachlose und Behinderte - aus rassistischer Motivation. Demokratische Politiker mit christlichem Weltbild, mit differenziertem Antikommunismus, mit fester Einbindung in alle staatstragenden Parteien deportieren Tausende in Gebiete des Hungers, der Verfolgung, des Krieges, verschieben Waffen zur Vernichtung ganzer Völker, werden weltweit ihre militärische Option einlösen - im Interesse des Profits. Was ist Faschismus?

Um die Besonderheit und Relativität nationalsozialistischer Herrschaft und Menschenverachtung zu verstehen und um einen Begriff zu bekommen für die „Normalität des Imperialismus" mit liberaler und faschistischer Maske, will ich zum Schluß die „unanständige" Herrschaft des Nationalsozialismus im Verhältnis zu normalem Imperialismus vergleichen mit der „unanständigen" Männerherrschaft des Vergewaltigers im Verhältnis zu normalem Patriarchat.

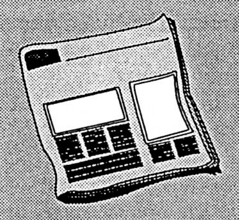
Ich zitiere die Berliner Feministin Christina Türmer-Rohr:

„Da der Vergewaltiger strukturell nichts außergewöhnliches tut, ist es auch scheinheilig 'verkehrt', wenn das, was er mit seiner Tat dokumentiert, interpretiert wird als Ausdruck der psychischen Schädigung eines besonders arg von der Gesellschaft zugerichteten, selbstunsicheren Mannes. Denn der Erweis der Geschlechterordnung, die der Vergewaltiger praktiziert, wird von Männern ununterbrochen erbracht, öffentlich und nicht-öffentlich, verbal und nicht-verbal, sexuell und nicht-sexuell, in abgewetzter oder neu erfundener Form. Der Täter kann sich der Grundübereinkunft mit männlichen Verbündeten und Potential-Tätern sicher sein, sicher des Männerbündnisses in allgemeinster Form. Er kann davon ausgehen, daß Männer im Grundmuster der Tat heimlich oder öffentlich mit ihm übereinstimmen, daß Männer gegenseitig ihre Handlungen an der Frau legitimieren.

Die Normabweichung des Vergewaltigers besteht allerdings darin, daß er eine Demütigungsform gegenüber der Frau wählt, die dem Prestige des Mannes nicht besonders dienlich ist. Die Tat, wird sie bekannt, fällt heraus aus der Order, die der Mann sich in der Männergesellschaft geben muß, sich mit anständigen Mitteln seiner Übermacht zu versichern, mit Mitteln nämlich, die die Akzeptanz durch die Frau nicht allzu offensichtlich gefährden."

Der Vergleich trifft: Der Nationalsozialismus konnte und kann sich der Grundübereinkunft mit nationalen Imperialismen und Nachfolge-Tätern sicher sein; er wählte nur eine Form des Faschismus, die dem Prestige des Imperialismus nicht besonders dienlich war.

RECHTS IN KÜRZE



NF weiter aktiv

Am Samstag, den 11. September '93 herrschte mal wieder Hochbetrieb im Zentrum der (verbotenen) „Nationalistischen Front". In dem Haus, im kleinen Ort Pivitsheide im Lippischen versammelten sich an diesem Tag ca. 20 Personen, um mal wieder zu demonstrieren, daß sie das im November '92 verhängte Verbot wenig interessiert. War in der Vergangenheit wenigstens noch das Bemühen zu erkennen, sich nicht ganz so offensichtlich zu Schau zu stellen, schienen an diesem Tag alle Dämme gebrochen. Rolläden hochgezogen, Gardinen zur Seite, ein entsprechendes Outfit und Auftreten waren deutliche Zeichen: Schaut her, wir machen weiter!

Wenig später fuhren die NFler mit PKWs zum Hermannsdenkmal, danach zu den nahegelegenen Externsteinen. Die Reichsfahne schwenkend, ging es auf die vermeintliche „germanische Kultstätte".

Die Polizei, inzwischen über das, was sich abspielte informiert, traf kurze Zeit später ein. Ein Katz und Maus Spiel über Wald und Flur begann.

Das Ergebnis: acht festgenommene Faschos. Der Rest konnte „entkommen".

Folgen? Vermutlich keine.

Was wie ein Stück aus dem Tollhaus klingt, ist fast schon ein Stück Routine in Pivitsheide. Trotz Verbot ist immer was los im NF-Zentrum. Im Juli wurden Mitglieder der örtlichen Bürgerinneninitiative auf der Straße vor dem Zentrum mit Steinen beschmissen und angegriffen. Das zuständige Kommissariat in Bielefeld zeigte sich wenig beeindruckt. Warum man sich denn vor diesem Haus „herumtreibe" und die Leute, die dort wohnen, provoziere, wollte man wissen. Auf die Frage, ob das Benutzen öffentlicher Straßen neuerdings eine Provokation sei und ob denn so viele Leute in dem Haus wohnen würden, bekamen die Mitglieder der BI auch eine Antwort. Herr Schönborn (Vorsitzender der NF und Besitzer des Hauses) habe eben Besuch und die Mitglieder der Bürgerinneninitiative stören diesen Besuch wohl.

Mitglieder der „Pivitsheider Initiative gegen ein Nazi-Zentrum"

200 Neonazis bei NF-Veranstaltung

Am letzeten Wochenende im Monat Oktober trafen sich in dem Pivitsheider NF-Zentrum 200 Neonazis zu einer als Verlobungsfeier "getarnten" Veranstaltung. Die Polizei nahm - nach zahlreichen Hinweisen aus der Bevölkerung - fünf von den zumeist mit schwarzer Kleidung und Springerstiefeln ausgestatteten Personen fest. Inzwischen sollen mehrere Strafverfahren eingeleitet worden sein. Sichergestellt wurden Waffen, waffenähnliche Gegenstände sowie verbotene Embleme und Schriften. Angereist waren die Nazis aus Münster, Düsseldorf, Celle, Leipzig, Eberswalde und Schwarzenberg.

Leuchter in Haft

Der US-Amerikanische Revisionist und Ingenieur **Fred A. Leuchter** (51) sitzt seit dem 28. Oktober in der Mannheimer Justizvollzugsanstalt. Leuchter wurde am Donnerstagabend kurz vor Beginn der Sendung "Schreinemakers live" wegen des Verdachts der Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Aufstachelung zum Rassenhaß festgenommen. Gefahr, so die Mannheimer Staatsanwaltschaft, war im Verzug. Die Mannheimer Staatsanwaltschaft suchte Leuchter, da er am 10. November 1991 auf Einladung des NPD-Bundesvorsitzenden **Günter Deckert** (53) einen revisionistischen Vortrag in Weinheim (Rhein-Nekkar-Kreis) hielt. Am Freitag erwirkte der Mannheimer Staatsanwalt Hans-Heiko Klein einen Haftbefehl gegen Leuchter. Leuchter, Autor eines 1988 im Auftrag des Revisionisten **Ernst Zündel** erstellten pseudowissenschaftlichen "Gutachtens", leugnete im Rahmen dieses Vortrages den Holocaust. Das Landgericht Mannheim verurteilte Dekkert am 13. November des vergangenen Jahres wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, Beleidigung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer einjährigen Haftstrafe auf Bewährung sowie einer Geldstrafe. Das Urteil ist derzeit noch nicht rechtskräftig, da über eine mögliche Revision des Verfahrens noch nicht entschieden wurde. Das FAP-nahe "Nationale Infotelefon" Hamburg hatte den geplatzten Auftritt Leuchters im Privatfernsehen wenige Stunden zuvor angekündigt und auf weitere geplante Veranstaltungen mit Leuchter verwiesen. So sollte Leuchter beispielsweise am Freitagnachmittag bei einer "Nationalen Pressegruppe Bonn" eine Pressekonferenz geben.

Eine deutsche Juristen-Karriere:

Roland Freisler - Mörder im Dienste Hitlers

Rolf Gössner über Helmut Ortners Buch „Der Hinrichter"



Vollstrecker der NS-Politik - Roland Freisler

Eine späte Publikation: Fast 50 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur wird die Lebensgeschichte einer zentralen Figur der nationalsozialistischen Justiz in einem lesenswerten Buch nachgezeichnet.

In diesem Jahr 1993 wäre der NS-Blutrichter **Roland Freisler**, die Inkarnation des furchtbaren Juristen, hundert Jahre alt geworden - ein makabres „Jubiläum" als „Aufhänger" für ein gleichwohl „unzeitgemäßes" Buch, das dennoch zur „rechten Zeit" erscheint: Denn gerade in einer Zeit des gesellschaftlichen und staatlichen Rechtsrucks, wie wir sie gegenwärtig erleben müssen, gerade in einer Zeit, in der wieder die Blindheit des rechten Auges der staatlichen Sicherheitsorgane „fröhliche Urstände" feiert und in der Strafgesetze verschärft und Grundrechte eingeschränkt werden, gerade in einer solchen Zeit ist es so überaus wichtig, die jahrzehntelange Verdrängung deutscher Geschichte zu stören und an die braune Tradition deutscher Justiz und an ihre Nichtbewältigung in der Bundesrepublik zu erinnern.

Helmut Ortner, Jahrgang 1950, von Beruf freier Journalist, wollte ein „Buch gegen das Vergessen" schreiben, was ihm - zum Teil in atmosphärisch dichten Passagen - auch gelungen ist. Doch das Unterfangen, Geschichte entlang des Lebensweges einer historischen Gestalt plastisch werden zu lassen, ist noch ohne Tücken. Die Problematik liegt generell in der Personalisierung von Geschichte, wie wir sie in der modernen Medienwelt allenthalben präsentiert bekommen; sie liegt hier im Herauskristallisieren einer bedeutenden Figur des nationalsozialischten Justizsystems aus dem Gesamtzusammenhang der Entwicklung des NS-Staates und seiner Strukturen. Es lauert die Gefahr der personalen Dämonisierung Freislers und damit die Exculpation seiner Mittäter, eine Verharmlosung des NS-Systems und seines Justizregimes, die Freisler mitprägten und die von ihm geprägt wurden.

Doch Helmut Ortner hat diese Gefahren erkannt und weitgehend gebannt: Der Autor legt mehr als nur eine Biographie vor. Er schildert die Lebensgeschichte Freislers im historischen Kontext seiner Zeit vom Gymnasiasten aus kleinbürgerlich-konservativem Milieu, über den Rechtsanwalt und Publizisten, zum späteren Staatsbeamten und nationalsozialistischen Richter; er skizziert die Umgestaltung des Strafrechtssystems zum nationalsozialistschen Todeswerkzeug gegen die Opposition, die Umgestaltung der Justiz zu einem wesentlichen Bestandteil des damaligen Vernichtungsprogramms; er beschreibt das Zusammenwirken von Freislers ideologischer Entwicklung und der Entwicklung des NS-Rechts, beleuchtet die Rolle der Justiz und die Einbindung der Richter, Staatsanwälte und Rechtswissenschaftler, die alsbald in ihrer Mehrheit geschlossen hinter der NS-Führung standen. Im Mittelpunkt des Buches steht - exemplarisch - „eine besonders menschenverachtende NS-Institution, die es ohne die willfährige Unterstützung und Mitwirkung von Juristen nicht gegeben hätte - der Volksgerichtshof", dem Roland Freisler seit 1942 bis zum gewaltsamen Ende als Präsident vorstand. Es war die wohl grausamste Ära dieses Terror-Tribunals. Sein blutiger Auftrag: „Schutz der Volksgemeinschaft" durch Ausmerzung ihrer Gegner.

Ortners Mischform einer erzählenden und dokumentarischen Sachbuch-Biographie hat viele Vorzüge: Sie ist zeitgeschichtlich informativ und facettenreich sowie anschaulich und spannend geschrieben; Geschichte wird auf diese Weise - entlang der Entwicklung einer Art durchgängiger „Romanfigur" präsentiert - eingängiger und „lesbarer", als wenn sie durch eine eher trockene geschichtswissenschaftliche Abhandlung dargeboten würde. Doch eine solche Form hat, wegen ihrer Konzentration auf eine Gestalt und eine Institution, notgedrungen auch einige Mankos: So kommt der historische „Vorlauf", die Rolle der Justiz in der Weimarer Republik, ohne die die NS-Justiz nicht verständlich wird, bei Ortner ein wenig zu kurz; schon damals stellte die Justiz keine zuverlässige demokratische Kraft dar, sondern entpuppte sich letztlich als frühe Wegbereiterin des Faschismus. Ferner kommt durch die Schwerpunktbildung „Volksgerichtshof" und „Freisler" auch die Darstellung der unterschiedlichen NS-Gerichtsbarkeiten - Sondergerichte, Kriegsgerichte, Standgerichte, Nacht- und Neben-Justiz usw. - zu kurz, denn der „Volksgerichtshof" bildet lediglich einen - wenn auch besonderen - Ausschnitt der NS-Justiz: Immerhin ist für die Zeit von 1933 bis 1945 die Zahl der Todesurteile des „Volksgerichtshofs" mindestens zu verzehnfachen, um auf die Gesamtzahl der Todesurteile aller NS-Gerichte zu kommen, die auf 50.000 bis 80.000 geschätzt wird.

Ortners Buch handelt auch von den Opfern Freislers, von ihren Lebensgeschichten und erschütternden Schicksalen; einige von Freislers Urteilen „Im Namen des deutschen Volkes" wegen „Wehrkraftzersetzung" oder „Vorbereitung zum Hochverat", wegen „Zersetzungspropaganda" oder „Defätismus" werden dokumentiert - Gesinnungsurteile einer gnadenlosen Justiz:

„...durch seine zersetzenden Bemerkungen hat der Angeklagte unsere Kraft zum Volleinsatz für den Sieg angenagt... Solcher Verrat macht für immer ehrlos... Er mußte zum Tode verurteilt werden, damit die Siegesgewißheit und damit die Kampfkraft unserer Heimat unangetastet bleibt". „So bleibt für den Volksgerichtshof nur übrig, sie ... für ihren Verrat mit dem Tode zu bestrafen. Denn eine andere Strafe kann um der Selbstachtung des Reiches, des Sauberkeitsbedürfnisses unseres Volkes und um des Schutzes von Reich und Volk willen nicht in Frage kommen". „Sie hat also unsere Wehrmacht zu zersetzen gewagt, ist damit für immer ehrlose Magd unserer Feinde geworden und wird dafür mit dem Tode bestraft." „Frau F. erfrechte sich zu der Behauptung, einige Jahre unter angelsächsischer Herrschaft seien besser als die 'gegenwärtige Gewaltherrschaft'... Dadurch ist sie für immer ehrlos geworden. Sie wird mit dem Tode bestraft... Wer so handelt, der ist die personifizierte Schande selbst... Wer so handelt, muß aus unserer Mitte verschwinden."

Ortner sprach mit vielen Zeitzeugen, mit überlebenden Opfern, aber auch mit NS-Tätern, die sich selbst gerne zu Opfern der damaligen Politik uminterpretierten und nichts als ihre „Pflicht" getan haben wollen. Ornters Verdikt über den fanatischen Eiferer Roland Freisler, der Tausende in den Tod schickte:

Er „war keineswegs ein Dämon, der aus der Hölle aufstieg, sondern er kam aus der Mitte des deutschen Volkes. Seine Karriere war eine 'deutsche Karriere'. Er war ein erbarmungsloser Vertreter einer erbarmungslosen Justiz. Ein konsequenter Komplize eines mörderischen Systems. Ein exemplarischer Mörder in Robe - und die Deutschen haben seine Taten, sein Wirken, seine Karriere möglich gemacht."

Das Urteil des Nürnberger Militärgerichtshofs nannte Freisler nach dem Krieg posthum „den düstersten, brutalsten und blutigsten Richter der gesamten deutschen Justizverwaltung". Helmut Ortner widerspricht dieser Beurteilung nicht, doch er wehrt sich gegen eine Einsschätzung Freislers, die ihn nach 1945 „ebenso zum Sündenbock der deutschen Justiz (machte) wie zu ihrem Alibi": „Die überlebenden NS-Juristen benutzten die Dämonisierung Freislers, um ihre eigene Schuld auf dessen Rücken abzuladen." So konnten sich die Mit-Täter als „Verführte" und „Opfer" gerieren. Am Ende des Buches findet sich ein tabellarischer Lebenslauf

Freislers; wäre er nicht 1945 während eines Bombenangriffs in Berlin ums Leben gekommen, so hätte ihm diese Biographie mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Fortsetzung seiner juristischen Karriere in der Bundesrepublik beschert. Davon gingen auch jene Beamte des bayerischen Versorgungsamtes aus, die der Witwe Freislers eine sog. Schadensausgleichsrente gewährten mit der Begründung, es müsse unterstellt werden, daß Freisler - hätte er den Krieg überlebt- „als Rechtsanwalt oder Beamter des höheren Dienstes tätig geworden wäre". Eines seiner wenigen überlebenden Opfern hat für ihr erlittenes Martyrium ganze 920 DM erhalten - als einmaliges Schmerzensgeld.

Im Buch-Anhang findet sich darüber hinaus eine Auflistung der Urteile, der Berufsrichter und der Staatsanwälte am „Volksgerichtshof" (VGH). Daraus geht hervor, daß die Richter des VGH in der Zeit von 1934 bis 1945 von 16.342 Angeklagten insgesamt 5.243 zum Tode und 7.768 zu zeitigen bzw. lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilten; lediglich 1.089 Angeklagte wurden freigesprochen. Mindestens 80 der VGH-Richter und -Staatsanwälte sind nach 1945 wieder im bundesdeutschen Justizdienst beschäftigt worden und richteten erneut über die gleichen Opfer - so etwa im Verlauf der Kommunistenverfolgung der 50er und 60er Jahre. Ein dunkles Kapitel dieser Justiz und dieser Gesellschaft, das fatale Auswirkungen zeitigte, denen sich das Buch ebenfalls widmet.

Der massenhafte Justizmord blieb straffrei - juristische Konstruktionen und der Kalte Krieg machtens möglich. Die bundesdeutsche Justiz ist jedenfalls mit Hunderten von NS-Tätern errichtet worden - eine ungeheuerliche Tatsache, die gegenüber dem juristischen Nachwuchs systematisch verdrängt und verklärt wurde: „Die stolze Geschichte der Richterschaft durchzogen stets die Treue zur Staatsführung und die Liebe, mit der man dem Staate diente." Diese peinliche Äußerung stammt von dem ehemaligen Landgerichtspräsident **Hubert Schorn** und ist nachzulesen in seinem Rechtfertigungswerk „Der Richter im Dritten Reich" (1959). Wahrlich eine stolze Geschichte der politischen Rechtslastigkeit, des faschistischen Justizterrorismus und der Selbstamnestierung. Mit den überschwenglich positiv besetzten Richtereigenschaften der „Treue zur Staatsführung" und der „Liebe" zum Staat hat Schorn allerdings das ungeheure Dilemma eines überwiegenden Teils der deutschen Richterschaft (in West wie Ost, insbesondere bei politischen Verfahren) ungewollt offenbart: die Staatsbezogenheit, ja Staatsfixiertheit, die die Freiheitsrechte der Bürger zwangsläufig in den Schatten stellen.

Die Wiedereingliederung von Nazis, von ehemaligen NS-Beamten in den staatlichen Verwaltungsapparat und der große „Friede mit den Tätern", also die tendenzielle Nichtverfolgung von NS-Verbrechern bzw. ihre Amnestierung, überhaupt die gigantische Nicht-Aufarbeitung respektive Verdrängung der NS-Zeit und ihrer Folgen - all das, was Ralph Giordano als „zweite Schuld" bezeichnet, offenbart in eindrucksvoller Weise, wie wenig die Westdeutschen, wie wenig die Juristen in ihrer Mehrzahl aus der deutschen Geschichte gelernt haben. Mit fatalen Auswirkungen: Denn diese Nachkriegs-Entwicklung vermag auch zu erklären, weshalb hierzulande der „Linksextremismus/-terrorismus" derart überzogen wahrgenommen und überdimensional verfolgt wird, während der „Rechtsextremismus/-terrorismus", den es schließlich in erheblichem Maße gibt und der seine Wurzeln im Nationalsozialismus findet, immer noch eher zurückhaltend geahndet wird.

Helmut Ortners Buch leistet einen wertvollen Beitrag, diese Traditionen deutscher Justiz der Verdrängung zu entreißen und das justitielle Handeln der bundesdeutschen Justiz besser „verstehen" zu lernen.

Helmut Ortner, Der Hinrichter. Roland Freisler - Mörder im Dienste Hitlers, Zolnay Verlag Wien - Rastatt (350 S., 42 DM)

Auswahlbibliographie Rechtsextremismus und Neonazismus

Die zwischenzeitlich 10. Ausgabe ihrer Auswahlbibliographie „Rechtsextremismus und Neonazismus" hat die Arbeitsstelle Neonazismus der Fachochschule Düsseldorf, Fachbereich Sozialwesen, Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf vorgelegt.

Auf 160 Seiten wird Literatur zu den Themenbereichen „Rechtsextremismus und Neonazismus", „Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit", „Rechtsextremismus und Neonazismus bei Jugendlichen", „Zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus", „Zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und Neonazismus in der Bundesrepublik", „Didaktisch-methodische Überlegungen für Jugendarbeit und Schule" und „Neonazistische Computerschule und Musikszene" vorgestellt.